



SFM-Grundlagenbericht

Gianni D'Amato, Denise Efionayi-Mäder,
Rosita Fibbi, Bülent Kaya und Joëlle Moret

**Informationsauftrag der Haus-
halts- und Personenstatistiken im
Bereich Kulturelle Vielfalt und In-
tegration»**

Arbeitsbericht zuhanden des BFS

Mandant : Bundesamt für Statistik

30. September 2007

© 2007 SFM

Inhalt

1	Einleitung	4
1.1	Ausgangslage und Auftrag	4
1.2	Vorgehen und Methoden	6
2	Analyse: Einheit durch Vielfalt?	8
2.1	Themenspektrum kulturelle Vielfalt und Integration	9
2.2	Statistische Grunddimensionen kultureller Vielfalt und Integration in der Schweiz	11
2.2.1	Sozio-demographische und ökonomische Dimensionen	11
2.2.2	Ménages, familles et modèles familiaux	14
2.2.3	Parcours migratoires	19
2.2.4	Groupes d'appartenance	23
2.3	Langue	29
2.4	Religion	40
2.5	Egalité des chances	46
2.6	Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen	56
2.7	Freizeitverhalten und « Kulturkonsum »	62
2.8	Réseaux sociaux et capital social	66
2.9	Welche Themenschwerpunkte ?	68
2.10	Übergreifende forschungspolitische und methodologische Aspekte	70
2.10.1	Forschungspolitische Aspekte	70
2.10.2	Methodologische Herausforderungen	72
3	Synthese	77
3.1	NutzerInnen der Statistik	80
3.2	Wichtigste gesetzliche Grundlagen	80
3.3	Hauptindikatoren und Themenbereiche	81
	Literaturhinweise	85
	Anhang	88
	Relevante parlamentarische Vorstösse	88

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage und Auftrag

Gemäss einem bundesrätlichen Beschluss werden künftig anstelle der herkömmlichen Volkszählungen Kombinationen von jährlichen Registerauswertungen und Stichprobenerhebungen durchgeführt. „Diese Strategie zielt auf die Einführung eines integrierten statistischen Gesamtsystems über Haushalte und Personen ab, welches Informationen aus amtlichen Registern mit denjenigen der Stichprobenerhebungen verknüpft. (...) Die Verknüpfungen erlauben es, neben der Auswertung der demographischen Basisinformationen (Bevölkerungsstand, -struktur und -bewegung) Informationen zu vereinen, um zentrale Bereiche der Gesellschaft zu analysieren und das statistische Monitoring von politisch aktuellen Themen sicherzustellen.“ (vgl. Ausschreibungsunterlagen)

Der Auftrag zielt darauf ab, wissenschaftlich fundierte und bei interessierten Kreisen abgestützte Grundlagen zum Informationsauftrag des Bundes im Themenbereich „Kulturelle Vielfalt und Integration“ bereit zu stellen. Dabei werden sowohl benötigte Informationen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Öffentlichkeit – soweit im Rahmen einer Kurzstudie möglich – berücksichtigt, als auch die Einbettung in das integrierte System der Haushalts- und Personenstatistiken 2010 (und darüber hinaus) diskutiert.

Wichtige Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht versteht sich als Grundlegendokument an die Adresse des Bundesamtes für Statistik und beruht auf einer Kurzstudie, die aufgrund von 19 ExpertInneninterviews zwischen Mitte Juni und Mitte August 2007 durchgeführt wurde. Es ging darum, eine Art Vorsondierung für eine mögliche Themenpalette vorzunehmen und entsprechende Wünsche von Seiten der Forschung und Behörden zusammen zu tragen. Teilweise blieben die Ausführungen relativ allgemein, teilweise wurden konkrete Erfahrungen und Beispiele aus bestehenden Befragungen eingebracht. Es versteht sich, dass es sich beim vorliegenden Bericht um eine erste argumentierte Auslegeordnung für die weiteren Etappen der Erhebungsvorbereitung und keinesfalls um bereits durchdachte und überprüfte Vorschläge handelt. Dies gilt insbesondere, was konkrete Fragestellungen und Indikatorformulierungen angeht. Methodologische Aspekte flossen punktuell ein und warfen teilweise grundsätzliche Fragen der Machbarkeit auf, denen allerdings in diesem Rahmen nicht im Einzelnen nachgegangen werden konnte.

Das Mandat bezieht sich auf jenen Teil des Informationsauftrags des Bundesamts für Statistik (BFS), der dem Themenbereich „Kulturelle Vielfalt und Integration“ aus der Perspektive des Individuums und des Haushalts gewidmet ist. Dieser soll unter verschiedenen Blickwinkeln angegangen werden und insbesondere dem Aspekt Sprachen und Religionen als Determinanten von kultureller Identität Aufmerksamkeit schenken. Neben der „klassischen Multikulturalität“ (Viersprachigkeit und landeskirchliche Mehrkonfessionalität) sind auch neuere Interventionsbereiche im Umgang mit (kultureller) Vielfalt – sowohl Fragen sprachlicher und religiöser Pluralisierung als auch der Integration und der Gleichstellung – unter ein Dach zu bringen, die sowohl die Schweizer als auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund direkt betreffen. Die wichtigste Informationsquelle wird eine alle fünf Jahre durchzuführende Stichprobenerhebung zum Themenbereich sein (ca. 15'000 befragte Personen). Zudem werden Grundinformationen aus der jährlichen Strukturhebung sowie den Einwohnerregistern einbezogen werden können.

Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe darin, in Absprache mit interessierten Kreisen und potentiellen BenutzerInnen relevante Fragestellungen sowie Handlungsfelder in den entsprechenden Politikfeldern zu identifizieren, auf welche sich die gewonnenen statistischen Informationen beziehen (Sprachenpolitik, Ausländer- und Integrationspolitik, Rassismusbekämpfung, Kulturpolitik usw.). Dabei sollen nationale und internationale Standards und Anforderungen berücksichtigt werden. Folgende Themen werden in der Diskussion abgedeckt (nicht erschöpfend):

- Erlernte und verwendete Sprachen, sprachliche Kompetenzen
- Religiöse Zugehörigkeit, Glaubensformen und Praktiken
- Kulturelle Werte und Identitäten (territorial/nicht-territorial, national/nicht-national)
- Einstellungen und Werte in Bezug auf kulturelle Rechte (inkl. Wertewandel)
- Einstellungen und Werte in Bezug auf kulturelle Vielfalt (Integration, Rassismus, Xenophobie)
- Zugang zu kulturellen Informationen und Bildungsangeboten
- Kulturelle Integration im Verhältnis zur sozialen und ökonomischen Integration
- Sozio-ökonomische, politische und kulturelle Partizipation als auch gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen (inkl. „Minority Formation“)

- Bedeutung des Migrationshintergrunds, insbesondere der Generationenfolge, der ethnischen und nationalen Zugehörigkeit und der Einbürgerung

Von besonderer Bedeutung ist ausserdem eine sorgfältige Auswahl soziodemografischer, kontextueller und gendersensibler Variablen. Der Grundlagenbericht zielt primär auf eine Vorstellung der wichtigsten thematischen Schwerpunkte und Zusammenhänge sowie auf eine argumentierte Prioritätensetzung aus wissenschaftlicher und öffentlichkeitsrelevanter Perspektive ab. Methodologische Herausforderungen und Chancen in Zusammenhang mit der Datenerhebung und der unterschiedlichen Informationsquellen (neue thematische Erhebung, SHAPE-Plattform inkl. Register) werden ebenfalls angesprochen, soweit diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt eingeschätzt werden können.

Aufbau des Berichts

Nach den unmittelbar folgenden Hinweisen über das Vorgehen und die Methoden (1.2) werden im zweiten Kapitel die Ergebnisse nach Hauptthemen gegliedert vorgestellt. Das Themenspektrum entspricht einer argumentierten Auslegeordnung der wichtigsten konzeptuellen Dimensionen, die in Zusammenhang mit Kultureller Vielfalt und Integration zu berücksichtigen sind (Kapitel 2.1 – 2.8). Die Kapitel sind weitgehend identisch gegliedert, indem sie zuerst die öffentlichkeitsrelevante oder politische und anschliessend wissenschaftliche Bedeutung aufgreifen, um allgemeine Empfehlungen sowohl zur engeren Themenwahl als auch hinsichtlich erhebungstechnischer und methodologischer Aspekte abzugeben, die durch konkrete Indikatoren- und teilweise, aber nicht systematisch, durch Fragebeispiele illustriert werden. Das letzte Unterkapitel diskutiert die Gewichtung der angesprochenen Themenstränge (2.9).

In einem abschliessenden Kapitel (2.10) wird auf themenübergreifende Tendenzen und methodologische Aspekte der Informationsbeschaffung eingegangen. Das dritte Kapitel enthält einen synthetischen Text, der aufgrund eines Musterbeispiels verfasst wurde und weder einem Fazit noch einem üblichen executive Summary entspricht.

1.2 Vorgehen und Methoden

Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf 19 Experteninterviews und eine Inhaltsanalyse von Dokumenten, die aufgrund der Interviews und einer kurzen Literaturrecherche gesichtet wurden. Die Auswahl der Expertinnen und Experten wurde eingangs mit dem Auftraggeber abgesprochen. Die Gespräche fanden zwischen Mitte Juni und Anfang August 2007 auf Basis eines breiten Leitfadens statt. Je nach Hintergrund und Exper-

tise der GesprächspartnerInnen konnten andere Aspekte des Themenspektrums beleuchtet oder vertieft werden; allerdings verfügte kaum jemand über ausreichend Kenntnisse, um sich über sämtliche aufgeworfene Fragen zu äussern. Im Vordergrund standen in den meisten Gesprächen die Fachinteressen der befragten Personen aus Behörden oder Forschung. Methodologischen Aspekten in Zusammenhang mit den Erhebungsmethoden und der neuen Architektur der Volkszählung kam eher eine untergeordnete Rolle zu, obwohl sich rund ein Drittel der GesprächspartnerInnen auch in diesem Bereich gut auskannten.

Um eine kurze Übersicht über politisch aktuelle Themen zu haben, wurde zusätzliche eine kurze Recherche der bundesparlamentarischen Vorstösse zu kultureller Vielfalt und Integration vorgenommen (Fragen, Motionen, Interpellationen, Postulate). Aufgrund einer gezielten Auswahl von Deskriptoren, wurden für die Jahre 2003 bis 2007 – unter rund 320 Treffern – 77 Vorstösse ausgewählt, gesichtet und nach Hauptthemensträngen gegliedert. Am häufigsten waren Vorstösse in Zusammenhang mit Diskriminierung (27), gefolgt von Integration (13), Religion (8), Statistik und Sans-Papiers (je 4), usw.

Tabelle 1 – Wichtigste Studienunterlagen

Materialien der Sekundäranalysen

- Diverse Unterlagen zur Revision und neuen Architektur der Volkszählung in der Schweiz
- Volkszählungs-Unterlagen (Fragebogen und Anleitungen) insbesondere in der Schweiz, Kanada und USA
- Enquête post-censitaire « Enquête sur la Diversité Ethnique » (EDE), 2002, Canada
- Etude longitudinale sur les immigrants au Canada (LSIC), 2001 / 2003 / 2005 (Canada)
- Enquête Trajectoires et origines (TeO), prévue pour 2008, France (description générale)
- Eurobaromètre
- Recommendations for the 2010 Censuses UNECE-Eurostat/UNO
- Artikel und Bücher siehe Literaturhinweise
- Usw.

Selektion parlamentarischer Vorstösse in der Schweiz 2003-2007 (G. Casagrande)

- 77 ausgewählte Vorstösse mit Schlagwortbeschriftung (von rund 320 Treffern)

Gesprächsprotokolle aus Interviews (persönlich oder telefonisch): 19

- Fachpersonen aus Wissenschaft: 6 (Schweiz) 3 (international)
- Fachpersonen aus Bundesbehörden: 5
- Fachpersonen aus Kantonen, Städten und NGOs: 5

Protokolle aus internen Diskussion zwischen beteiligten Forscher/inne/n

- Gianni D'Amato, Denise Efonyai, Rosita Fibbi, Bülent Kaya, Joëlle Moret

Relevante Erkenntnisse oder kontroverse Punkte wurden nach einer ersten Einschätzung in Gruppen- oder Einzelgesprächen des qualifizierten Forschungsteams diskutiert. Die Auswertung geht deshalb aus einer Art Triangulation zwischen den verschiedenen Quellen hervor: Interviews, Dokumente (insbesondere ähnliche Erhebungen aus anderen Staaten) und Diskussion des Forschungsteams. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass bei einer anderen Auswahl der befragten ExpertInnen möglicherweise andere Akzente gesetzt worden wären. Dies lässt sich aber vertreten, da es im Rahmen dieses Mandats nicht um eine abschliessende Gewichtung der Themenstränge geht, sondern um eine argumentierte Auslegeordnung.

Da in der kurzen Zeitspanne, die für die Studie geplant war, nicht alle Themenstränge gleichermaßen vertieft werden konnten, waren Unterschiede im Detaillierungsgrad der Analyse praktisch unumgänglich. Sie wurden absichtlich nicht ausgeräumt, da gewisse Informationen oder Beispiele für den Auftraggeber über die Berichterstattung im Rahmen dieses Mandats hinaus von Interesse sein könnten.

2 Analyse: Einheit durch Vielfalt?

Die Schweiz ist bekannt für ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt und gilt bezüglich des politischen Zusammenlebens „traditioneller“ Minderheiten als ein Erfolgsbeispiel, das sich auf ein komplexes politisches und institutionelles Gefüge stützt, das die Multikulturalität schützt und fördert. Wie zahlreiche entwickelte Gesellschaften wird auch die schweizerische im Zug der fortschreitenden Globalisierung durch einen starken kulturellen und sozialen Wandel geprägt, der sich in einer Pluralisierung der Lebensstile, Lebensformen, Sprachen und Wertsysteme nieder schlägt und die bestehende gesellschaftliche Vielfalt noch akzentuiert hat. Diese Diversifizierung manifestiert sich in allen Lebensbereichen und stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen.¹

Die Zuwanderung hat ebenfalls wesentlich zu diesem Pluralisierungsprozess beigetragen und Fachkreise sind sich darüber einig, dass die Schweiz faktisch als Einwanderungsland zu betrachten ist, obwohl dieser Begriff in offiziellen Dokumenten wie beispielsweise dem neuen Ausländergesetz nicht auftaucht.

¹ Ob das historische Erbe der Multikulturalität das Land in besonderem Masse befähigt, den Herausforderungen migrationsbedingter Vielfalt und neuen Minderheiten zu begegnen, ist sehr umstritten. Ein historisch informierter Blick sieht zum einen Verweise auf eine ausgesprochene Versiertheit der Bevölkerung in Bezug auf kulturelle Vielfalt, zum anderen können die Hinweise auf Tendenzen kleinräumlicher Abkapselung nicht vernachlässigt werden.

Seit Jahrzehnten gibt das Einwanderungsgeschehen ausserdem Anlass zu zahlreichen politischen Debatten über die Frage der kulturellen Identität und der künftigen sozialen Kohäsion der Schweiz. Dabei behandeln die in regelmässigen Abständen wiederkehrenden Auseinandersetzungen auf der einen Seite die Frage der kulturellen „Überfremdungsabwehr“ und auf der anderen Seite die Notwendigkeit der Anerkennung der Einwanderung als gesellschaftliche Realität.

Sowohl die Pluralisierung der Lebenswelten als auch die – damit verbundene und empirisch belegte – sozio-ökonomische Polarisierung (Sanduhrgesellschaft) stellen in jüngster Zeit politische Entscheidungsinstanzen vor neue Aufgaben bezüglich Integration und Herstellung von Chancengleichheit, denen sie nur aufgrund ausreichender Grundlagenkenntnis und statistischer Dokumentation nachzukommen vermögen. Der Anspruch einer sachlich fundierten, effizienten und vorausschauenden Politikgestaltung unterstreicht diesen Wissensbedarf, der sich auch aus dem notwendigen Interessenausgleich und der Koordination zwischen verschiedenen Politikfeldern (Kohärenz) ableiten lässt.

Die Nachfrage nach fundierten Informationen über die Ausprägung gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt tangiert in modernen Wissensgesellschaften praktisch alle Politikbereiche vom Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen ausgehend über Fragen des Arbeitsmarkts, der Integration und Kultur bis hin zur Umwelt-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Auch wenn es nicht die Funktion des Bundes sein kann, sämtliche Grundlagen bereit zu stellen, kommt ihm eine herausragende Bedeutung bezüglich der Orientierung und Koordinierung der verschiedenen Informationsaufträge zwischen beteiligten nationalen oder internationalen Partnerorganisationen zu. Dies gilt insbesondere hinsichtlich eines Themenkreises, der von der Privatwirtschaft, den kantonalen Behörden und der universitären Forschung in Erhebungen wenn überhaupt nur beschränkt abgedeckt werden kann, der ein beträchtliches Mass an inhaltlicher Innovation und methodologischer Ressourcen erfordert und letztlich auf die kontinuierliche Vermittlung zwischen Forschung und Praxis angewiesen ist.

2.1 Themenspektrum kulturelle Vielfalt und Integration

Praktisch alle befragten Fachpersonen sind der Ansicht, dass die bisherige Volkszählung zwar wertvolle Informationen zur kulturellen Vielfalt enthält, aber wesentlich ergänzt werden müsste, um den vermehrt komplexen (Mehrfachzugehörigkeit, plurale Identitäten usw.) sowie dynamischen Charakter kultureller Vielfalt adäquat abzubilden und den neuen politischen und wissenschaftlichen Herausforderungen in Fragen der Integration gerecht zu wer-

den. Sie erachten es daher prinzipiell als wünschenswert, den geäusserten Informationsbedarf soweit als möglich im Rahmen der geplanten thematischen Erhebung zu Kultureller Vielfalt und Integration (in diesem Bericht DIVINT genannt) und den SHAPE-Erhebungen abzudecken, da wenig alternative Erhebungsmöglichkeiten – jedenfalls auf kontinuierlicher Basis – bestehen oder geplant sind. Vereinzelt werden allerdings skeptische Einwände grundsätzlicher Natur gegenüber der neuen Architektur der Volkszählung geäussert und die Frage einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Forschungskreisen und öffentlicher Hand aufgeworfen. Auf diese „Gegenstimmen“ konnte leider im Rahmen dieses Mandats nur beschränkt eingegangen werden (siehe Kapitel 2.10 Übergreifende forschungspolitische und methodologische Aspekte).

Ein Teil der GesprächspartnerInnen fokussierte die Aussagen auf ein bestimmtes Fachgebiet (beispielsweise Sprache, Religion usw.), ohne sich zu einer Priorisierung innerhalb der ganzen Themenpalette äussern zu können oder zu wollen; internationale ExpertInnen stützten ihre Bewertung primär auf die Situation im eigenen Land. Die ausgewählten und nachfolgend diskutierten Themenstränge sind Ergebnis einer Triangulation zwischen Interviewaussagen, Dokumentenanalysen und einer Diskussion des Forschungsteams und werden mit qualifizierenden Argumenten belegt. In die Analyse einbezogen wurden teilweise auch methodologische Überlegungen, soweit diese zum Zeitpunkt der Analyse einigermaßen eingeschätzt werden konnten und den Gesprächspartnern bekannt waren (vgl. Vorgehen und Methoden).

Im Folgenden werden zunächst die Hauptthemenstränge kultureller Vielfalt und anschliessend die forschungspolitischen und methodologischen Überlegungen präsentiert. Die Themenblöcke lassen sich nicht eindeutig abgrenzen, da zahlreiche Aspekte übergreifend sind. Insgesamt wurden sechs Hauptthemenstränge, die in den meisten Gesprächen und Grundlagen auftauchten, näher betrachtet: Sprache, Chancengleichheit, Religion, politisch-soziale Partizipation und Einstellungen, Freizeitverhalten und Kulturkonsum und soziales Kapital. Dabei ist zu beachten, dass die thematische Gliederung auf analytischen Dimensionen beruht und keineswegs eine Strukturierung des Befragungsinstrumentes (Leitfaden bzw. Fragebogen) vorwegnimmt.

Vorab wird auf die sogenannten statistischen Grunddimensionen kultureller Vielfalt eingegangen, die insbesondere das Profil bzw. den Lebenskontext der befragten Personen umreissen und primär die „erklärenden“ Variablen (zumindest bei DIVINT) stellen. Diese Grunddimensionen sind zwar fundamental, stellen aber für sich gesehen keine zu vertiefenden Themenblöcke einer eigenen Erhebung dar oder werden bereits im Rahmen einer vorgesehenen Informationsquelle abgedeckt (thematische Erhebung Familie, SAKE usw.).

2.2 Statistische Grunddimensionen kultureller Vielfalt und Integration in der Schweiz

2.2.1 Sozio-demographische und ökonomische Dimensionen

Allgemeine Bedeutung

Die meisten GesprächspartnerInnen betrachteten den zentralen Stellenwert sozio-demographischer Grunddimensionen der befragten Personen und Haushalte als selbstverständlich. Die entsprechenden Angaben liefern nicht nur wichtige Anhaltspunkte für die Erklärung unterschiedlicher Lebensverhältnisse, Einstellungen und Verhaltensweisen, sondern dienen immer auch einer differenzierten Beschreibung der befragten Bevölkerung. Ferner sind sie als Kontrollvariablen unabdingbar, wenn es darum geht, Bevölkerungsgruppen aus verschiedenen Landesteilen, Lebenskontexten oder Herkunftsstaaten zu vergleichen, die sich in ihrer Zusammensetzung beträchtlich unterscheiden können. Während kulturelle Unterschiede zwischen bestimmten Bevölkerungskategorien unter Umständen an Erklärungskraft verlieren, werden zukünftig vermutlich andere immer wichtiger wie beispielsweise die EU-Zugehörigkeit von MigrantInnen.

Von grosser Bedeutung ist in jedem Fall das Geschlecht, dessen Wirkung einem ständigen Wandel unterworfen, aber deshalb für die Lebensgestaltung von Männern und Frauen nicht weniger strukturierend sind. Die meisten Tätigkeitsfelder und Lebensbereiche, soziale Partizipation bis hin zur Verwendung elektronischer Technologien oder vielfältiger Medienangebote sind geprägt durch geschlechtsspezifische Rollenmodelle, die sich noch zusätzlich nach Landesteilen, Sprachgruppe oder Milieu unterscheiden können.

Mit geradezu frappierender Einstimmigkeit betonten die Fachpersonen ferner die Notwendigkeit einer aussagekräftigen Kategorisierung sozialer Schicht, die sowohl die Bildung, den Beruf und das Einkommen der Gewährspersonen und nach Möglichkeit auch ihrer beiden Eltern einschliesst. Die Beobachtung der sozio-demographischen und ökonomischen Merkmale im Zusammenhang mit kultureller Vielfalt ist insbesondere unter dem Aspekt des relativ raschen demographischen und sozialen Wandels für Öffentlichkeit und Politik von hervorragender Bedeutung. Gleichzeitig geht es auch darum, die demographischen und erwerbsstatistischen Profile sprachlicher oder kulturelle Minderheiten sowie MigrantInnnen (gruppen) differenzierter darzustellen.

Neben Forschungskreisen kommen zahlreiche öffentlichen Stellen verschiedenster Politikfelder (Erziehung, Arbeit, Sozialversicherungen, Migration, Gesundheit, Finanzen usw.) und –ebenen als NutzerInnen in Frage. Gerade auch die wachsende Heterogenität der Zuwandernden – spezialisierte Ar-

beitskräfte einerseits und wenig qualifizierte andererseits – wird nur unter Berücksichtigung der sozialen Gradienten adäquat erfasst werden können.

Wissenschaftliche Relevanz

Wie im Einzelnen die Schichtzugehörigkeit oder Einbettung in ein soziales Netz den Werdegang und die Einstellungen von Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Männern oder Frauen beeinflusst und welche Determinanten in welchem Bereich ausschlaggebend sind, wird zwar in den Sozialwissenschaften kontinuierlich debattiert. Dass die sozio-ökonomischen Determinanten – sei es aufgrund der Lebensverhältnisse, der Strukturierung der Handlungsspielräume oder im Rahmen von Einstellungen – prägend sind, wird aber kaum je in Frage gestellt. Korrelationen mit verschiedenen Ausprägungen der sozialen Integration oder politischen Partizipation sind wissenschaftlich gut nachgewiesen. Interessant ist selbstverständlich auch die Beobachtung der sozialen Gradienten über längere Zeiträume hinweg – Zu- bzw. Abnahme sozialer Ungleichheiten – sowie die Mobilität zwischen Generationen.

Studien, die sich auf herkömmliche Statistiken stützen, sind vielfach mangels verlässlicher Informationen über die soziale Schicht nicht in der Lage, die Einflüsse des Bildungsniveaus oder der Berufssituation von Bestimmungsfaktoren, die mit einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit in Zusammenhang stehen, zu unterscheiden. Dies kann zu Stereotypisierungen und Kulturalisierungen führen, die sich bei einer genaueren Betrachtung teilweise korrigieren oder relativieren, was auch für eine empirisch abgestützte Politikgestaltung von Bedeutung ist. In Zusammenhang mit internationaler Migration ist insbesondere auch eine berufliche Deklassierung, d.h. ein migrationsbedingter sozialer Abstieg (oder seltener auch Aufstieg) von Interesse und kann die Integrationschancen und Motivationen wesentlich beeinflussen.

Konzeptuelle Querverbindungen

Sozio-demographische Merkmale und die Schichtzugehörigkeit sind für sich gesehen ebenso wie in Verbindung mit praktisch allen behandelten Themenstränge von Interesse. Ergänzend oder alternativ zu klassischen Schichtvariablen sind auch Dimensionen des Sozialen Kapitals näher zu untersuchen.

↪ Andere Grunddimensionen (Ménages, familles et modèles familiaux; Parcours migratoires; Groupes d'appartenance), Politisch-soziale Partizipation, Freizeitverhalten und « Kulturkonsum », Langue, Egalité des chances, Religion.

Empfehlungen

Da je nach Untersuchungsgegenstand andere sozio-ökonomische oder demographische Determinanten in den Vordergrund rücken, ist es sinnvoll, möglichst verschiedene Dimensionen der sozialen Schicht (Bildung, berufliche Tätigkeit, Einkommen) ins Auge zu fassen, wobei neben den befragten Personen auch die Herkunftsfamilie und der Lebenspartner bzw. die Partnerin zu berücksichtigen sind. Eine differenzierte Darstellung des sozio-ökonomischen Profils erlaubt auch besser, Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen nachzugehen, die nicht in übliche Schichtungsschemen passen.

Indikatoren oder Fragenbeispiele	Kommentare
Sozio-Demographie: Alter, Geschlecht, Zivilstand, Kinderzahl, Wohnort (Grösse, Stadt-Land, Landesteil usw.)	Schlüsselmerkmale SHAPE mit Ausnahme der Kinderzahl
Herkunft/Nationalität: Geburtsstaat und -ort, Nationalität, Aufenthaltsbewilligung	Schlüsselmerkmale SHAPE, siehe Kapitel 2.2.3 Parcours migratoires
Zusammensetzung und Merkmale des Haushalts und der Familie	Siehe Kapitel 2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux
Soziale Schicht: a) Bildung (Abschluss, Art), unter Berücksichtigung verschiedener Bildungssysteme im In- und Ausland b) Berufliche Tätigkeit Bezeichnung, erlernter und ausgeführter Beruf, Funktion, Stellung Arbeitspensum c) Einkommen: Höhe, Ewerbseinkommen, Rente, Sozialhilfe, Art der Quelle	Schlüsselmerkmale SHAPE und Sozio-professionelle Kategorie (ohne Einkommen); Merkmale für die antwortenden Person, Partner und/oder beide Elternteile. c) evtl. auch Unterstützungsleistungen von Verwandten oder Dritten zu berücksichtigen, aber auch allfällige Einkommensquellen im Ausland (vgl. EDE 2002).
Ausserberufliche Tätigkeiten und regelmässig Aufgaben	Insbesondere auch unter dem Genderaspekt: Tätigkeiten im Haushalt, Pflege von kranken oder abhängigen Menschen, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit usw. (vgl. auch Kapitel 2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux)
Soziale Schicht im Herkunftsland	Bei Migranten interessant im Hinblick auf die berufliche oder soziale Deklassierung
Finanzielle Unterstützung von Familienmitgliedern in der Schweiz oder im Ausland	U.a. auch bei Migranten mit Familien im Ausland von Interesse.

Methodologische Aspekte

Wichtig ist die möglichst präzise und gleichzeitig auch flexible Erfassung sozio-ökonomischer und demographischer Dimensionen. Beispielsweise ist es sinnvoll, bei der Erfassung des Bildungsabschlusses für Personen, die mit dem Schweizer Schulsystem nicht vertraut sind, mit Verständnishilfen (etwa Ausbildungsjahre) zu arbeiten, damit es den Antwortenden leichter fällt, sich einzuordnen. Auch zusätzliche offene Kategorien oder die Möglichkeit, eine Erläuterung anzufügen, sind diesbezüglich hilfreich.

Spezifische Herausforderungen stellt in diesem Zusammenhang die Erfassung von Minderheiten, die analytisch wichtig, aber zahlenmässig wenig bedeutend sind. Dies gilt insbesondere auch für Personen mit Migrationshintergrund, beispielsweise für hochqualifizierte MigrantInnen aus ausgewählte Herkunftsländern oder Nicht-EU-Staaten generell. Falls die Absicht besteht, über gewisse Herkunftsnationalitäten signifikante Aussagen zu machen, muss deshalb ein Oversampling der entsprechenden Gruppen unbedingt ins Auge gefasst werden (vgl. Kapitel 2.10.2 Methodologische Herausforderungen).

Bezüglich der Differenzen in der Sozialstruktur sind insbesondere auch Vergleiche zwischen Agglomerationen, Innenstädten und ländlichen Regionen von Interesse. Mehrere Gesprächspartner bedauern, dass bestimmte Agglomerationen oder Quartiere zukünftig nicht mehr erfasst werden können, falls die betroffenen Kantone sich nicht für eine Aufstockung der Stichprobe oder eine Vollerhebung entscheiden. Da gerade Vorstädte und Agglomerationen von sozialem Wandel und von Migration in besonderem Masse betroffen sind, stellt sich die Frage, ob eine vertiefte Analyse innerstädtischer Differenzen anhand ausgewählter Beispiele letztlich nicht von gesamtschweizerischem Interesse ist.

2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux

Enjeux politiques

Bien qu'une enquête spécifique sur la famille soit prévue, il est primordial d'envisager également la thématique familiale sous l'angle de la diversité de la population en Suisse. La famille constitue un des lieux centraux de formation de l'identité. En tant que réseau social primaire, de sociabilité, elle est également un lieu privilégié de formation des modes de vie, qui comporte une négociation aboutissant à un ordre « interculturel » entre les individus parties prenantes de la famille. Il est dès lors primordial de comprendre de manière approfondie les ressources et les contraintes qu'elle génère et les dynamiques qui la traversent. Dans un contexte de diversité, la manière dont elle reproduit ou au contraire modifie les rôles familiaux traditionnels et les

rapports de genre, transmet certaines valeurs et représentations, et gère les différents aspects liés à l'intégration est essentielle à appréhender.

Les buts principaux que poursuit la politique familiale en Suisse sont les suivants : protection contre la pauvreté, redistribution horizontale entre ménages avec enfants à charge et ménages sans enfants, égalité entre hommes et femmes au regard de la répartition des tâches et des rôles, et, enfin, égalité des chances entre enfants². Dans ce contexte, il va de soi qu'une meilleure compréhension de la diversité tant des structures que des modèles familiaux est utile dans la définition de ces politiques familiales, autant que dans les politiques publiques en matière d'intégration.

Un défi central se situe dans la recherche de la répartition idéale entre les thématiques qu'il est indispensable d'intégrer à l'enquête DIVINT et les indicateurs liés à la migration ou à la diversité culturelle qu'il faut recommander pour l'enquête sur la famille, dont les contours ne sont pas encore connus.

Pertinence scientifique

Dans une optique de diversité, cinq axes devraient être abordés qui, mis en lien avec les variables liées au parcours migratoire et à l'intégration, sont particulièrement pertinents.

- *Antécédents familiaux*

Il s'agit là d'appréhender des indicateurs liées à l'histoire familiale du répondant et de s'intéresser en particulier au lieu de naissance, mais également à l'identité et aux groupes d'appartenance de ses parents (voire de ses grands-parents). Cela est fondamental pour étudier les trajectoires d'insertion sur plusieurs générations de migrants.

En prenant l'enquête canadienne sur la diversité comme modèle, il apparaît en outre judicieux de remplacer les questions sur la mère et sur le père biologiques par celles sur les figures maternelle et paternelle les plus importantes, c'est-à-dire les personnes qui ont joué le rôle du père et de la mère pour le répondant jusqu'à ses 15 ans (en alternative aux parents biologiques, il peut s'agir de parents adoptifs, de beaux-parents, de parents d'accueil, de grands-parents, etc.).

- *Structure du ménage, couple et mixité*

La structure du ménage dans lequel le répondant vit, et les liens qui le relient aux différents membres de ce ménage sont des données centrales qui permettent d'appréhender la diversité des structures de ménage (ménage à une per-

² Voir le rapport sur les familles 2004, publié par le Département fédéral de l'intérieur (www.edi.admin.ch).

sonne, famille nucléaire, famille monoparentale, famille élargie, colocation, etc.).

Le couple, qu'il soit marié ou non et qu'il vive dans le même ménage ou non, devrait faire l'objet d'une attention particulière, avec en point de mire la diversité au sein de ce couple. Une série de questions relative au ou à la partenaire devraient être posées, concernant son lieu de vie (ménage commun, même commune, même canton, même pays que le répondant ?), son sexe, sa nationalité, son lieu de naissance, son lieu de socialisation, son ou ses groupes d'appartenance, sa religion, son niveau d'éducation, et son activité professionnelle.

Approfondir la question de l'origine du conjoint est en outre une manière d'aborder le thème des mariages « mixtes » qui, selon certains auteurs (Alba et Nee 2003), constituent l'indicateur par excellence de l'intégration des populations immigrées, signalant la réduction de la distance sociale entre les groupes. Puisque le mariage est un mécanisme de transmission de valeurs et de pratiques culturelles spécifiques à la génération suivante, le mariage mixte influence les frontières entre groupes et les particularités des groupes minoritaires.

L'orientation sexuelle est un marqueur important de la diversité de la population, même s'il s'agit d'un thème délicat. Il est impossible de l'aborder directement dans ce type d'enquête, mais il est probable qu'une question sur le sexe du ou de la partenaire quand le répondant dit vivre en couple ne soit pas excessivement problématique. Les Canadiens ont d'ailleurs opté pour cette manière de faire lors du recensement 2006. Bien entendu, l'orientation sexuelle des personnes qui ne vivent pas en couple reste encore dans l'ombre. Il serait intéressant de connaître l'option prise dans l'enquête suisse sur la famille et de s'en inspirer éventuellement pour l'enquête DIVINT.

- *Modèles familiaux*

Au-delà de la structure du ménage, la répartition des rôles au sein de la famille est un indicateur particulièrement important. Il s'agit de comprendre d'une part comment se répartissent les activités productives (emplois rémunérés) et reproductives (garde des enfants, ménage, tâches administratives liées au ménage, etc.), voire sociales et bénévoles, au sein du ménage, mais également quelle est l'ampleur de la solidarité intrafamiliale et intergénérationnelle (par exemple dans le soutien financier ou la garde des enfants).

- *Parenté en Suisse et à l'étranger*

Pour comprendre de manière plus approfondie comment fonctionnent les familles et les ressources que peuvent représenter les différents membres, il est important de s'intéresser à la parenté élargie vivant en Suisse ou à l'étranger. Des données portant sur les lieux de vie des membres de la famille et leur

proximité géographique avec le répondant (même immeuble, même quartier, même ville, même pays), et sur la fréquence (et éventuellement la qualité) des contacts avec ces personnes sont des indicateurs permettant de mieux comprendre les réseaux sociaux primaires et les solidarités intrafamiliales qui se jouent.

- *Enfants et éducation*

La diversité de la population signifie également une diversité dans les modèles d'éducation. Il est dès lors pertinent de s'intéresser à la figure familiale principalement responsable de l'éducation des enfants (voir plus haut, sous « modèles familiaux »), mais également quelle place est tenue par une éducation effectuée dans un cadre extérieur à la famille, c'est-à-dire dans les « espaces transitoires » (Lanfranchi et al. 2003) : structures d'accueil, mais également lieux spécifiques d'éducation de type religieux, linguistique ou culturel.

Renvois conceptuels

Ces dimensions favorisent l'analyse de l'influence des structures et des modèles familiaux sur certaines pratiques, par exemple en termes d'activités socioprofessionnelles ou associatives, de participation politique, de pratiques religieuses ou linguistiques, ou encore de comportements de consommation.

↪ Autres dimensions de base, Langue, Politisch-soziale Partizipation, Freizeitverhalten und « Kulturkonsum ».

Recommandations

Les cinq dimensions développées ci-dessus sont considérées comme essentielles dans une perspective de diversité en lien avec la famille : elles constituent des indicateurs importants de processus d'intégration, de mixité sociale ou culturelle, de différenciations entre groupes de la population ou entre générations (au sens classique du terme et en termes de parcours migratoire). Une réflexion approfondie est nécessaire pour déterminer les dimensions qui doivent nécessairement être incluses dans cette enquête (DIVINT). Si les indications concernant la structure du ménage, ainsi que celles sur les modèles familiaux, font partie des items indispensables, les autres dimensions devraient idéalement également être introduites, mais peuvent faire l'objet d'une discussion en lien avec la longueur de l'enquête totale.

Indicateurs	Commentaires
Antécédents familiaux : origine des parents ou des figures parentales les plus importantes (voire des grands-parents)	Cf. chapitre 2.2.3 Parcours migratoires

Structure du ménage : profil des membres du ménage

Vie en couple et mixité:

- Existence ou non d'un ou d'une partenaire
- Etat civil (mariage/concubinage)
- Vie commune ou non du couple (si non : lieu de vie du ou de la partenaire)
- Profil du ou de la partenaire : sexe, nationalité, origine, religion, niveau d'éducation, et activité professionnelle.

Modèles familiaux : répartition des rôles et des tâches au sein de la famille. Questions touchant par exemple à la ou aux personnes responsables de la garde des enfants, des tâches ménagères, des tâches administratives (paiement des factures, déclaration d'impôts), etc.

Parenté (hors ménage) : lieu de vie des membres de la parenté ne vivant pas dans le même ménage, fréquence (et qualité) des contacts et des échanges avec ces personnes.

Enfants et éducation :

- Nombre d'enfants et lieu de vie des enfants
- Modèle de garde des enfants (mère, père, autre personne du ménage ou de la parenté, structure extérieure, autre personne)
- Education extérieure spécifique : école liée à la langue ou à la culture d'origine, éducation religieuse, autres.

Ces indicateurs permettent d'appréhender la diversité des modèles familiaux.

Indicateurs de mixité et de diversité dans le couple.

A observer dans l'enquête « Famille » dans la mesure du possible.

Indicateurs de diversité des modèles familiaux.

Cf. chapitre 2.2.1 Sozio-demographische und ökonomische Dimensionen

Ces indicateurs permettent de déterminer la distance géographique et les contacts entretenus avec des membres de la famille qui ne résident pas forcément dans la même ville, canton ou pays.

Ces indicateurs permettent d'appréhender la diversité des modèles d'éducation.

Aspects méthodologiques

Il faut rappeler que si l'enquête sur la famille approfondira certainement ces thématiques, et bien d'autres, son échantillon restreint en ce qui concerne les populations migrantes ne permettra que peu d'analyses détaillées des liens entre variables migratoires et modèles familiaux. Cela nous incite à suggérer l'inclusion de plusieurs des variables définies ci-dessus dans DIVINT.

Une réflexion sur les variables liées à la migration et à la diversité qu'il est nécessaire d'introduire dans l'enquête spécifique à la famille s'impose également, les variables-clés « migratoires » étant insuffisantes. Cette enquête,

pour faire justice à la diversité de la population, devrait ainsi prendre en compte une variété de modèles familiaux, dans lesquels – par exemple – les membres de la parenté élargie jouent parfois un rôle et peuvent être significatifs même s'ils ne se trouvent pas dans le même pays. Des variables permettant d'établir le(s) groupe(s) d'appartenance du répondant ou de la répondante, le lieu de naissance des parents, le pays de résidence des membres de la famille, et un certain nombre d'indications sur le ou la partenaire (groupe(s) d'appartenance, lieu de naissance, religion) sont ainsi à recommander fortement, en plus d'autres indicateurs de diversité intrafamiliale ou conjugale.

2.2.3 Parcours migratoires

Enjeux politiques

Un rapide survol de l'histoire démographique de la Suisse depuis la fin du 19^{ème} siècle nous amène à constater que la migration y apparaît comme une composante majeure : même si l'accroissement de la population étrangère ne s'est pas effectué de manière linéaire, la Suisse est devenue un pays d'immigration à partir du début du 20^{ème} siècle. Selon les données de l'Office fédéral de la statistique pour l'année 2005, près d'un quart de la population (22,6%) est née à l'étranger. Avec ses enfants et petits-enfants, elle atteint même 2 millions de personnes. Les résident-e-s de nationalité étrangère représentaient alors 20,6% de la population en Suisse.

Le défi majeur que pose la migration est de réussir la participation des migrants à la société suisse, ce que l'on appelle l'intégration, qui est un des objectifs de la nouvelle Loi sur les étrangers (art. 4, al. 2, LEtr) et de son Ordonnance sur l'intégration des étrangers (art. 3a OIE). L'art. 53 LEtr décrit les buts de la politique de l'intégration³ : il attribue à la Confédération, aux cantons et aux communes la tâche de « créer des conditions propices à l'égalité des chances et à la participation des étrangers à la vie publique »⁴.

Aussi l'intégration déficiente touche-t-elle en premier lieu les personnes qui sont menacées d'un risque d'exclusion de la vie sociale en raison de ressources économiques insuffisantes, d'un niveau scolaire et de qualifications pro-

³ Art. 4, al. 1-4 LEtr. Voir aussi les explications figurant dans le Message concernant la Loi sur les étrangers (LEtr) du 8 mars 2002: p. 3552 ss.

⁴ La nouvelle Loi fédérale sur les étrangers (art. 53 LEtr, voir aussi art. 3a et 14a OIE) reconnaît que l'intégration est une tâche transversale qui incombe à tous, y compris aux partenaires sociaux, aux organisations non gouvernementales et aux organisations d'étrangers.

fessionnelles faibles, de problèmes de santé ou de famille ainsi que de situations de discriminations effectives.

Le rapport sur l'intégration publié par l'ODM (Office fédéral des migrations 2006) expose les problèmes qui subsistent, propose des mesures susceptibles de les résoudre et met en évidence l'importance d'agir dans le domaine de la promotion de l'intégration. Il en découle la nécessité d'avoir des données probantes pour orienter la politique d'intégration des migrants dans les diverses sphères de la vie sociale telles que l'école, le marché du travail, la santé, la langue, la religion, la culture, ou encore la formation professionnelle.

Pertinence scientifique

Les parcours migratoires peuvent être abordés sous trois angles différents⁵ : la diversité, l'égalité des chances (intégration socio-économique, participation) et l'évolution sociodémographique.

La migration est thématiquée sous le prisme de la diversité, c'est-à-dire comme contribution à la diversification sociétale en Suisse. Quatre domaines majeurs doivent être mentionnés, à savoir la diversification : a) des origines, b) des langues, c) des croyances et pratiques religieuses, d) des modes de vie, de systèmes de références et du fonctionnement des familles.

Quant au deuxième angle, il cherche à étudier les conditions structurelles de l'intégration des migrants autour du concept de l'égalité des chances. Plusieurs observations mettent en évidence le fait qu'une partie des migrants est exposée à des discriminations qui prennent appui sur leur origine, réelle ou supposée (Fibbi et al. 2003).

Le dernier aspect concerne les changements de comportements démographiques et familiaux qui résultent de la migration. Au-delà des données démographiques traditionnelles (sexe, âge, par exemple), les trajectoires, les questions de génération et d'origine des parents, les marchés et les stratégies matrimoniaux, ou encore les enfants constituent des thèmes qui figurent parmi les plus importants.

Il convient ici de mentionner que les experts ne sont pas unanimes sur l'importance de la prise en considération de la migration interne dans l'enquête DIVINT. Les arguments qui militent en faveur de son intégration dans cette enquête mettent plutôt en avant les changements linguistiques qui pourraient être induits par la migration interne lorsqu'elle comporte le franchissement d'une frontière linguistique, un élément qui ne peut être négligé dans une société plurilingue comme la Suisse. Ceci n'est pas seulement im-

⁵ Le programme national de recherche PNR 39 donne une idée complète de l'intérêt que les milieux scientifiques affichent à l'égard du thème « migration » (Wicker et al. 2003).

portant pour la politique linguistique, mais aussi pour la politique de l'éducation.

Bien qu'aucun des experts interrogés n'ait mentionné la situation spécifique des gens du voyage, la question se pose de savoir dans quelle mesure cette population ne devrait pas être prise en considération – et comment – dans une enquête comme DIVINT. Rappelons que trois interventions parlementaires ont attiré l'attention du législatif sur cette minorité⁶.

Renvois conceptuels

Le thème des parcours migratoires est en rapport avec pratiquement tous les concepts couverts par DIVINT.

↪ Groupes d'appartenance ; Egalité des chances ; Ménages, familles et modèles familiaux ; Langue ; Freizeitverhalten und « Kulturkonsum » ; Politisch-soziale Partizipation ; Sozio-demographische und ökonomische Dimensionen ; Religion ; Réseaux sociaux et capital social.

Recommandations

Sur la base des considérations développées par les experts, il convient de considérer les parcours migratoires comme un thème transversal dans l'enquête DIVINT. Cela dit, il est important de penser à des indicateurs du profil (indicateurs socio-économiques et démographiques) susceptibles de permettre d'identifier, à l'intérieur de chaque thématique de DIVINT (langue, religion, etc.), tous les aspects de la diversité culturelle et de l'intégration en rapport avec la migration.

Dans la mesure où le processus d'insertion se déroule sur plusieurs générations⁷, il semble souhaitable de réunir l'information qui permette de retracer ce processus dans la durée. Notons que ceci est habituel aux USA et au Canada.

En ce qui concerne la migration internationale, la question qui se pose est de savoir jusqu'où aller avec les variables concernant les parents. En ma-

⁶ Cf. Interpellation de Lang Josef, Die Schweiz und die Roma-Dekade, 06.3440, déposée le 21.09.2006; motion de Zapfl Rosmarie, Bericht des Bundesrates zur Situation der Fahrenden, 06.1096, déposée le 23.06.2006; et interpellation de Müller-Hemmi Vreni, Minderheitenpolitik in der Schweiz, speziell für Fahrende, 04.3347, déposée le 16.06.2004.

⁷ Plusieurs auteurs parlent de trois générations, notamment lorsqu'ils choisissent l'assimilation comme approche théorique (Alba et Nee 2003 ; Hansen 1938 ; Salins 1997).

tière d'intégration des migrants, les spécialistes estiment trois générations nécessaires pour accomplir l'intégration. Dès lors, une information sur le lieu de naissance des grands-parents serait avant tout d'utilité pour l'analyse de l'insertion structurelle. Toutefois, selon un expert interviewé, la prise en compte de lieu de naissance des grands-parents n'est pas prioritaire, car les affirmations sur le lieu de naissance des grands parents ne sont pas fiables (cf. aussi chapitre Groupes d'appartenance).

Au-delà des indicateurs classiques du profil socio-économique et démographique (âge, sexe, formation, profession, revenu, etc.), il est important d'inclure un certain nombre d'autres indicateurs qui sont pertinents pour le thème des parcours migratoires, selon le modèle suivants :

Indicateurs*	Commentaires
Lieu de naissance du répondant ou de la répondante	Indicateur-clé SHAPE
Lieu de naissance du ou de la partenaire	Observation de la mixité des unions, cf. chapitre 2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux
Lieu de naissance du père et de la mère biologiques ou des figures parentales (cf. chapitre 2.2.2)	But : situer le processus d'insertion au fil des générations. Deuxième génération = au moins un parent né à l'étranger .
Lieu de naissance des grands-parents	But : situer le processus d'insertion au fil des générations. Troisième génération = au moins un grand-parent né à l'étranger.
Lieu de vie durant l'enfance	Connaître la trajectoire de socialisation durant l'enfance. Pourrait éventuellement être ajouté dans l'enquête Famille.
Origine des parents	Au sens de culture de référence (parents-enfants et enfants-parents).
Nationalité(s) actuelle(s)	Indicateur-clé SHAPE
Nationalité(s) à la naissance	Indicateur-clé SHAPE
Age à la naturalisation (pour les personnes qui auraient acquis la nationalité suisse)	Indicateur d'intégration pour toutes les générations, en particulier la 2 ^{ème} et 3 ^{ème} génération.
Appartenance subjective	cf. chapitre 2.2.4 Groupes d'appartenance

« Ever-been-migrant »	Indicateur intéressant pour connaître si la personne, indépendamment de sa nationalité ou de son origine, a déjà séjourné durant au moins une année dans un autre pays. (Cf. recommandations UNECE/Eurostat)
Motifs d'immigration	Travail, asile, regroupement familial, formation, etc.
Date et âge d'arrivée en Suisse	Important du point de vue de l'intégration
Durée de séjour	
Statut de séjour actuel et initial	Changement de statut ou de permis

* Selon une logique liée aux trajectoires d'insertion et non selon l'importance des indicateurs.

Aspects méthodologiques

Partant de l'idée que l'aspect transversal des parcours migratoires sera pris en considération dans d'autres chapitres thématiques, il convient de souligner que les indicateurs du profil migratoire devraient être couverts dans d'autres enquêtes (au-delà des indicateurs SHAPE), et notamment à l'avenir si possible dans les différents registres (registres des habitants/état civil, AVS, données de SUVA, OFAS, ODM, aide sociale, etc.), dans le relevé structurel et dans les autres enquêtes thématiques (famille, mobilité, etc.).

La taille de l'échantillon dans l'enquête DIVINT pose un problème pour analyser les informations sur des petits groupes de migrant : il sera impossible d'obtenir des données significatives sur les Somaliens, voire sur les Sri lankais, par exemple, à moins de les désigner comme des groupes spécifiques à cibler absolument et à surreprésenter dans l'échantillon. Il en va de même pour l'étude de groupes identifiés comme (ou supposés) posant problème (jeunes de l'ancienne Yougoslavie, étudiants chinois, etc.). L'identification de ces groupes se fait sur des bases politiques (interventions au Parlement, experts, etc.). Il s'agirait donc de sélectionner des groupes et de les surreprésenter dans l'échantillon. Ce choix pourrait évoluer au cours du temps. On aurait par exemple un échantillon de base de 15'000 individus, et un autre d'autant composé de quelques groupes surreprésentés pour différentes raisons.

2.2.4 Groupes d'appartenance

Enjeux politiques

Les questions liées à l'appartenance ethnique, raciale ou culturelle des personnes sont parmi les plus sensibles et les plus difficiles à formuler dans ce type d'enquête. Elles sont ou ont été l'enjeu de débats scientifiques et politiques relativement importants : si ces débats sont actuellement virulents en

France, ils l'ont aussi été par le passé aux Etats-Unis et au Canada. L'enjeu principal se situe dans les dangers – présumés ou réels – liés à une telle catégorisation des personnes en fonction d'une appartenance, d'une origine ou d'une identité « ethnique », « raciale » ou « culturelle ». Le risque principal est de « cristalliser » une identité forcément complexe et multiple dans des catégories prédéfinies, avec les dangers de stigmatisation que cela comporte⁸.

Si la nécessité de rester conscient des limites de l'utilisation de tels concepts se fait sentir, de nombreux éléments et la plupart des experts interviewés plaident pour l'inclusion de questions traitant de ce type d'appartenances, au pluriel. Elles se justifient de deux manières au moins. La plus importante est qu'elle seule permet de mesurer les discriminations auxquelles sont confrontés certains groupes de la population en raison – justement – de leur appartenance à des sous-groupes spécifiques de la population définis en termes ethniques ou culturels (l'abandon de la notion de race apparaît par contre pertinent), et la mise en place de dispositifs appropriés de lutte contre ces discriminations. En élargissant la réflexion – et c'est là la deuxième raison –, il est possible d'aller au-delà des politiques de lutte contre les discriminations et de considérer qu'une meilleure connaissance du profil et des dynamiques de certains sous-groupes potentiellement défavorisés de la population permet une meilleure définition de groupes-cibles dans le cadre d'autres types de politiques publiques (par exemple actions de santé publique) et des moyens de les atteindre par une information ciblée et adéquate. Là encore, il s'agit de prendre garde aux dangers d'une « culturalisation » excessive.

Contrairement à d'autres pays, aucune loi en Suisse n'interdit l'utilisation de ces catégories statistiques (comme c'est le cas en France) ou ne la promeut explicitement (comme la Loi sur le multiculturalisme au Canada). Il est vrai que la Suisse a réussi jusqu'à aujourd'hui à éviter des débats importants sur les minorités. Malgré la reconnaissance constitutionnelle des minorités linguistiques et religieuses⁹, elle n'a jamais eu de politiques liées aux minorités ethniques, ce qui explique également l'absence de statistiques impliquant ce type de catégories jusqu'à aujourd'hui.

La nouvelle loi sur les étrangers (LEtr) peut être considérée comme une base juridique légitimant l'inclusion de telles catégories dans l'enquête sur la diversité. Cette législation prévoit entre autres un rôle plus actif de l'Etat concernant l'ouverture des institutions, l'intégration et une sensibilisation

⁸ Selon certains, il existe également le danger d'encourager les tendances au communautarisme, argument qui prête à discussion.

⁹ Le principe de territorialité des langues et des communautés linguistiques a permis d'éviter ce débat, tandis que la reconnaissance des communautés religieuses est jusqu'à aujourd'hui suffisante.

particulière des administrations aux phénomènes de discrimination et aux moyens de les contrer. L'appartenance à un ou plusieurs groupes ethniques, culturels ou nationaux peut également provoquer des malaises parmi certains groupes dans leurs interactions avec les autorités ou l'administration, qu'il est utile de relever pour mieux y remédier. L'utilisation de ces catégorisations se justifie également par les efforts de lutte contre les discriminations de l'Union européenne, desquels la Suisse se doit de s'inspirer (cf. chapitre sur l'égalité des chances).

Pertinence scientifique

L'appartenance à un ou plusieurs groupes (en particulier ceux définis en termes ethniques ou culturels) pose un certain nombre de problèmes conceptuels qu'il n'est pas possible de débattre ici. Une identification en ces termes, si elle n'est pas idéale parce qu'elle positionne les personnes dans des « cases » préétablies qui ne les définissent que partiellement, reste une des « moins mauvaises » solutions pour établir le profil de certains sous-groupes de la population.

Il est habituel de s'en tenir aux catégories nationales, ce qui confère une image dichotomique de la population : en découle une représentation de la société dans laquelle celle-ci s'articule principalement selon le clivage « nationaux » vs. « non-nationaux ». Cette dichotomie est bien évidemment tout à fait pertinente sur le plan des droits politiques ; toutefois elle est souvent indûment étendue aux plans sociaux et culturels. Selon l'anthropologie la plus récente, cette extension, quelque peu abusive, constitue un biais dénommé « nationalisme méthodologique » (Wimmer et Glick Schiller 2002). Elle nourrit la représentation d'un *in-group* homogène face à un *out-group* radicalement différent sur de nombreux plans. Dans le cadre de DIVINT, il convient de réunir l'information permettant de montrer et de monitorer la mixité des populations, qu'elles soient d'origine autochtone ou allochtone, ainsi que les trajectoires d'insertion sur au moins deux, voire trois générations. C'est dans la phase de l'analyse qu'il est surtout nécessaire de garder à l'esprit les limites de ces catégorisations et de recréer les liens nécessaires avec d'autres marqueurs identitaires, tels le genre ou la couche sociale (concernant ce "principe d'intersectionnalité", voir notamment Anthias 2001).

Il est intéressant de noter que, lors d'un sondage au Canada, environ les trois quarts des répondants se sont prononcés pour le maintien de questions concernant les différentes dimensions de l'appartenance ethnique ou culturelle¹⁰. Par ailleurs, les « lobbies » de groupes de populations discriminées,

¹⁰ Il s'agit des résultats d'un sondage effectué par Environics sur mandat de l'Association des études canadiennes, auprès de 2000 personnes en 2002.

par exemple le Conseil représentatif des associations noires (CRAN) en France, se prononcent généralement en faveur des variables ethnico-culturelles.

Dans certains pays, tels que le Canada, les Etats-Unis ou la Grande-Bretagne, l'utilisation de la notion de « minorités visibles » est courante pour désigner les personnes qui n'ont pas la peau blanche¹¹. Si cette notion ne s'applique que de manière peu convaincante en Suisse, elle pourrait être utilement transformée en notion de « minorités repérables » : la couleur de la peau est parfois à l'origine de discriminations, mais c'est également souvent par le patronyme que certains groupes minoritaires sont repérés et stigmatisés dans notre pays, par exemple sur la marché de l'emploi (Fibbi et al. 2003). L'enquête française TeO inclut une question intéressante sur la manière dont les répondants se sentent perçus par les autres, en demandant de préciser si cette image est basée sur l'une ou l'autre des dimensions suivantes : nom et prénom, couleur de peau, accent, habillement, religion, quartier d'habitation, nationalité, pays de naissance, apparence physique ou autre.

Les deux notions de « groupes ethniques, culturels ou nationaux » et de « minorité repérables » constituent ainsi des moyens complémentaires de catégorisation de sous-populations souvent défavorisées et/ou discriminées. La première notion est reliée à une auto-définition du répondant, alors que la deuxième questionne le sentiment de la personne par rapport à la catégorisation dont elle fait l'objet de la part d'autrui, ces deux identités n'étant pas forcément en adéquation.

Un troisième angle d'approche est pertinent car il permet d'affiner ces catégories en pondérant leur importance pour le répondant ou la répondante. La notion centrale ici est celle de « sentiment d'appartenance » à l'un ou l'autre groupe, entre autres le groupe ethnique ou culturel, c'est-à-dire leur signification pour les répondants. L'intérêt de ce type d'approche réside dans le fait qu'il n'est pas demandé à la personne de hiérarchiser ou de prioriser ses sentiments d'appartenance, mais d'évaluer, pour chaque sous-groupe (sa famille, son groupe ethnique ou culturel, son pays de résidence, etc.), le sentiment qu'elle a d'y appartenir. Cette question a donné lieu à des résultats inattendus au Canada puisqu'il apparaît que les personnes les plus attachées à leur groupe ethnique ou culturel d'origine sont également celles qui montrent le plus important sentiment d'appartenance au Canada (Jedwab 2007). Elle rend attentive à la complexité des classements identitaires et permet simultanément

¹¹ L'article 3 de la Loi canadienne sur l'équité en matière d'emploi de 1995 précise que : « Font partie des minorités visibles les personnes, autres que les autochtones, qui ne sont pas de race blanche ou qui n'ont pas la peau blanche ».

ment aux personnes interrogées de s'en distancer ou au contraire de les revendiquer.

Renvois conceptuels

Au niveau des analyses, les indicateurs utilisés dans ce bloc thématique sont particulièrement intéressants en lien avec les indicateurs liés aux situations de discrimination expérimentées par les répondants, mais également dans d'autres domaines, par exemple la participation politique et sociale, ou encore le profil socioéconomique.

↪ Autres dimensions de base, Egalité des chances, Politisch-soziale Partizipation.

Recommandations

Sur la base des considérations évoquées, il serait souhaitable de retenir la possibilité d'indiquer une ou plusieurs appartenances ethniques ou culturelles (auto-attribution) et éventuellement aussi l'appartenance à des groupes repérables (hétéro-attribution), avec la possibilité de « pondérer » le sentiment d'appartenance. Une fois le principe d'utiliser ces catégories établi, restent les questions liées à la formulation des items qui permettront de les opérationnaliser. Certaines caractéristiques en lien avec le profil sociodémographique et le parcours migratoire du répondant ou de la répondante, combinées avec l'autodéfinition qu'il/elle établit, permettent une analyse relativement affinée.

En s'inspirant des questions tant du recensement que de l'Enquête post-censitaire sur la diversité ethnique du Canada, et de l'enquête française TeO, il est possible d'imaginer une combinaison de questions selon la logique suivante :

Indicateurs et exemples de questions	Commentaires
<p>Origine Nationalités et lieu de naissance du répondant ou de la répondante ; lieu de naissance des parents (voire des grands-parents)</p>	Cf. chapitre 2.2.3 Parcours migratoires
<p>Auto-identification A quel(s) groupes ethniques, culturels ou nationaux vous sentez-vous appartenir ?</p>	<p>Idéalement, il s'agit de ne pas proposer (seulement) des catégories prédéfinies au répondant ou à la répondante. Il sera éventuellement nécessaire d'évoquer des exemples.</p> <p>Une question complémentaire peut être : Parmi les groupes mentionnés, lequel a la plus grande importance pour vous ?</p>

Appartenance à minorités repérables

Vous sentez-vous appartenir à un groupe faisant partie des « minorités repérables », c'est-à-dire à un groupe qu'il est possible d'identifier par sa couleur de peau, son apparence physique ou son nom de famille, par exemple ? Si oui, lequel ?

Sur une échelle de 1 à 5, quel est votre sentiment d'appartenance à l'égard des groupes ethniques, culturels ou nationaux auxquels vous appartenez ?

Cette question liée à la perception dont le répondant pense faire l'objet pourrait être judicieusement complétée en s'inspirant du modèle français (enquête TeO), par la question : L'image que les autres ont de vous est-elle basée sur l'une ou l'autre des dimensions suivantes : nom et prénom, couleur de peau, accent, habillement, religion, quartier, nationalité, pays de naissance, apparence physique ou autre ?

La formulation de ces questions est inspirée de l'enquête canadienne sur la diversité (EDE).

Il peut être demandé de pondérer l'importance de chaque groupe mentionné (sous auto-identification) ou seulement de celui qui est considéré comme le plus important.

Sentiments d'appartenances

- Sur une échelle de 1 à 5, quel est votre sentiment d'appartenance à l'égard de la ville ou du village auquel vous appartenez ?
- Sur une échelle de 1 à 5, quel est votre sentiment d'appartenance à l'égard de la région linguistique dans laquelle vous vivez ?
- Sur une échelle de 1 à 5, quel est votre sentiment d'appartenance à l'égard de la Suisse ?
- Sur une échelle de 1 à 5, quel est votre sentiment d'appartenance à l'égard du continent européen ?

En s'inspirant de l'enquête française TeO, cette série de questions pourrait être complétée par d'autres items, tels que le sentiment d'appartenance à :

- Une génération ou catégorie d'âge
- Un métier ou une catégorie sociale
- Un groupe partageant les mêmes centres d'intérêts ou passions

Aspects méthodologiques

Une catégorisation qui se fait largement en termes ethniques ou culturels doit nécessairement comporter la possibilité de réponses multiples et ne pas proposer de catégories fermées, ou en tous les cas pas uniquement, aux répondants. La flexibilité dans l'utilisation de telles catégories est un principe-clé et il est utile de garder à l'esprit que ces catégories ne sont pas immuables car elles peuvent se modifier au fil du temps, et que les appartenances également sont susceptibles d'évolution au cours de la vie. En outre, c'est dans l'articulation de ces différentes questions dont les angles d'attaque sont différents que réside l'intérêt de l'utilisation de tels concepts qui permettent ainsi

une appréhension plus pertinente de questions identitaires complexes. Les différents types d'information ainsi récoltés ont l'avantage de nuancer (au moins partiellement) des catégories prédéfinies et figées. Il est important d'être particulièrement attentifs aux termes exacts qui seront utilisés et à leur définition. Il semble nécessaire de procéder à un premier test de ces questions en Suisse¹², avant de lancer l'enquête proprement dite.

2.3 Langue

Enjeux politiques

Avec ses quatre communautés linguistiques, la Suisse est très souvent considérée comme un exemple réussi en matière de diversité linguistique. Cette dernière est vue non seulement comme une des caractéristiques essentielles de l'identité nationale suisse, mais aussi comme une valeur de l'identité individuelle d'une grande majorité de ses citoyens. Cette performance rhétorique de l'autoreprésentation rencontre de plus en plus ses limites, en particulier quand il s'agit de la mise en pratique de la politique de promotion du plurilinguisme.

La diversité linguistique en Suisse reflète une réalité sociétale ayant trouvé sa reconnaissance politique : déjà la Constitution de 1848 reconnaît l'allemand, le français et l'italien comme les langues nationales. Les articles 4 et 70 de la nouvelle Constitution fédérale, en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2000, révèlent les dispositions constitutionnelles les plus importantes en matière de langue : l'allemand, le français et l'italien sont les trois langues officielles « à égalité de rang », mais le romanche jouit aujourd'hui du même statut – une langue officielle régionale – dans les rapports que la Confédération entretient avec les personnes parlant cette langue.

En fait, la Constitution trace la base de la politique linguistique de l'Etat fédéral qui s'articule autour de quatre grands principes¹³ :

- l'égalité des langues ;

¹² En France, par exemple, l'enquête méthodologique MEDIS qui a été menée avant des études d'envergure a eu comme but de tester la validité et l'acceptation des catégories à utiliser dans les enquêtes.

¹³ En fait, on compte une bonne quinzaine de lois linguistiques fédérales. Ces lois sont sectorielles ; elles ne portent donc que sur des domaines particuliers relevant de la compétence exclusive du gouvernement fédéral. Elles concernent les domaines suivants : l'organisation judiciaire fédérale, les publications officielles du gouvernement, le Tribunal fédéral, les services de traduction, la signalisation routière, la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération.

- la liberté des citoyens en matière de langue ;
- le principe de la territorialité des langues ;
- la protection des langues minoritaires.

En vertu du premier principe, les trois langues officielles au plan fédéral ont le même statut juridique : elles sont égales en droit. Selon le second principe, tous les citoyens suisses ont le droit de pratiquer la langue qu'ils veulent ; dans les faits toutefois, la jurisprudence des tribunaux fédéraux a toujours privilégié le principe de la territorialité des langues aux dépens de la liberté d'expression. La territorialité des langues, le troisième principe, constitue l'élément fondamental du droit des langues en Suisse. On distingue quatre zones linguistiques en principe unilingues : une zone allemande, une zone française, une zone italienne et une zone romanche¹⁴. Enfin, quatrième principe, il est établi que la Constitution garantit le maintien des quatre langues nationales et prend les dispositions nécessaires pour protéger particulièrement l'italien et le romanche¹⁵. Malgré ces dispositifs, l'italien en tant que langue minoritaire risque, selon les experts, de perdre de son importance dans l'espace public.

En rapport avec l'enquête thématique DIVINT, la question qui se pose ici est de savoir si l'on peut déduire des articles constitutionnels concernant les langues (art. 4 et 70) une exigence constitutionnelle obligeant à estimer, dans la population générale, le pourcentage des langues nationales dans un espace donné. Les informations obtenues auprès de l'Office fédéral de la culture indiquent l'absence d'une telle contrainte légale et indiquent que l'OFS dispose d'une marge de décision en fonction des besoins et demandes des cantons. Dans le même ordre d'idées, on peut également parler de l'absence d'une

¹⁴ L'Office fédéral de la statistique définit la « région linguistique » d'après la langue majoritaire de la population des communes respectives. Dans certains cas peu fréquents, il existe une divergence entre cette définition statistique et la définition politique de la région linguistique. Il arrive aussi que des communes changent de région linguistique après un recensement, par suite de l'évolution de leur population et du nombre de locuteurs des différentes langues. Par exemple, le recensement de 2000 a montré que la commune tessinoise de Bosco-Gurin a pour la première fois une population majoritairement italophone ; elle est donc attribuée à la région italophone. Par ailleurs, cinq communes romanches ont passé dans l'aire germanophone en 2000, soit autant qu'en 1990.

¹⁵ Cf. Loi fédérale sur les aides financières pour la sauvegarde et la promotion des langues et des cultures romanche et italienne (RS 441.3). De plus, la Suisse a ratifié, le 23 décembre 1997, la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires, traité qui veut favoriser l'emploi des langues régionales ou minoritaires dans la vie publique. Dans sa déclaration consignée au Conseil de l'Europe, le gouvernement helvétique mentionnait que le romanche et l'italien du canton des Grisons sont les langues auxquelles s'appliquent les articles 8 à 14 de la Charte. Cette dernière exclut les dialectes locaux d'une langue majoritaire ou officielle, en l'occurrence le suisse allemand en Suisse.

base légale pour la détermination des « régions linguistiques » (voir note de bas de page 14).

Par contre, le besoin d'estimation du pourcentage des langues nationales au niveau fédéral est souligné, notamment en ce qui concerne le pilotage d'enseignement des langues, ce qui nécessiterait, sans aucune contrainte légale, de savoir « qui parle quelle langue » ainsi que le nombre de locuteurs parlant la même langue.

Pour la Suisse, l'obligation de fournir des informations concernant les langues parlées de manière détaillée dans certains cantons découle du cadre politico-juridique décrit. Cela concerne en particulier les cantons de Fribourg et des Grisons, où la part respective des locuteurs de différentes langues a des conséquences directes pour l'attribution de certaines ressources au niveau communal (ce qui est moins le cas dans les cantons de Berne et du Valais). C'est aussi pour cette raison que la focalisation de l'enquête sur une langue principale n'est plus considérée comme adéquate : une prise en compte des compétences multilingues pourrait relativiser l'importance des décisions basées sur la seule langue principale utilisée.

Selon l'expert romanchophone, une telle focalisation, comme ce fut le cas pour les recensements fédéraux de 1990 et 2000, a conduit à sous-estimer le nombre de locuteurs romanchophones en Suisse, puisqu'une partie importante de ceux-ci utilisent une autre langue que le romanche comme langue principale. Il s'agit notamment de la diaspora romanchophone dans d'autres cantons qui, selon l'estimation de l'expert, constitue environ un tiers de l'ensemble des locuteurs romanchophones. Il apparaît ainsi nécessaire pour le canton des Grisons (c'est valable aussi pour le canton du Tessin) d'estimer le nombre de romanchophones vivant dans les autres cantons et qui, en raison de l'indication d'une autre langue principale, ne sont pas considérés comme romanchophones. Cette situation met en évidence la nécessité d'aborder la question de l'appartenance linguistique sous l'optique élargie du bilinguisme.

Outre l'appartenance linguistique, les compétences linguistiques (actives/passives) dans les langues indiquées sont importantes. De cette façon, la Suisse remplirait aussi ses obligations internationales en matière de documentation du paysage linguistique et pourrait mettre à disposition de la recherche linguistique des informations plus détaillées.

Néanmoins, ce paysage linguistique, qualifié de « quadrilinguisme », doit faire face à deux phénomènes majeurs dont les conséquences sont de grande importance pour la diversité linguistique en Suisse : la mondialisation d'une part, et l'ampleur et la diversification des mouvements migratoires internationaux d'autre part.

Le phénomène peut-être le plus puissant défiant la diversité linguistique traditionnelle en Suisse est la mondialisation, qui se traduit notamment par

l'intensification de l'usage de l'anglais comme langue de grande communication en tant que *lingua franca*. Il est intéressant de constater que, de l'avis d'un des experts interviewés, 20% des Suisses parlent l'anglais quand ils vont en vacances dans les autres régions linguistiques du pays, alors qu'ils ont appris une langue nationale à l'école.

C'est ainsi que la mondialisation tend à affaiblir les langues minoritaires, voire la cohésion linguistique traditionnelle. La décision de plusieurs cantons alémaniques d'enseigner l'anglais à la place du français comme première langue étrangère à l'école primaire relève de cet effet. Certains politiciens espèrent pouvoir utiliser le projet de loi intitulé « Loi fédérale sur les langues », actuellement bloqué au Parlement, comme levier pour imposer aux cantons le choix d'une langue nationale dans l'enseignement et ainsi favoriser la compréhension réciproque entre les régions linguistiques. Toutefois, certains milieux, l'Union patronale suisse par exemple, craignent que cette « profession de foi » en faveur d'une langue officielle suisse comme deuxième langue fasse négliger l'importance croissante que revêt l'anglais dans le monde.

Finalement, les flux migratoires que connaît la Suisse notamment depuis 1945, ainsi que les combinaisons nouvelles des pays d'origine, ont accru la diversité linguistique existant en Suisse. En l'espace de 40 ans, la part des langues non nationales¹⁶ utilisées comme langue principale est passée de 1.4% en 1960 à 9% en 2000, et ces langues occupent une place de plus en plus importante dans le paysage linguistique suisse (Lüdi et Werlen 2005). Les questions qui se posent ici sont : quelle est la place des langues de l'immigration dans le quadrilinguisme traditionnel suisse, l'économie de ce pays et son système d'éducation ? Quelle diversité linguistique doit être défendue, voire développée sur le plan sociétal ?

La présence des langues de l'immigration se traduit également par une rencontre (ou une confrontation) toujours plus fréquente avec l'altérité linguistique. En tant que vecteur de l'intégration sociétale, l'apprentissage d'une des langues nationales suisses par les migrants n'est pas seulement souhaité par les migrants eux-mêmes, mais aussi encouragé par la société suisse (art. 53 et 54 LEtr). Il est bien évident que cet apprentissage modifie considérablement les données démolinguistiques et, par conséquent, les rapports linguistiques en Suisse (l'apprentissage du dialecte suisse allemand par les migrants, par exemple). D'autre part, on peut se demander quelles seront à long terme les

¹⁶ Les langues non nationales en Suisse peuvent provenir de deux sources. Il y a d'abord les langues « autochtones » parlées par des populations anciennes et installées en Suisse depuis parfois plusieurs siècles, tels le bavarois, le jénish (tsigane), ou le yiddish (langue germanique). Ensuite, il y a les langues étrangères issues de l'immigration, tels le turc, le serbo-croate, l'albanais, ou le tamoul.

conséquences de ce processus d'apprentissage linguistique sur les langues d'origine des migrants. Faut-il plutôt favoriser l'assimilation linguistique (l'acquisition de la langue d'accueil et la perte de la langue d'origine) ou le plurilinguisme (la langue d'accueil et la langue d'origine) ? Selon nos interlocuteurs, la coprésence de plusieurs langues principales est un phénomène qui concerne entre 3-5% des personnes en Suisse.

On sait que la confrontation à la diversité linguistique n'est pas sans soulever des questions controversées. Prenons pour exemple l'utilisation des langues d'origine des migrants dans l'espace public en Suisse. Deux démarches parlementaires illustrent la dimension politico-linguistique de cet enjeu. La première propose le recours à un interprète afin de garantir l'égalité des chances dans l'accès aux soins pour les patients allophones¹⁷. La seconde table au contraire sur la restriction de l'usage des langues d'origine au nom de l'intégration linguistique¹⁸.

Dans une société plurilingue comme la Suisse, il est ainsi important de savoir comment le plurilinguisme est vécu et perçu par les individus mêmes. Comment les individus se positionnent-ils par rapport à d'autres langues non nationales, notamment aux langues des migrations ? La promotion du plurilinguisme en Suisse¹⁹ prend-il en considération les besoins linguistiques individuels (communication, marché du travail, etc.) dans une société marquée par une forte diversification linguistique ?

La diversité linguistique soulève des questions d'allocation des ressources matérielles et symboliques : qui a droit, en quels lieux (donc dans l'espace de quelles juridictions) et pour quelles raisons, à la reconnaissance officielle de sa langue, ou à l'utilisation de celle-ci, par exemple comme langue d'enseignement ? Ce problème d'allocation soulève des questions de gestion de la diversité linguistique, qui doivent se traduire dans un cadre juridique. Cela constitue un des enjeux politiques du projet de Loi fédérale sur les lan-

¹⁷ Initiative parlementaire (06.428), de Menétrey-Savary Anne-Catherine, déposée le 11.05.2006, intitulée « Droit aux soins pour les patients allophones ».

¹⁸ La Motion parlementaire (03.3204) déposée le 06.05.2003 par Heim Alex, invite le Conseil fédéral à prendre les mesures nécessaires pour que seules les langues nationales soient admises lors des examens théoriques de conduite, une pratique qui propose une limitation de l'offre aux quatre langues nationales des questionnaires qui sont actuellement traduits en de nombreuses langues de l'immigration telles que le turc, l'albanais et le serbo-croate.

¹⁹ Cf. les instructions du Conseil fédéral concernant la promotion du plurilinguisme du 22 janvier 2003 (FF 2003 1338).

gues²⁰ dont la partie sur les mesures de promotion du plurilinguisme est contestée en raison des coûts excessifs qu'elle pourrait engendrer.

Pertinence scientifique

Les milieux scientifiques abordent l'importance de la langue au travers de deux fonctions principales.

La fonction identitaire et communicationnelle

Il s'agit de comprendre le lien identitaire que l'individu entretient avec la langue ainsi que son positionnement par rapport aux différences linguistiques et culturelles. De même, la langue parlée dans la famille est importante pour la transmission linguistique entre les générations, mais elle peut aussi indiquer l'existence et la complexité du plurilinguisme familial, notamment dans les familles binationales.

Dans un contexte de mobilité (interne et internationale), l'observation des changements de langue au cours de la vie et des compétences à parler plusieurs langues devient extrêmement intéressante. En Suisse, les statistiques actuelles ne mesurent qu'indirectement ce changement, mesure qui se être faite à partir de la comparaison entre la langue parlée en famille et la langue principale. L'observation de ce changement est intéressante non seulement pour les migrants étrangers - comme indicateur d'intégration - mais aussi pour les Suisses qui migrent à l'intérieur du pays entre diverses régions linguistiques.

²⁰ Le projet porte sur diverses mesures visant à promouvoir les compétences linguistiques dans les langues nationales, à encourager les échanges d'élèves et d'enseignants de tous les niveaux scolaires. Il prévoit aussi la création d'un institut d'encouragement du plurilinguisme et contient des mesures visant à promouvoir le romanche et l'italien et à donner à la Confédération la possibilité d'aider les cantons plurilingues. Toutefois, le Conseil fédéral a décidé, dans sa séance du 28 avril 2004, de renoncer à la présentation de ce projet au Parlement. Le 7 mai 2004, le conseiller national Christian Levrat a déposé l'initiative parlementaire 04.429 « Loi fédérale sur les langues nationales ». L'initiative propose de soumettre aux Chambres fédérales le projet de loi tel que le Conseil fédéral l'avait mis en consultation le 23 octobre 2001. Le 12 novembre 2004, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national (CSEC-N) a décidé à l'unanimité de donner suite à ladite initiative. Par son courrier du 19 septembre 2006, elle a invité le Conseil fédéral à prendre position. Dans son avis du 18 octobre 2006, ce dernier maintient sa décision du 28 avril 2004 et rejette le projet de la CSEC-N. Cependant, toujours dans le cadre de cette loi, le Conseil national a décidé le 21 juin 2007 qu'une langue nationale devra être enseignée avant l'anglais.

De plus, une attention particulière doit être donnée au dialecte qui, en perte d'influence dans certaines régions, devient, dans d'autres, la langue principale des migrants de la deuxième génération.

La fonction de capital humain

Au-delà de l'aspect communicationnel et identitaire, les milieux scientifiques concordent sur le fait que la langue constitue un capital humain, une ressource que l'individu essaye de faire valoir sur le marché du travail. De ce point de vue, les sociolinguistes et les économistes de la langue s'intéressent à connaître les compétences linguistiques dans d'autres langues que la langue principale afin d'estimer les ressources linguistiques sociétales et individuelles.

Par ailleurs, certains milieux scientifiques s'intéressent à savoir comment le plurilinguisme fonctionne sur le lieu de travail : quelles sont les langues les plus utilisées et quelle est la fréquence de leur utilisation sur le lieu de travail ?

Renvois conceptuels

Au niveau des analyses, les indicateurs de la diversité linguistique servent de base pour une politique d'égalité des chances à l'égard de locuteurs des diverses langues nationales. Plusieurs démarches parlementaires dénoncent l'existence des pratiques de discrimination à l'égard des communautés linguistiques minoritaires au sein de l'administration fédérale²¹. Ces indicateurs linguistiques peuvent aussi être intéressants pour estimer les phénomènes des discriminations (tels qu'ils sont perçus par les répondants) liés à la langue dans d'autres domaines, sur le marché du travail par exemple, notamment en ce qui concerne l'intégration des migrants. De plus, les dimensions de la diversité linguistique pourraient être mises en rapport avec les comportements politiques, les pratiques religieuses et les comportements de consommation culturelle ainsi qu'avec les indicateurs socio-économiques et démographiques.

↳ Egalité des chances ; Sozio-demographische und ökonomische Dimensionen ; Ménages, familles et modèles familiaux ; Politisch-soziale Partizipation ; Freizeitverhalten und « Kulturkonsum ».

²¹ Cf. la motion de Robbiani Meinrado « Engagement du personnel de l'administration fédérale et plurilinguisme », déposée le 19.12.2006 et l'interpellation de Simoneschi-Cortesi Chiara, intitulée « Sprachliche Diskriminierung. Quousque tandem abutere patientia nostra? », déposée le 07.10.2005, pour ne citer que les plus récentes.

Recommandations

Sur la base de ces considérations, il est conseillé de réserver une grande importance à la langue dans DIVINT. De ce fait, il est important de déterminer les dimensions à prendre en considération. Selon les spécialistes consultés, la priorisation des dimensions linguistiques à prendre en considération lors de l'enquête se présente de la manière suivante :

- Changements de langue : langue première, langue principale, langue parlée dans la famille
- Plurilinguisme : perceptions, fonctionnement du plurilinguisme sur le lieu de travail (utilisation et fréquence), utilité, importance d'apprendre la langue, canaux et stratégie d'apprentissage, difficultés rencontrées et aide reçue (qui, où, type) pour trouver un cours de langue, etc.
- Compétences linguistiques orales (actives et passives) dans les langues autres que la langue principale
- Apprentissage du dialecte suisse allemand par les migrants
- Place de l'anglais comme *lingua franca*

Une fois ce choix des dimensions fait, restent les questions liées à la formulation des items permettant de les opérationnaliser. Il est possible d'imaginer des indicateurs pour certaines dimensions en s'inspirant de la liste des indicateurs linguistiques élaborés par Statistique Canada et du recensement suisse. Le tableau suivant indique diverses possibilités de combinaison :

Indicateurs et exemples de questions	Commentaires
<p>Première langue Première langue apprise à la maison dans l'enfance et encore comprise par la personne au moment de l'enquête</p>	<p>Si la personne a appris deux langues en même temps dans la petite enfance, indiquez la langue qu'elle parlait le plus souvent à la maison avant d'aller à l'école. Indiquez deux langues seulement si la personne les utilisait également et si elle les comprend encore. (Cf. Recensement suisse 2000)</p>
<p>Langue principale La langue dans laquelle la personne pense et qu'elle maîtrise le mieux (une seule réponse possible)</p>	<p>Propositions de réponses qui incluent les langues nationales (allemand, français, italien, romanche) et les langues non nationales principalement parlées en Suisse.</p> <p>Les personnes bilingues ont dû opérer un choix et n'indiquer qu'une seule langue principale.</p> <p>Lorsque plusieurs langues ont été indiquées, la priorité a été donnée à la lan-</p>

Indicateurs et exemples de questions	Commentaires
<p>Langues parlées habituellement à la maison, à l'école ou au travail, et avec les proches</p> <ul style="list-style-type: none"> - Le questionnaire individuel du recensement suisse posait deux questions concernant les langues parlées dans la vie quotidienne. On distinguait d'une part la langue parlée à la maison et, d'autre part, celle parlée à l'école ou au travail. - Le questionnaire du recensement canadien comportait une question sur les langues le plus souvent utilisées au travail. 	<p>gue parlée habituellement. (Cf. Recensement suisse 2000)</p> <p>Outre les quatre langues nationales, le questionnaire indiquait comme réponses possibles : les formes dialectales de l'allemand ou de l'italien, un patois romand, l'anglais et les «autres langues».</p> <p>Par contre, il n'est pas fait de distinction en ce qui concerne les différentes formes de romanche. (Cf. Recensement suisse 2000)</p> <p>Dans le cas des personnes dont le travail demande beaucoup d'interactions avec des clients ou des collègues, déclarez la langue utilisée le plus souvent. Dans le cas des personnes sourdes ou malentendantes, ou qui ont de la difficulté à parler et à se faire comprendre, déclarez un langage gestuel s'il est utilisé le plus souvent au travail. Ne déclarez pas une langue utilisée seulement lors des pauses-café, des repas ou d'autres types de pauses. (Cf. Recensement canadien 2006)</p> <p>Cochez la langue seulement si la personne peut soutenir une conversation assez longue sur divers sujets dans ces langues.</p> <p>Les données sur les langues se fondent sur une auto-évaluation par les répondants de leur capacité à parler les langues (bilinguisme et plurilinguisme).</p> <p>Monolinguisme et plurilinguisme : le monolinguisme (en référence aux quatre langues nationales) concerne les personnes qui ont indiqué parler habituellement une seule langue nationale. La maîtrise d'autres langues n'est pas considérée ici. De même, le plurilinguisme (en référence aux quatre langues nationales) concerne toute personne ayant indiqué parler habituellement au moins deux langues nationales, abstraction faite de la connaissance d'autres</p>
<p>Connaissance des langues</p> <p>Indique si le répondant peut soutenir une conversation dans les langues (langues nationales et les dialectes + langues autres que les langues nationales)</p>	

Indicateurs et exemples de questions	Commentaires
<p>Stratégies d'apprentissage des langues</p> <p>Difficultés rencontrées et aide reçue pour trouver un cours de langue (qui, où, quel type ?), etc.</p>	<p>langues. (Cf. Recensement suisse 2000)</p> <p>(Cf. Longitudinal Survey of Immigrants to Canada)</p>
<p>Perceptions</p> <p>Pour quelles raisons pensez-vous qu'il est important que les jeunes apprennent d'autres langues nationales à l'école (plusieurs réponses possibles) ?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pour se sentir plus suisse • Pour être capable de communiquer avec des personnes d'autres régions linguistiques • En raison de la culture associée à cette langue • Pour être plurilingue • Pour améliorer leurs opportunités professionnelles • Autres <p>Quelles seraient vos principales motivations pour apprendre une autre langue que les langues nationales (plusieurs réponses possibles)?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pour l'utiliser en vacances à l'étranger • Pour l'utiliser au travail • Pour pouvoir étudier dans un autre pays • Pour votre satisfaction personnelle • Pour conserver les connaissances d'une langue parlée par votre famille • Pour pouvoir comprendre les personnes d'autres cultures • Pour connaître une langue qui est largement parlée dans le monde • Autres 	

Aspects méthodologiques

La taille de l'échantillon prévue pour les enquêtes thématiques apparaît insuffisante pour cerner les groupes linguistiques plus petits tels le retoromanche l'italien, l'anglais, ou certaines langues de la migration (le serbo-croate ou le tamoul par exemple). On pourrait remédier à ce problème en procédant à un échantillon élargi pour les Cantons des Grisons et du Tessin et à un échantillon supplémentaire pour les langues principales des migrants.

Selon l'expert interviewé du canton des Grisons, l'échantillonnage élargi ne pourrait, de manière satisfaisante, résoudre le problème de la couverture du romanche et de l'italien. La délégation de la solution aux cantons concernés ne serait pas une alternative étant donné qu'un nombre relativement important de romanchophones et italophones vivent en dehors desdits cantons. Selon l'expert, une solution véritable devrait être pensée dans le cadre des registres existants.

Par ailleurs, il convient de penser aussi à la couverture d'âge dans l'enquête. Un échantillonnage qui ne se compose que de personnes adultes (dès 15 ans) risque de poser problème dans le sens où c'est parmi les adultes que la probabilité est la plus grande qu'une autre langue que langue première devienne la langue principale. De ce fait, il apparaît important d'introduire dans le questionnaire des informations concernant le public en dessous de 15 ans. De même, dans le cas d'un enfant n'ayant pas encore appris à parler, il faudrait penser à la langue la plus souvent parlée à la maison. Dans une telle situation, la probabilité de plurilinguisme dans la famille doit aussi être prise en considération.

Un autre aspect qui pose un problème méthodologique concerne la couverture géographique sachant qu'il est nécessaire de garantir la même qualité d'enquête que dans les recensements antécédents par rapport au paysage linguistique. La référence géographique à laquelle on a recours traditionnellement est celle des régions linguistiques. Néanmoins, la diversité linguistique actuelle apparaît de plus en plus comme un phénomène lié aux agglomérations. Il conviendrait de mener une réflexion méthodologique sur ce problème de couverture géographique. Par ailleurs, le choix de type d'enquête (enquête téléphonique ou face-à-face) est important en vue de la formulation des questions.

Les linguistes interviewés sont de l'avis que, en matière de diversité linguistique, l'enquête Eurobaromètre, qui comprend des questions sur les langues et la connaissance des langues étrangères, ne constitue pas un modèle dont on peut s'inspirer.

En ce qui concerne l'estimation des compétences dans les langues autres que la langue principale, il est impossible de procéder à une évaluation effective des compétences, en raison de la grandeur de la population sous étude, des dispositifs de recueil des données et des ressources humaines qu'aurait demandé un procédé d'évaluation effective. Les connaissances linguistiques et les niveaux des compétences pourraient être estimés selon l'échelle d'évaluation et les niveaux proposés par le Portfolio Européen des Langues. Il s'agit d'une auto-évaluation subjective contrôlée dont la fiabilité scientifique trouve une bonne acceptation dans les milieux scientifiques.

2.4 Religion

Politische Bedeutung

Noch in der ersten Bundesverfassung von 1848 hat sich die Schweiz als christliche Nation definiert, die sich insbesondere geprägt sah durch die evangelisch-reformierte und römisch-katholische Landeskirchen. Erst auf Druck ausländischer Staaten wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die jüdische Minderheit in der Bundesverfassung von 1874 als offizielle religiöse Gemeinschaft anerkannt. In der neuen Verfassung vom 1. Januar 2000 ist die Glaubens- und Gewissensfreiheit in Art. 15 kodifiziert. Demnach hat jede Person das Recht, ihre Religion und weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und diese allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekennen. Indessen darf niemand gezwungen werden, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen. Die Bundesverfassung regelt auch das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Laut Art. 72 Abs. 1 der BV sind die Kantone für die Regelung dieses Verhältnisses zuständig. Bund und Kantone können laut Art. 72 Abs. 2 auch Massnahmen treffen, die für die Wahrung des öffentlichen Friedens zwischen den Religionsgemeinschaften dienlich sind. Der religiöse Friede geniesst demnach in der Schweiz den Schutz durch die Verfassung.

Die in den letzten Jahrzehnten weiter voranschreitende kulturelle Heterogenisierung der Schweiz hat einen komplexen Prozess der gleichzeitigen Pluralisierung und Individualisierung der religiösen Sphäre bewirkt. Zu diesem Prozess gehören zum einen die Entstehung von Sekten, von esoterischen Bewegungen und anderen Formen alternativer Spiritualität, zum anderen aber auch sogenannte fundamentalistische Bewegungen, die sich der religiösen Multikultur entgegenzustellen versuchen.

Die politische Relevanz der Religion ist durch den Wandel in Bezug auf die Zugehörigkeiten und die Praxis religiöser Gemeinschaften gegeben. Dies gilt auch für jene Gruppen, die nicht als Kirche organisiert sind, wie beispielsweise die Evangelikalen oder die Sekten. Gerade charismatische Bewegungen haben Konjunktur, und manche ehemaligen Kirchenmitglieder wenden sich anderen Religionen wie beispielsweise dem Buddhismus zu. Alternative Spiritualitätsformen und esoterische Lehren sind ihren früheren subkulturellen Milieus entwachsen und gewinnen in bestimmten Bereichen der Öffentlichkeit – z.B. im Heilwesen – erhebliche Bedeutung. An der neuen religiösen Pluralisierung partizipieren nicht zuletzt auch Migrantinnen und Migranten, die ihre eigene Religion mit in die Schweiz gebracht haben oder diese hier unter liberalen Bedingungen als Chance entdecken, um eine eigenständige Identität zu gewinnen und öffentlich zu artikulieren.

Trotz dieser Phänomene revitalisierter Religiosität sind die Bindekräfte der Landeskirchen in der modernen Gesellschaft durch Säkularisierungsprozesse zurückgegangen. In der öffentlichen Meinungsbildung ist die Stimme der Kirchen nur eine unter vielen. Gleichzeitig gewinnt das Thema Religion in anderen Bereichen der Gesellschaft neue Aktualität, so dass von einer Gleichzeitigkeit von Säkularisierung und Desäkularisierung gesprochen werden kann.

Auch veränderte Gender-Rollen und Familienstrukturen haben in der modernen Gesellschaft ihre Auswirkung auf die religiöse Landschaft. Während Frauen bis heute als „religiöser“ gelten und ihnen traditionell eine wichtige Rolle bei der Pflege und Weitergabe des religiösen Erbes in der Familie zugesprochen wurde, vertreten nach wie vor in den meisten Religionsgemeinschaften überwiegend Männer die öffentlichen Belange ihrer Religion. Daraus ergeben sich Spannungen, nicht nur in den Landeskirchen, sondern auch in vielen religiös geprägten Migrantengruppen.

Die Entwicklung in der Schweiz zeichnet sich im internationalen Vergleich in mehrfacher Hinsicht aus: Der Anteil an Migrantinnen und Migranten ist besonders hoch, gleichzeitig sind die Migrantengruppen aus verschiedenen Ländern infolge der Sprachgrenzen aussergewöhnlich diversifiziert. In der Schweiz gibt es eine besondere Tradition des Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie des Ausgleichs zwischen religiösen Interessengruppen. Die Bundesverfassung ist zurückhaltend und auf säkularen Werten gegründet, schützt aber ausdrücklich den religiösen Frieden. Im Vergleich zu Frankreich fällt die stark unterschiedliche konfessionelle Prägung der einzelnen Kantone auf. Eine religionshistorische Besonderheit ist auch das nahezu paritätische Verhältnis der beiden grossen Landeskirchen – jedoch verteilt auf Kantone mit jeweils unterschiedlich strukturierten Mehrheiten. Spezifisch ist aber auch die Tradition religiöser Toleranz in den urbanen Kantonen, die z.B. in Basel bis auf die Reformationszeit zurückgeht.

Gerade aus dem Zusammenhang eines durch die Verfassung zu schützenden religiösen Friedens ist aus Sicht einiger kantonaler Behörden (siehe insb. Stellungnahme Kanton Zürich v. 27.9.2005) und der anerkannten Kirchen (siehe Vernehmlassungsbeitrag der Geschäftsstelle der Röm.-Kath. Zentralkonferenz im Namen der Landeskirchen v. 30. Januar 2006) unerlässlich, genaue Kenntnisse über das Merkmal „Religionszugehörigkeit“ zu haben. Ein Verlust von Informationen dieser Art stünde diametral zu der religionsrechtlichen Gesetzgebung verschiedener Kantone, die dazu übergehen, neben der öffentlich-rechtlichen Anerkennung auch das Instrument der „kleinen Anerkennung“ einzuführen, um in einer religiös pluralistisch gewordenen Gesellschaft ihre Beziehungen zu den anderen Religionsgemeinschaften neu und differenzierter anzugehen. Aus Sicht der anerkannten Kirchen gehört es deshalb zur Pflicht des Staates, sich umfassend über die Religionszugehörigkeit

der Bevölkerung zu informieren, wenn dieser den Auftrag der Bundesverfassung (BV Art 72 Abs. 2) zur Wahrung des religiösen Friedens schützen will.

Auf Bundesebene ist die Erhebung der Religionszugehörigkeit insbesondere für die Bereiche der Organisation der Armeeseelsorge, der Gewichtung der Antworten bei Vernehmlassungsverfahren, der Berücksichtigung der religiösen Vielfalt bei den öffentlichen Radio- und Fernsehanstalten, und der Beachtung der Religion bei der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie der Seelsorge an den Empfangsstellen von grosser Wichtigkeit. Statistische Informationen sind auch für die Abgeltung von Urheberrechten im Bereich der Kirchenmusik von Belang. Die Kantone, welche das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen im Detail regeln, sind ebenfalls auf genaue statistische Angaben angewiesen, damit sie die staatlichen Beiträge an die anerkannten Kirchen erfassen können. Auch sind genaue demographische Angaben von Interesse, wenn es um die Anerkennung neuer Religionsgemeinschaften in den Kantonen, die Wahrnehmung von religionspezifischen Aufgaben (Religionsunterricht, Anstaltsseelsorge), die Einrichtung von Friedhöfen und besonderer Grabfelder für religiöse Minderheiten geht. Sämtliche Verteilungsfragen stehen selbstredend in einem Zusammenhang mit der Mitgliederzahl der in den Kantonen lebenden Religionszugehörigen.

Wissenschaftliche Relevanz

Es besteht bei den befragten Experten eine grosse Einigkeit darüber, dass die religiöse Diversifizierung einerseits, die fortschreitende Säkularisierung andererseits nach einer differenzierten Erfassung religiöser Zugehörigkeit verlangen. Sowohl die Selbstperzeption als auch die Fremdwahrnehmung müssen dabei in Betracht gezogen werden, um die Anschlussfähigkeit gegenüber weiteren Fragestellungen (Identität, Diskriminierung) sicherzustellen. Vorbehalte gegenüber Fragen der Religiosität wie sie beispielsweise im US-Census vorherrschen, spielen im schweizerischen Kontext eine eher untergeordnete Rolle.

Ein weiteres Themenfeld, das berücksichtigt werden sollte, ist der Bereich der Glaubenspraxis. Hierbei ginge es darum, die Wichtigkeit des Glaubens über die Kirchengangshäufigkeit, aber auch die Gebetshäufigkeit zu ermitteln. Die beiden Formen der Religionsausübung können je nach Glaubensrichtung allerdings unterschiedliche Bedeutungen haben. Die Bearbeitung dieses Themenfeldes würde es allerdings erlauben, Auskünfte über die Religiosität einzelner Gruppen zu erhalten und deren Wirkung im Alltagsleben zu erforschen (z.B. Gesundheitsverhalten, Essgewohnheiten etc.). Grundsätzlich ginge es darum, qualifizierte Schlüsse über Wirkungen der religiösen Zugehörigkeit auf andere gesellschaftliche Bereiche ziehen zu können, um auf diese Weise den Grad der gesellschaftlichen Säkularisierung zu überprüfen.

Ein drittes Thema wäre das Bestreben, die Fragen der Religiosität mit Fragestellungen des Wertewandels verbinden zu können. Welche Einstellungen gibt es in religiösen Gruppen zur Stellung der Frau in der Gesellschaft, zu den Geschlechterrollen, aber auch zur Frage der Homosexualität (cf. chapitre 2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen) oder der Trennung von Kirche und Staat? Welches sind insbesondere die Einstellungen zu anderen religiösen Gemeinschaften und zur religiösen Pluralisierung? Fragen dieser Art würden es erlauben, häufig in Kontroversen mündende Fragestellungen wie jene der Islamophobie und des Antisemitismus direkt anzugehen. Wenn diese Einstellungsfragen an bestehende Forschungen zum Wertewandel gekoppelt werden könnten, bestünde zudem die Möglichkeit, die Realität in der Schweiz mit jenen in anderen gesellschaftlichen Kontexten zu vergleichen (siehe das International Social Survey Programme ISSP und die Monitoring-Studie der Universität Genf von Cattacin et al. 2006).

Konzeptuelle Querverbindungen

Die Zugehörigkeit zu einer Religion und deren Glaubenspraxis verweisen auf mannigfaltig zu vertiefende Aspekte, insbesondere auf die Diskriminierungserfahrung, die mit dieser kulturellen Aktivität verbunden ist, oder jenen Formen des Engagements, die die politisch-soziale Partizipation fördern.

☞ Egalité des chances; Politisch-soziale Partizipation; Ménages, familles et modèles familiaux; Freizeitverhalten und « Kulturkonsum ».

Empfehlungen

Lange Zeit schien es so, als ob die fortschreitende Säkularisierung die Dimension Religion in ihrer sozio-demografischen Bedeutung stark reduzieren würde. Im Zusammenhang mit „neuen“ religiösen Minderheiten, aber auch angesichts neuer geo-politischer Entwicklungen hat das Thema seit einigen Jahren allerdings an Gewicht gewonnen. Nur schon wegen der Vielschichtigkeit dieser Dimension sollten Fragen zur Religionszugehörigkeit so weit wie möglich offen gestellt werden, um diese so genau wie möglich zu erfassen. Dabei sollte in Erfahrung gebracht werden, um was für religiöse Gemeinschaften es sich handelt. Ebenfalls sollten Doppelmitgliedschaften berücksichtigt werden (z. B. Evangelikal und Reformiert). Die Frage einer eventuellen Konversion darf nicht vergessen werden: insbesondere mit welchem Glauben (falls überhaupt) die Befragten aufgewachsen sind und welcher heute praktiziert wird. Stigmatisierte Gemeinschaften (bspw. Sekten) werden schwer zu gewinnen sein, daher wäre es ratsam, wenn die Items keine Wertungen beinhalten. In diesem Zusammenhang dürfen die Tücken des Religionsbegriffs nicht unterschätzt werden: Viele Gemeinschaften sehen sich nicht als Religion an, sondern als Glauben. Freunde alternativer Spiritualität empfinden ihre Praxis indes eher als Philosophie. Wenn diese Unterschiede nicht

berücksichtigt werden, besteht die Gefahr, dass eine Erhebung zu stark auf das traditionelle Christentum abzielt und andere Glaubensformen, aber auch Esoterikgruppen und Wellness-Therapien durch ihre Sprachregelung ausschliesst. Das Risiko, dass nicht die richtigen Fragen gestellt werden, könnte durch einen runden Tisch minimiert werden, an dem sich Expertinnen und Experten zu ausgesuchten Items äussern könnten.

Indikatoren	Kommentar
Religionszugehörigkeit Zugehörigkeit zu Religions- oder Glaubensgemeinschaft <ul style="list-style-type: none"> ○ Kindheit und Jugend ○ heute 	Unerlässliche Frage. Kann als offene Frage gestaltet werden. Präzise Rezeption der Zugehörigkeit notwendig
Religionszugehörigkeit der Eltern	Antwortmöglichkeit für Eltern oder elternähnliche Personen
Religionszugehörigkeit des Lebenspartners/-partnerin	Cf. Kapitel 2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux
Glaubenspraxis Teilnahme an Glaubensaktivitäten mit anderen Menschen Antwortmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> ○ Wöchentlich ○ Monatlich ○ 4x im Jahr ○ jährlich ○ gar nie ○ k.A. 	Wichtige Frage wegen der Unterscheidung von Religion und Glaubenspraxis. Achten auf andere Formen der Glaubensausübung ! (Cf. Recensement canadien 2006)
Teilnahme an Glaubensaktivitäten auf individueller Basis Antwortmöglichkeiten: Wie oben	Formen privatisierter Religion ist ebenfalls wichtig (Cf. TeO)

Wichtigkeit der Religion in Jugend (bei Erziehung)	Beantwortet die Frage, ob die Religion früher einen anderen Stellenwert gehabt hat. (Cf. TeO)
Antwortmöglichkeiten: Abstufung wichtig – nicht wichtig	
Einstellungen	Einstellungsfragen können evtl. auch unter politisch-sozialer Partizipation angefügt werden. Sehr wichtig (Cf. GMF Survey der Universität Bielefeld) ²²
Einstellung zu anderen Religionen	
<ul style="list-style-type: none"> ○ Muslime sollten das Recht haben, nach eigenen Glaubensgesetzen zu leben ○ Hindus / Juden / Christen / Buddhisten / Evangelikale etc. 	
Einstellung zu Trennung Kirche und Staat	
Antwortmöglichkeiten:	
<ul style="list-style-type: none"> ○ Stimme zu ○ Stimme nicht zu ○ Weiss nicht 	
Stellenwert der Glaubensgebote (Kleidung/Ernährung) im Alltag	Abwandlung einer Fragestellung bei GMF Survey. Überprüft Säkularisierung
Antwortmöglichkeiten:	
Abstufung wichtig – nicht wichtig	

Nicht zuletzt aufgrund des Vorranges, den der religiöse Friede laut Bundesverfassung genießt (Art. 72 Abs 2), besteht seitens der Kirchen ein grosses Interesse an der genauen Erfassung sowohl der öffentlich-rechtlich anerkannten Gemeinschaften als auch jener, die nicht diese Anerkennung geniessen. Ohne eine solche Erfassung gäbe es keine oder nur lückenhafte Angaben zu den einzelnen in der Schweiz praktizierten Glaubensbezeugungen. Zum Islam wären die Angaben sehr dünn und selbst für die beiden grossen Landeskirchen würden in den Trennungskantonen Genf und Neuenburg die Informationen zu den Angehörigen der verschiedenen Religionen fehlen. Aus diesem Grund müsste eine registergestützte Methode als Alternative zur Vollerhebung sicherstellen, dass entweder über Fragebogen das Merkmal Religionszugehörigkeit im oben skizzierten Sinn erfasst würde oder es müssten bis auf die Ebene von einzelnen Gemeinden und urbanen Quartieren detaillierte und repräsentative Erhebungen durchgeführt werden, die eine hohe Aussagekraft zu Fragen der Religion auch in Zukunft gewährleisten.

Methodologische Aspekte

Fragen zur Religionszugehörigkeit müssen die Komplexität dieses Bereichs berücksichtigen. Sie sollten deshalb sowohl offen als auch geschlossen (mit

²² Siehe www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt_gmf-survey.htm.

Antwortmöglichkeiten) formuliert sein. Auf alle Fälle müssen die Auskünfte präzise genug sein, um eine spätere Rekodierung nicht zu vereiteln. Ausserdem dürfte eine thematische Erhebung, welche die Religion berücksichtigt, nicht vernachlässigen, über ihre Itemauswahl international anschlussfähig zu bleiben. Das Gesamtbild über kleine religiöse Gruppen riskiert mit dem Systemwechsel verloren zu gehen. Es wäre deshalb zu eruieren, ob nicht über spezifische Methoden gerade solche Gemeinschaften in den Mittelpunkt gerückt werden könnten (falls zum Beispiel 1000 Personen pro religiöser Gemeinde in den Sample aufgenommen würden). Ausserdem sollte ein besonderes Augenmerk auf die Städte geworfen werden, da die grösste religiöse Diversität in urbanen Kontexten zu finden ist. Die Erhebung zur Religion müsste in regelmässigen Abständen (< 3-5 Jahren) wiederholt werden, wenn möglich mit face-to-face-Interviews. Zu überprüfen wäre ein Transfer spezifischer Fragen („Bedeutung der Religion in der Familie“) zu anderen geplanten thematischen Erhebungen, wie jene beispielsweise zu Familien und Generationen.

2.5 Egalité des chances

Enjeux politiques

Avec la nouvelle **Constitution** entrée en vigueur en 2000, la Suisse s'est dotée d'une véritable interdiction de discrimination²³, de même que d'un instrument de promotion de l'égalité des chances. L'article 8 stipule en effet que :

¹ Tous les êtres humains sont égaux devant la loi.

² Nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques ni du fait d'une déficience corporelle, mentale ou psychique.

La nouvelle Constitution élargit donc l'interdiction de discrimination par rapport à la précédente qui proclamait ce principe à l'égard des seuls Suisses. Ce faisant, l'ordre juridique suisse satisfait globalement aux exigences de la

²³ La Constitution précédente ne prévoyait que l'interdiction de discriminations entre hommes et femmes. L'expérience dans ce domaine a montré que la seule affirmation du principe sur le plan constitutionnel – aussi valable soit-elle – ne suffit pas à assurer son application dans les cas spécifiques. Il a en effet fallu la loi du 24 mars 1995 sur l'égalité entre hommes et femmes pour que femmes et associations aient des instruments leur permettant de faire valoir leurs droits dans la vie professionnelle. Le renversement de la charge de la preuve constitue un des points essentiels de ce dispositif : lorsque la salariée peut rendre plausible qu'elle a été discriminée, l'employeur est tenu de fournir la preuve qu'il n'a pas agi de la sorte.

Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale CIDR de 1965 à laquelle elle a adhéré en 1994 (ECRI 2003).

L'obligation d'assurer l'égalité des personnes devant la loi interdit à l'Etat de privilégier ou de discriminer certaines personnes ou groupes de personnes ; elle n'autorise des inégalités de traitement que dûment motivées. Relevons qu'une inégalité de traitement positive – destinée à corriger une discrimination ancienne ou actuelle – est non seulement licite du point de vue du droit constitutionnel mais peut s'imposer dans certaines circonstances²⁴.

Par ailleurs, la Suisse a ratifié en 1997 la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes de 1979, et, également en 1997, la Convention relative aux droits de l'enfant de 1984, ainsi qu'en 1961 la Convention OIT No 111 concernant la discrimination des minorités ethniques nationales en matière d'emploi et de profession de 1958. Alors que le Pacte international relatif aux droits civils et politiques (pacte II) comporte une interdiction absolue dans son article 26, les dispositions des autres conventions (par exemple le Pacte I ou la convention relative aux droits des enfants de 1984) interdisent la discrimination non pas de manière absolue, c'est-à-dire en toutes circonstances, mais exclusivement dans les domaines couverts explicitement par la convention. Ainsi la Suisse a ratifié la plupart des instruments internationaux de lutte contre les discriminations et reconnaît donc ce principe.

La norme contre les discriminations fut introduite dans l'arsenal juridique suisse comme **norme pénale** suite à la ratification de la toute première Convention ONU contre les discriminations, la CIDR de 1965. A l'occasion de cette ratification en 1994, un large débat public a concerné le référendum relatif à l'introduction d'un article du Code pénal réprimant la discrimination raciale (art. 261 bis du CP). Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1995, il stipule que :

Celui qui aura, publiquement, incité à la haine ou à la discrimination envers une personne ou un groupe de personnes en raison de leur appartenance raciale, ethnique ou religieuse ;

celui qui aura, publiquement, propagé une idéologie visant à abaisser ou calomnier de façon systématique les membres d'une race ou d'un groupe ethnique ou religieux ;

celui qui aura, dans le même dessein, organisé ou encouragé des actions de propagande ou y aura pris part ;

²⁴ Message du Conseil fédéral du 2 mars 1992 concernant l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale de 1965 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale et la révision y relative du droit pénal, chiffre 521, FF (1992) III 265 et suiv.

celui qui aura, publiquement, par la parole, l'écriture, l'image, le geste, par des voies de fait ou de toute autre manière, porté atteinte à la dignité humaine d'une personne ou d'un groupe de personnes en raison de leur appartenance raciale, ethnique ou religieuse ou qui aura, pour la même raison, déshonoré la mémoire d'un défunt ;

celui qui aura, dans l'exercice de son activité professionnelle, refusé à une personne ou à un groupe de personnes, en raison de leur appartenance raciale, ethnique ou religieuse, un bien ou un service offert publiquement, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Le référendum contre cette loi a provoqué la focalisation de l'attention sur la seule dimension pénale de la répression du racisme alors que la ratification de la Convention en 1994 comporte explicitement un engagement des pouvoirs publics dans la prévention des discriminations (possibilité de mesures proactives).

Dans les conventions internationales, la nationalité est largement considérée comme un critère légitime de différenciation de traitement. A cet égard toutefois, les récents textes législatifs suisses concernant les **étrangers** inscrivent l'objectif de l'égalité des chances dans les finalités poursuivies par les autorités, en considération du caractère structurel de la présence étrangère dans ce pays. Ainsi, l'art. 53 al. 2 de la nouvelle Loi sur les étrangers (LEtr) stipule que la Confédération, les cantons et les communes

(Ils) créent des conditions propices à l'égalité des chances et à la participation des étrangers à la vie publique.

L'art. 2 de l'Ordonnance sur l'intégration des étrangers (OIE), quant à lui, stipule dans les principes et les buts de l'ordonnance – en conformité avec les articles 4 et 53 de la LEtr – que

L'intégration vise à établir l'égalité des chances entre Suisses et étrangers dans la société suisse.

Il en découle la nécessité de se doter d'instruments statistiques permettant de monitorer les pratiques qui enfreindraient le principe d'égalité non seulement pour les personnes titulaires de la citoyenneté helvétique mais aussi pour les groupes qui n'en sont pas pourvus. Il ne faut pas non plus oublier que la Constitution prévoit que les politiques publiques doivent être évaluées en termes d'impacts (art. 170).

Au niveau international, l'adoption en 2000 de deux **directives européennes**, l'une sur l'égalité de traitement sans distinction de race ou d'origine ethnique (2000/43/CE du 29 juin 2000), l'autre sur l'égalité de traitement en matière d'emploi et de travail (2000/78/CE du 27 septembre 2000), ont puissamment œuvré à placer ces questions au premier plan de l'agenda politique. Les conséquences découlant de ces directives sont tout autant de type conceptuel que sociopolitique. Sur le plan conceptuel, l'institutionnalisation du débat sur les discriminations a amené à élargir la prise en compte des motifs de discrimi-

mination au-delà du sexe, de l'origine ethnique ou raciale et de la religion à d'autres dimensions telles que l'âge, le handicap ou l'orientation sexuelle. Sur le plan des pratiques sociales et politiques, tous les pays membres de l'UE se sont dotés d'une législation anti-discrimination selon les grandes lignes établies dans les directives.

La Suisse, ne faisant pas partie de l'Union européenne, n'est évidemment pas touchée directement par ces évolutions ; elle ne peut cependant pas s'en extraire complètement. Deux vecteurs rendent impossible tout isolement : les médias et l'environnement économique. A travers les médias, le débat social et politique européen propose des clefs de lecture de la réalité – par exemple l'importance des discriminations dans la fabrication des échecs à l'intégration des migrants – dont il convient de connaître la pertinence pour la Suisse également. De plus, les sociétés œuvrant dans plusieurs pays européens développent des cultures d'entreprise en établissant des standards internes qu'elles tendent à pratiquer dans tous les pays dans lesquels elles sont actives, quel que soit le cadre législatif local.

Que la sensibilité à ce thème soit allée croissant en Suisse est démontré par une analyse des démarches parlementaires (initiatives parlementaires, interpellations, motions, postulats et questions) entreprises entre 2003 et juillet 2007 ; celle-ci dévoile que les thématiques potentiellement couvertes par l'enquête DIVINT ont fait l'objet de 77 démarches. Parmi celles-ci, un bon tiers, à savoir 27, a comme thème la discrimination. Les perspectives abordées par les parlementaires sont très variées, allant de la requête d'une loi générale sur l'égalité de traitement à la non-discrimination dans les naturalisations, de l'égalité dans les assurances des véhicules à moteur à la protection des religions minoritaires, de la définition du racisme à la question de savoir si la discrimination raciale est juridiquement punissable lorsqu'elle est le fait d'une minorité à l'encontre de la majorité, de l'abolition de la norme pénale anti-racisme à la proposition que la Suisse se joigne avec une campagne de sensibilisation à la célébration de l'année 2007 comme année de l'égalité des chances promue par la Commission européenne. En tout état de cause, l'importance des démarches parlementaires témoigne de l'urgence ressentie par les représentants du peuple à ce que les autorités empoignent directement ces questions dans le cadre d'une politique explicite. Pour ce faire, une base empirique solide est incontournable.

L'évolution de la législation et de la politique publique en matière de lutte contre les discriminations dépend du nombre et de la concentration des minorités et de leur possibilité d'intervenir dans la formulation des politiques en question. L'émergence d'un important mouvement en faveur des droits humains en même temps que l'apparition sur la scène publique des deuxièmes générations issues de la migration, qui comptent une proportion non négligeable de naturalisés ressentant la discrimination comme particulièrement

illégitime, pourraient représenter une pré-condition et une stimulation favorables à cette évolution. Ainsi, par exemple, au gré de l'installation progressive des populations de religion musulmane et de la naturalisation de ces populations, le statut de cette religion sera analysé de plus en plus à l'aune de l'obligation de protection d'une minorité nationale. La « nationalisation » des différences nouvelles transite aussi par l'adoption internationale d'enfants originaires de tous continents ou encore par les mariages mixtes : ils inscrivent d'emblée dans le corps social helvétique des aspects physiques et des patronymes nouveaux (par exemple le patronyme Egerszegi).

Ce qui a été présenté jusqu'ici comme un processus d'internalisation progressive des différences dans le cas des migrants internationaux ne devrait pas faire oublier que la saillance nouvelle de certains attributs individuels et la revendication d'égalité des chances a également d'autres origines exclusivement « internes » au pays : le cas paradigmatique à cet égard est celui du genre.

La reconnaissance de la légitimité des revendications d'égalité des femmes se manifeste par deux actes formels en Suisse : une loi et un article constitutionnel. La Loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hommes (Loi sur l'égalité, LEg) du 24 mars 1995, entrée en vigueur en juillet 1996, concerne spécifiquement les rapports de travail. Son article 3 stipule que :

¹ Il est interdit de discriminer les travailleurs à raison du sexe, soit directement, soit indirectement, notamment en se fondant sur leur état civil ou leur situation familiale ou, s'agissant de femmes, leur grossesse.

² L'interdiction de toute discrimination s'applique notamment à l'embauche, à l'attribution des tâches, à l'aménagement des conditions de travail, à la rémunération, à la formation et au perfectionnement professionnels, à la promotion et à la réiliation des rapports de travail.

³ Ne constituent pas une discrimination les mesures appropriées visant à promouvoir dans les faits l'égalité entre femmes et hommes.

La Constitution suisse du 18 décembre 1998, entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2000, à son article 8 alinéa 3, réaffirme et consacre ce principe, lui conférant une portée plus large, dépassant le cadre du travail.

³ L'homme et la femme sont égaux en droit. La loi pourvoit à l'égalité de droit et de fait, en particulier dans les domaines de la famille, de la formation et du travail. L'homme et la femme ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale.

Les normes légales concernant l'objectif de l'égalité des chances entre femmes et hommes constituent un exemple de dispositif aligné sur les pratiques internationales qui couvre un ensemble assez vaste de dimensions : l'interdiction de discriminer, inscrite dans les dispositions de droit civil, est assortie de l'allègement du fardeau de la preuve, de la qualité d'agir des organisations, de la promotion de l'égalité comme mesure positive de préven-

tion des discriminations et de l'institution d'un organisme député à la concrétisation au jour le jour des objectifs de la loi.

L'affirmation solennelle du principe d'égalité est également consacrée par la Constitution suisse à son article 8 alinéa 4, en ce qui concerne les handicapés.

⁴ La loi prévoit des mesures en vue d'éliminer les inégalités qui frappent les personnes handicapées.

Cette déclaration a été concrétisée par l'approbation de la loi fédérale du 13 décembre 2002 sur l'élimination des inégalités frappant les personnes handicapées (Loi sur l'égalité pour les handicapés, LHand) qui concerne le travail, la formation et l'accès aux constructions et installations publiques. A l'instar de la loi sur l'égalité femmes-hommes, ce texte prévoit la capacité d'agir des organisations et la promotion de l'égalité via le financement de programmes.

Le débat public actuel laisse facilement prévoir que deux autres attributs individuels acquerront dans les prochaines années de la saillance en matière d'égalité des chances : l'orientation sexuelle et l'âge. Le 1^{er} janvier 2007 a vu l'entrée en vigueur de la Loi sur le partenariat enregistré entre personnes de même sexe (loi sur le partenariat), qui assure la réduction des différences entre couples hétéro- et homosexuels. Il est probable que la revendication de parité entre individus d'orientations sexuelles diverses s'étende également à d'autres domaines.

Il en va de manière similaire pour les différences liées à l'âge. Les mutations démographiques déjà intervenues et le vieillissement encore plus marqué qui nous attendent rendent vraisemblable un mouvement social revendiquant la lutte contre l'âgisme, à savoir la stéréotypisation et les préjugés à l'encontre d'individus et de groupes à cause de leur âge. Aux Etats-Unis, l'« Age Discrimination Employment Act » interdisant la discrimination des personnes âgées de plus de 40 ans dans la sphère du travail date de 1967.

Nombreux sont donc les domaines dans lesquels l'objectif politique partagé très largement dans la population de l'égalité des chances rend indispensable la documentation précise et approfondie des dynamiques sociales.

Pertinence scientifique

Dans les sociétés modernes, le droit jouit en principe d'une « primauté » face aux autres moyens d'organisation du pouvoir (tels que l'autorité ou la force) et de la solidarité (tels que la famille ou l'appartenance à un groupe). Cette primauté ne saurait se justifier si le système juridique ne reconnaissait pas comme principe fondateur la non-discrimination, qui se concrétise à la fois dans l'interdiction de discriminer de la part des acteurs sociaux, notamment publics, et dans un droit individuel à ne pas subir un traitement différent sans motifs fondés, objectifs et raisonnables. Dans nos sociétés plurielles, la cohésion sociale est ainsi le résultat produit au jour le jour par le traitement ho-

mogène des individus et des groupes. De manière analogue, en ce qui concerne les migrants, la notion d'intégration, traditionnellement focalisée sur le seul processus d'adaptation des nouveaux arrivants à la nouvelle société, a été élargie jusqu'à comprendre cette dynamique comme un processus réciproque qui comporte une disponibilité au changement de la part de la société d'accueil et l'aménagement progressif d'une égalité de droits et de devoirs.

Dans cette veine, les enquêtes se sont multipliées dans les cinq dernières années en Suisse qui ont interrogé le décalage entre la norme d'égalité méritocratique – qui dans nos sociétés démocratiques fonde légitimement la différenciation sociale – et la réalité, dans le domaine scolaire et professionnel. Ces études dressent un constat accablant de ce décalage, que ce soit dans l'attribution des élèves aux classes spéciales (Lanfranchi et Jenny 2005), ou dans l'accès aux diverses filières du secondaire inférieur (Kronig et al. 2000), à l'apprentissage (Imdorf 2007 ; Meyer 2003) ou à l'emploi (Fibbi et al. 2003).

Le phénomène demande donc à être analysé pour monitorer de manière systématique l'évolution de la situation ainsi que l'impact des politiques visant à rétablir des conditions d'égalité des chances socialement acceptables à l'égard des groupes défavorisés tels que les femmes, les personnes d'origine immigrée et les minorités « repérables » par leur patronyme, leur couleur de peau, leur religion, ou encore les handicapés, autant de groupes dans lesquels s'inscrit l'ensemble des porteurs de la nationalité helvétique et, plus en général, des habitants de ce pays.

Nombreuses sont les instances publiques susceptibles de regarder avec intérêt le développement du monitoring de l'égalité des chances : il suffit de penser à la Commission pour les questions féminines, la Commission fédérale des étrangers, la Commission fédérale contre le racisme, mais également le SECO, le DFI et en particulier le Service de lutte contre le racisme, ainsi que les instances concernées par les questions liées au handicap.

Les experts interrogés abondent dans ce sens : ils indiquent la nécessité de cerner la discrimination institutionnelle (ou structurelle), la discrimination directe et indirecte, ainsi que le traitement défavorable dans de nombreux domaines tels que l'école, les transitions à l'intérieur du système scolaire et le passage de l'école à la vie professionnelle, mais également dans le travail – notamment l'accès à des postes de responsabilité (plafond de verre) –, dans l'accès aux soins, en général et pour les personnes âgées en particulier et – last but not least – dans l'accès à la vie associative. Il convient d'approfondir le rapport aux institutions en analysant notamment la confiance dans la police ou dans la justice, comme indicateur d'une intégration citoyenne au-delà de

la notion habituelle d'identification culturelle (voir chapitre 2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen).

Les discriminations – autant d'entorses à l'égalité des chances – sont à aborder de deux façons : de manière indirecte, à travers la situation des enquêtés et la comparaison entre des personnes ayant des caractéristiques différentes, et de manière directe, plus subjective, en demandant aux enquêtés quelles sont leurs expériences des discriminations. L'intérêt pour la dimension subjective repose notamment sur le fait que le sentiment d'être exposé à un traitement défavorable est une variable explicative de certaines pratiques et a une incidence sur les constructions identitaires.

De plus, il convient de distinguer entre attitudes et comportements et, dans ce cadre, de prendre en compte la disponibilité à discriminer, une attitude qui peut se manifester aussi bien dans les groupes en position majoritaire que minoritaire (voir indicateurs dans le chapitre 2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen). Finalement, les experts invitent à assurer la comparabilité des données au niveau international pour une appréhension correcte du phénomène de la discrimination.

Renvois conceptuels

Avec sa politique de protection des minorités linguistiques, la Suisse a acquis une large expérience dans l'utilisation de données statistiques comme instruments de repère pour concrétiser le but de l'égalité des chances entre personnes aux caractéristiques diverses ; on peut penser à la politique de recrutement du personnel au sein de la Confédération ou au monitoring de l'accès aux postes à responsabilité au sein de l'administration fédérale. Le critère de la représentation équitable – c'est-à-dire correspondant au poids relatif des diverses communautés linguistiques – constitue une forme sans doute souple mais néanmoins efficace de quotas en faveur des groupes minoritaires.

Ces considérations peuvent être étendues aux appartenances et aux variables liées au parcours migratoire, telles qu'elles sont définies dans les chapitres respectifs.

🔗 Langue ; Groupes d'appartenance ; Parcours migratoires ; Religion ; Freizeitverhalten und « Kulturkonsum ».

Recommandations

Sur la base de ces considérations et en s'inspirant des questions tant des enquêtes d'opinion en Suisse que de l'Enquête post-censitaire sur la diversité ethnique du Canada et de l'enquête TeO en France, il serait souhaitable de retenir les indicateurs suivants (détaillés par des exemples possibles de questions, avec indication de leur source).

Indicateurs et exemples de questions	Commentaires
<p>Sentiment de traitement défavorable</p> <p>Au cours des 5 dernières années, à quelle fréquence avez-vous subi des traitements inégalitaires ou des discriminations dans l'emploi, le logement, l'école, les administrations, etc ?</p>	Cf. TeO
<p>Sentiment de malaise</p> <p>A quelle fréquence vous sentez-vous mal à l'aise ou pas à votre place en Suisse à cause de votre appartenance nationale, ethnique ou culturelle, votre race, la couleur de votre peau, votre langue, votre accent ou votre religion ? (précisez la raison)</p>	Cf. EDE 2002
<p>Domaines de traitement défavorable</p> <p>Dans quels domaines particulièrement ?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ école ○ embauche ○ lieu de travail ○ condition d'emploi ○ promotion dans le travail ○ accès au logement ○ accès aux soins 	
<p>Motifs de traitement défavorable</p> <p>D'après vous, était-ce plutôt à cause de :</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ âge ○ sexe ○ état de santé, handicap ○ couleur de peau ○ origine, nationalité ○ quartier de résidence ○ accent, façon de parler ○ situation de famille ○ sexualité ○ religion 	Cf. TeO
<p>Domaines publics de traitement défavorable</p> <p>Avez-vous déjà vécu la situation suivante ?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ on vous refuse l'entrée dans une discothèque, hôtel, restaurant, bar ○ on vous reçoit, traite mal à la mairie ○ on vous reçoit, traite mal dans une administration publique ○ vous êtes mal reçu, mal traité par la police 	Cf. TeO

Modalités de traitement défavorable	Cf. TeO / EDE 2002
Vous est-il arrivé au cours des cinq dernières années	
<ul style="list-style-type: none"> ○ de vous faire insulter ○ de subir de la violence physique ○ d'être victime d'un acte criminel et/ou d'un acte haineux ○ de vous sentir menacé d'être un jour victime d'un crime haineux 	
Confiance envers le prochain	Cf. EDE 2002
Confiance envers les gens en général / la famille / les gens du voisinage / gens du travail ou de l'école	
Confiance envers les institutions	Cf. chapitre 2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen
Disponibilité à discriminer	Cf. chapitre 2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen

Aspects méthodologiques

Au cours des dix dernières années, les enquêtes sur les attitudes envers les étrangers conduites par UNIVOX ont été menées en 1997, en 2001 et la dernière fois en 2003. Elles montrent une grande variabilité de résultats, à la fois à cause de l'apparition de nouveaux groupes immigrés, de la médiatisation de leur présence et de l'évolution de la société helvétique sur ce thème. En conséquence il semble judicieux, pour DIVINT, de prévoir une périodicité systématique avec des intervalles préférablement inférieurs à cinq ans, si l'on veut conférer à cet instrument la tâche de monitorer la situation et les politiques en faveur de l'égalité des chances.

Etant donné la nature délicate et les multiples implications de cette thématique, deux experts recommandent que les milieux directement intéressés par les possibles inégalités de traitement soient associés à l'élaboration des questions relatives à cette partie. Toutefois, bien qu'il soit recommandé de faire du « sur mesure » dans la formulation des questions, de manière à rendre compte correctement des spécificités suisses, il faudrait garantir la comparabilité internationale d'une partie tout au moins des résultats.

Il semble préférable de conduire l'enquête en face-à-face, sur un échantillon de taille permettant de prendre en considération des groupes de dimensions réduites : il semble judicieux de surreprésenter certains de ces groupes minoritaires (e.g. Noirs, gens du voyage, handicapés) dans l'une ou l'autre des diverses éditions afin de couvrir l'ensemble des situations.

Enfin, il serait judicieux d'insérer des questions sur les traitements défavorables au travail dans l'enquête ESPA.

2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen

Politische Bedeutung

Teilhaberechte sind im politischen System der Schweiz ein wichtiges normatives Instrument, das als Quelle der Gleichheit auch soziale Würde verleiht. Die wichtigsten zivilen und politischen Rechte sind in der Schweiz unter anderem unter Art. 22 (Versammlungsfreiheit), Art. 23 (Vereinigungsfreiheit), Art. 24 (Niederlassungsfreiheit) und Art. 34 sowie Art. 136 (politische Rechte) der Bundesverfassung zu finden. Die durch die Verfassung geschaffene Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger bezieht sich nicht nur auf die gemeinsamen Rechte, sondern auch auf die Pflichten und Aufgaben, die mit dem Bürgerstatus zusammenhängen. Doch nicht alle Einwohner eines Gemeinwesens geniessen die gleiche Form der Respektabilität. Asymmetrien zwischen Rechten und Aufgaben verletzen deshalb nicht nur die Würde des einzelnen, sie verhindern auch, dass Bürgerinnen und Bürger als Gleiche unter Gleichen an der politischen Gemeinschaft teilhaben können. Während nach wie vor nur Bürger *pleno jure* den vollen Schutz des Staates geniessen, hat die Bedeutung der gesellschaftliche Mitgliedschaft von Einwohnern, die noch nicht Bürger sind, in den letzten Jahren an Wichtigkeit zugenommen. Diesen Wandel, der explizit die politische Dimension ausschliesst, findet sich auch in der Bedeutung wieder, die das neue Ausländergesetz der aktiven Integration beimisst.

Die Frage bleibt allerdings offen, welchem Bild die Vorstellung von gesellschaftlicher Kohäsion entsprechen muss. Gerade dort, wo Minderheiten oder Migranten als Gefahr für die Kohäsion betrachtet werden, überwiegt eine eher urtümliche Vorstellung von Integration. Demnach müssten alle Bürgerinnen und Bürger einen hohen Grad an kultureller Ähnlichkeit erlangen, insbesondere wenn es um Werthaltungen und Verhaltensformen geht. Nur so liesse sich ein problematisches Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern. Obschon von Integration die Rede ist, ist das Wunschbild dieser Vorstellung nach wie vor die gesellschaftliche Homogenität, die sich an der Teilhabe am gesellschaftlich Vorhandenen (Vereinen, Selbsthilfegruppen etc.) im lokalen Umfeld bemisst, im Gemeinschaftsleben des Quartiers oder der Gemeinde (Office fédéral des migrations 2006). Die Frage der gesellschaftlichen Kohäsion hat gerade unter der Voraussetzung kultureller Vielfalt eine europaweit Brisanz, der sich die Politik und die Sozialforschung in der Schweiz nicht entziehen kann. Insofern werden soziopsychologische Fragestellungen zu Einstellung und Handlungsdisposition in Bezug auf kulturelle Vielfalt ein Gradmesser für die Kohäsion moderner Gesellschaften.

Doch gerade die Einwanderung ist auch ein Vektor für die zunehmende Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften. Ein Ergebnis dieses Differenzierungsprozesses ist mitunter die Deregulierung kollektiver Formen sozialer Identität. Dies zwingt moderne Gesellschaften, nicht das « Wir » aufzugeben, sondern Vorstellungen von Gemeinsamkeiten neu auszuhandeln. Diese Erosion einer soziologisch überlieferten nationalen Vorstellung von Integration sollte die Sozialforschung dazu bringen, die neuen Aushandlungen der Teilhabe genauer zu beobachten. Insbesondere jenen Gruppen sollte Beachtung geschenkt werden, die nicht bloss auf eine nationale Semantik von Kohäsion und Solidarität vertrauen, sondern im Aufbau von neuen Solidaritätsnetzen und Loyalitäten eine alternative Zugehörigkeit zur Gesellschaft suchen. Diese Menschen engagieren sich nicht in althergebrachten Assoziationen, sondern in Netzwerke, deren Beständigkeit labil sein kann, deren demokratischen Nutzen zur Herstellung gesellschaftlicher Versiertheit indes nicht unterschätzt werden darf.

Eine bessere Kenntnis über die Netzwerke, in denen Menschen sich engagieren oder ihre Beziehungen knüpfen, kann positive Rückkoppelungen auf die Ausführung von Politiken haben, insbesondere in den Bereichen in der Integrations- und Gesundheitspolitik. Die Empfehlungen des Integrationsberichts 2006 manifestieren ein Interesse, in Bezug auf Informationskampagnen einen besseren Zugang zu Bevölkerungskreisen zu erhalten, die bislang schwer zu erreichen gewesen sind (Office fédéral des migrations 2006: Kap. II.8).²⁵

Wissenschaftliche Relevanz

Wenn auch Integration als politischer Ordnungsbegriff eine scharfe wissenschaftliche Konturierung vermissen lässt, sind die Erhebung von Partizipation an der Gesellschaft und den diesbezüglich vorhandenen Einstellungen ein wichtiger Indikator für den Charakter der gesellschaftlichen Kohäsion aller Landesteile und Minderheiten, inklusive den Migrantinnen und Migranten. Diese Partizipation kann, muss aber nicht auf die Mehrheitsgesellschaft zugeichtet sein (bridging). Wie amerikanische, kanadische und niederländische Studien zu Fragen der Bürgertugend belegen, sind auch Formen der ethnischen Selbstorganisation innerhalb von Gemeinschaften (bonding) hilfreich für die Herstellung von Funktionalität in modernen Gesellschaften (Fennema et Tillie 2000). Wichtig ist deshalb, die Partizipation am politischen, gesell-

²⁵ Das Bundesamt für Gesundheit, das Bundesamt für Migration und die Eidgenössische Ausländerkommission haben eine Studie in Auftrag gegeben, die zur Zeit in Bearbeitung ist, um die Netzwerke der Migrantinnen und Migranten besser kennen zu lernen. Ein spezielles Augenmerk gilt jenen Vereinen, die als Informationskanäle für schwer zugängliche Gruppen genutzt werden könnten.

schaftlichen und kulturellen Geschehen adäquat zu messen. Dies kann über die Eruierung der Organisationen und Netzwerke geschehen, aber auch über deren Charakter und Zielsetzungen wie auch über die Häufigkeit des politischen Engagements der Befragten.

Analytische Querverbindungen

Eine thematische Erhebung zur Frage der Integration kann gerade im Zusammenhang mit der kulturellen Vielfalt nicht umhin, Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe zu erörtern. Interessant dabei ist die Berücksichtigung folgender Themen:

✧ *Ménages, familles et modèles familiaux; Groupes d'appartenance; Egalité des chances; Réseaux sociaux et capital social.*

Empfehlung

Etliche der befragten Experten waren der Meinung, dass eine Befragung zur Integration unbedingt Aspekte der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen berücksichtigen sollte. Dies könnte über die Aufnahme von Items geschehen, die:

- Nach der Einstellung zum Zusammenleben in einer kulturell vielfältigen Umgebung befragt;
- nach der Mitgliedschaft, der Partizipationsfrequenz und der Mitgliederzahl dieser Assoziationen sich erkundigen;
- nach dem Charakter und dem Grund des Engagements fragen;
- die die politische Partizipation und anderen Formen aktiver politischer Betätigung aufnehmen.

Dabei sollen nicht nur Tätigkeiten der Freiwilligenarbeit, der Vereinsarbeit und des politischen Engagements erfasst werden, die in schweizerischen Organisationen stattfinden, sondern auch jene in Gruppierungen der Migrantengemeinschaften. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Zielsetzung dieser Tätigkeiten gelegt werden, ob sie eher bonding oder bridging-Charakter haben.

Aktuell – wenn auch wissenschaftlich umstritten – sind Fragen in Zusammenhang mit dem Vertrauen in (öffentliche) Institutionen, eventuell auch in Familie, Nachbarschaft usw. (siehe insbesondere Putnam 2007).

Darüber hinaus wären nach Möglichkeit auch die subjektive Sicherheit im öffentlichen Raum und in der Privatsphäre sowie eventuell effektive Gewalterfahrungen zu erfassen. Aus einer Genderperspektive wird moniert, dass diesem Aspekt vielfach zu wenig Rechnung getragen wird (sogenanntes *neglected topic*), wenn in öffentlichen Debatten ausschliesslich über Kriminalitätsstatistiken diskutiert wird, die mit dem Sicherheitsgefühl in der Be-

völkerung vielfach nicht kongruent sind. Unsicherheit oder Angst vor bestimmten Bevölkerungsgruppen zeichnen teilweise Personen (beispielsweise ältere Frauen) aus, die statistisch gesehen relativ selten Opfer von Kriminalität werden. Denkbar wären entsprechende Fragen auch im Rahmen anderer Erhebungen (Mobilität, Familie, eventuell in Omnibusumfragen).

Die Fragen in der thematischen Erhebung DIVINT zur Partizipation könnten folgende Formulierungen haben:

Indikatoren	Kommentare
<p>Xenophobie / Einstellung zu Ausländern „Gewisse Ausländerinnen und Ausländer sind so verschieden, dass sie niemals vollständig akzeptierte Mitglieder der Schweizer Gesellschaft werden können.“ Antwortmöglichkeiten: <input type="radio"/> Stimme zu <input type="radio"/> Stimme nicht zu <input type="radio"/> Weiss nicht <input type="radio"/> K.A.</p> <p>„Um vollständig akzeptierte Mitglieder der schweizerischen Gesellschaft zu werden, müssen Ausländerinnen und Ausländer die Teile ihrer Religion und Kultur aufgeben, die nicht im Einklang mit den Schweizer Gesetzen stehen.“ Antwortmöglichkeiten: Wie oben</p> <p>Disponibilité à discriminer Etes-vous d'accord avec les affirmations suivantes : « Si un/e citoyen/ne suisse et un/e étrange/ère présentant des qualifications identiques postulent pour un même poste de travail, il faudrait accorder la priorité au citoyen suisse ». “When hiring personnel, employers should only take account of qualifications, regardless of the person's race, religion or culture.” “Discrimination on the job market on ground of a person's race, religion or culture should be outlawed.” « Il n'est pas normal qu'un travailleur ait à recevoir des ordres d'une femme ». « Il n'est pas normal qu'un salarié ait à recevoir des ordres d'une personne plus jeune ». « Il n'est pas normal qu'un salarié blanc ait à recevoir des ordres d'un préposé noir ».</p> <p>Einstellung zu Gleichstellung der Frau und zur Homosexualität</p>	<p>Wichtiger Indikator, der angibt, wer überhaupt als Gleicher unter Gleichen akzeptiert wird. vgl. Eurobarometer (2000)</p> <p>Einstellung zu Assimilationsforderung an Migranten.</p> <p>Cf. UNIVOX 1997</p> <p>Cf. Eurobaromètre</p> <p>Cf. Eurobaromètre</p> <p>(à développer)</p> <p>Inwieweit akzeptieren verschiedene gesellschaftliche Gruppen die Gleichstellung und somit gleichrangige Partizipation von Frauen und von Homosexuellen</p>

Mitgliedschaft

Sind Sie Mitglied einer Gruppe oder Vereinigung oder haben Sie in den letzten 12 Monaten an Tätigkeiten einer Gruppe oder Vereinigung teilgenommen? (z.B. Sportverein, Freizeitgruppe, Ausländerverein etc.)

Antwortmöglichkeiten:

- Ja
- Nein
- Weiss nicht
- k. A.

Um welche Art von Gruppe oder Organisation handelt es sich?

Antwortmöglichkeiten: Angabe verschiedener Vereinstypen

Intensität der Partizipation

Mit welcher Häufigkeit haben Sie an den Aktivitäten dieser Gruppe oder Organisation teilgenommen?

Antwortmöglichkeiten:

- 1x wöchentlich
- 1x monatlich
- 3x jährlich
- 1x jährlich
- Nie
- Weiss nicht
- k. A.

Zusammensetzung

Teilt die Mehrheit der Mitglieder/Teilnehmer der von Ihnen genutzten Netzwerke mit Ihnen:

- die gleiche Herkunft (Nationalität/ethnische Gruppenzugehörigkeit)?
- die Zugehörigkeit zur gleichen Altersgruppe (Generation)?
- das Geschlecht?

Motivation

Aus welchem Grund engagieren Sie sich in dieser Gruppe oder Organisation?

Offene Fragestellung

Freiwilligenarbeit

Sind Sie in der Freiwilligenarbeit tätig?

Unerlässlich, um die Einbindung in Zivilgesellschaft zu erfassen (Cf. Recensement canadien 2006)

Wichtig, um Ort der Aktivitäten zu erfassen. Welche Sphären der Gesellschaft decken die Organisationen ab? (Sport, Politik, Freizeit, Bildung, Gruppenzugehörigkeit etc.)

(Cf. Recensement canadien 2006)

Wichtige Frage um Engagement zu messen (Cf. Recensement canadien 2006)

Unerlässliche Frage (Cf. Recensement canadien 2006)

Wichtige Frage um Motivation zu klären, sich in Gesellschaft zu engagieren

Ermöglicht Frage nach gesellschaftlicher Arbeit, die unentgeltlich gemacht wird und für den Zusammenhalt immer wichtiger wird

Repression Haben Sie schon Situationen erlebt, in denen Sie aufgrund einer Partizipation in Gruppen oder Organisationen in den letzten fünf Jahren diskriminiert wurden?	Frage kann auch bei Gleichstellung positioniert werden
Politische Partizipation Haben Sie an der letzten Wahl/Abstimmung auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene teilgenommen Antwortmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> ○ Ja ○ Nein ○ Habe kein Wahlrecht ○ Weiss nicht ○ k.A. 	Wichtige Frage im Hinblick auf die politische Konstituierung der Schweiz
Interesse für die Politik (Lokal, national, international, Herkunftsland) Antwortmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> ○ sehr ○ genügend ○ ein wenig ○ gar nicht ○ k.A. 	(Cf. Recensement canadien 2006)
Vertrauen Vertrauen in die Institutionen des Staates, namentlich: <ul style="list-style-type: none"> ○ Justiz ○ Polizei ○ Schule ○ Regionale Arbeitsvermittlungsstellen (RAV) Antwortmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> ○ Ja ○ Nein ○ Weiss nicht ○ k. A. 	(Cf. TeO)
(Un)Sicherheitsgefühl und Gewalterfahrungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Im öffentlichen Raum (an bestimmten Orten) ○ Im Privaten und in Familie 	Betrifft evtl. auch Freizeitverhalten und ist insbesondere aus der Genderperspektive relevant (<i>neglected topic</i>)

Methodologische Aspekte

Es wäre zu überlegen, ob einige Items nicht im Modul gesellschaftliche Partizipation des SILC übernommen werden könnten. Das Abstimmungsverhalten und die Beteiligung an Petitionen oder den Instrumenten der Direkten Demokratie wird zwar schon in den Selects und UNIVOX-Studien aufgenommen, allerdings wird dort nicht nach jenen Gruppen differenziert, die in DIVINT im Brennpunkt stehen.

Das Thema der gesellschaftlichen und politischen Partizipation ist ein wichtiger Faktor für die Selbstorganisationsfähigkeit moderner Gesellschaften und trägt zur Bildung von sozialem Kapital und somit zum Vertauen in die politische Gemeinschaft und mitunter den Institutionen des Staates bei. Inwieweit bei einer fortschreitenden Pluralisierung und Heterogenisierung moderner Gesellschaften diese gesellschaftlichen Ligamente weiterhin als vorausgesetzt werden können, ist eine staatspolitisch höchst relevante Frage. Für diese Erhebung eignen sich daher geschlossene Fragen, die in regelmässigen Abständen erhoben werden. Insbesondere die Frage der sozialen Netzwerke und der Vereinstätigkeit, der Gründe des politischen Engagements und der politischen Teilhabe sollten in DIVINT flächendeckend erhoben werden. Die restlichen Fragen könnten u.U. in SILC untergebracht und erhoben werden, gesetzt den Fall, diese Erhebung enthält Variablen mit Bezug auf die kulturelle Vielfalt der Befragten.

2.7 Freizeitverhalten und « Kulturkonsum »

Politische Bedeutung

Kulturkonsum lässt sich nicht nur mit Kategorien der Kulturosoziologie erfassen, sondern wird ebenfalls bestimmt über erlebbare, erfahrbare und sichtbare Bereiche des Alltags, die im persönlichen Urteil von Individuen zur Kultur gezählt werden. Diese empirische Erfassung von Kultur beschränkt sich nicht nur auf bildungsbürgerliche Massstäbe oder auf Formen traditionaler („volkstümlicher“) Orientierungen. Gerade kulturindustrielle Formen der Unterhaltung und der Selbstbetätigung haben in den letzten Jahren eine grosse Verbreitung erfahren und die Verhaltensmuster und Lebensstile geprägt. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden in der Schweiz kulturelle Bestrebungen von nationalem Interesse mit einem Kulturartikel (Art. 69 der Bundesverfassung) unterstützt und gefördert. Die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Entwicklung ist eng gekoppelt mit der augenscheinlichen Ausdehnung der Freizeit, dem eigentlichen Merkmal von Dienstleistungsgesellschaften. Während noch vor hundert Jahren die Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung sich um die notwendige Erholungs- und Reproduktionszeit drehte und Rekreation als Voraussetzung für bessere soziale Beziehungen galt, hat heute die Freizeit mehr die Bedeutung aktiver, „erfüllter“ Eigenzeit erhalten. Sie wird als Zeitspanne der Selbstverwirklichung verstanden, nicht zuletzt dank kommerzieller Akteure, die mit Angeboten in den Bereich der Kultur vorrücken. Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Wichtigkeit kulturtechnischer Kompetenzerwerbungen für ein mehrsprachiges Land wie der Schweiz (Basta 2000 ; Wicker 1998). Dabei ist der Massstab für diese sinnstiftende Freizeit immer auch mit Vergnügen und Genuss gekoppelt. Sowohl die Unterhaltungs- als auch die Vergnügungsorientierung werden über Märk-

te, den Freizeit- sowie den Medienmarkt der Kulturindustrie vermittelt. Individuell genutzte Eigenzeit verleiht den Tätigkeiten und Inhalten kulturelle Würde, die, je näher sie zur Form bildungsbürgerlicher Prägung steht, gesteigert werden kann.

Wissenschaftliche Relevanz

Was unter dem Begriff der Kultur zu verstehen ist, ist ein Ergebnis normativer Begründungen. Dabei geht es nicht nur um jene Werte und Normen, die dem einzelnen erlauben, sich ein Urteil darüber zu machen, welche Bereiche der Kultur zugerechnet werden können und welche nicht. Die Handhabung dieser Exklusivität prägt sicherlich die kulturpolitischen Entscheidungsfindungen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein viel relevantere Rolle spielt nebst dieser abstrakten Frage der Bestimmung von Kultur jene der Teilhabe an kulturellen Prozessen. Damit ist die soziale Seite der Kultur gemeint, die dem Individuum erlaubt, bestimmten Lebenswelten eine eigene Bedeutung zu geben. Ermöglicht wird dadurch die eigene Situierung im Alltag oder gerade im Ausbruch aus diesem. Dem Kulturkonsum oder –verhalten kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu, nicht zuletzt als Kontrapunkt zur Arbeitswelt. Die Teilnahme an einer kulturellen Aktivität (Theaterbesuch, Tanz, TV, Lektüre etc.) ist immer auch ein Entschluss, sich in eine bestimmte Öffentlichkeit zu begeben, sich dazu zu gesellen. Kultur hat jedenfalls eine gesellschaftliche Bindungskraft, die in Form des Publikums, der Kulisse, des sozialen Raums wichtiger werden kann als die Veranstaltung selbst. Der Besuch des Schauspielhauses, die Teilnahme am Vereinsleben, die gemeinsam angeschauten Videos haben einen bestimmten Grad an Verbindlichkeit, weil sie zum Leben und Selbstverständnis, zur Identität einer bestimmten Gemeinschaft gehören. Gerade durch die Teilnahme an jeweils spezifischen Öffentlichkeitsformen kann ein Mensch seine Zugehörigkeit zu einer Schicht, einer Gruppe ausdrücken und die ihm eigene soziale Verankerung unterstreichen. Diese muss indes nicht territorial eingebunden sein, sondern kann unter Umständen einen transnationalen Charakter haben und Zugehörigkeit zu weiteren kulturellen Räumen manifestieren.

Dabei stellen nicht alle kulturellen Ausdrucksformen Verbindlichkeiten her. Gewisse Formen oder auch Inhalte können im Gegenteil soziale Distanz schaffen, da deren Prämissen nicht geteilt oder (sprachlich) nicht verstanden werden. Welche Kultur bietet nun wem die Möglichkeit der Identifikation über die Erfahrung von Zugehörigkeit? Laut Meier-Dallach et al. (1991) werden in der Schweiz kulturelle Grenzen stark über die soziale Zuschreibung definiert. Dabei verlaufen die wichtigen Grenzen einerseits über die Kategorien ethnischer Herkunft und Geschlecht, andererseits über die Bildung und die Generationenfolge. Aber auch unterschiedliche strukturelle

und sprachregionale Umgebungen machen soziale Grenzen in der kulturellen Aneignung und im Freizeitverhalten sichtbar.

Konzeptuelle Querverbindungen

Das Freizeitverhalten und der Kulturkonsum können idealerweise mit sozio-ökonomischen Daten am besten verknüpft werden. Aber auch die Verbindungen zur Sprachgruppe, der Gruppenzugehörigkeit und dem vorhandenen sozialen Kapital können aufschlussreiche Erklärungen über den Stellenwert und die Ausdrucksformen von Freizeitverhalten liefern.

☞ Sozio-demographische und ökonomische Dimensionen; Groupes d'appartenance; Langue; Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen.

Empfehlungen

Einzelne Experten haben im Zusammenhang mit Fragen der kulturellen Vielfalt die Notwendigkeit unterstrichen, Aspekte des Freizeit- und Kulturverhaltens zu untersuchen. Welche kulturellen Ausdrucksformen und welche Medien werden von Menschen mit unterschiedlicher sozialer Identität genutzt? In welcher Sprache erfolgt das Freizeitverhalten und was für Aussagen über kulturelle Zugehörigkeiten lassen sich daraus gewinnen? Eine simple Kopplung solcher Frage mit jener der sozialen Kohäsion wäre indes unangebracht, wenn nicht auch nach den Inhalten des Kulturkonsums gefragt wird. Die Durchlässigkeit der benutzten Kulturbegriffe wäre anschliessend zu prüfen wie auch das Gegenteil davon: die Exklusivität von freizeit-kulturellen Zugehörigkeiten.

Indikatoren	Kommentar
Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und Reaktionsverhalten Antwortmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> ○ Besuch von Theater/Konzert/Oper ○ Teilnahme an volkstümlichen Anlässen ○ Unterhaltungssendungen und Krimis am TV ○ Lesen über Politik in Tageszeitung ○ Bücher lesen ○ Sport treiben ○ Reisen ○ Hobby betreiben ○ Weiterbildung ○ Bekannte/Freunde treffen ○ Experimente wagen ○ Ausgehen 	Quelle für die Erarbeitung der Indikatoren ist die Studie von Meier-Dallach (1991)
Stellenwert der Kultur im Leben	Definition der Wichtigkeit dieser Aktivitäten vis-à-vis Arbeit und Familie

Beurteilung anderer kultureller Gruppen	Hier ist die Messung der sozialen Distanz zu anderen kulturellen Aktivitäten gemeint.
Mediennutzung	Sehr wichtige Frage. Erkundung der Form und Intensität wären hier angebracht.
Aktive Selbstbetätigung vs. Passive Tätigkeit	Unerlässlicher Indikator betr. Form der Nutzung von kulturellen Freizeitangeboten.
Ausgaben im Freizeitbereich	Benötigte Ressourcen für Aktivitäten, status- und habitusabhängig

Methodologische Aspekte

Freizeitverhalten und Kulturkonsum sind Indikatoren, welche es mitunter erlauben, den Verlauf der sozialen Grenzen nachzuzeichnen. Sie richten sich nach sozialer Schicht und Bildung, aber auch nach Gruppen- und Sprachzugehörigkeit, nach Geschlecht und nicht zuletzt nach dem Alter oder der Generationenfolge. Die Erhebung dieser Dimensionen würde es erlauben, die Praxis sozialer Nähe und Distanz zu messen. Mittels Phototests zu verschiedenen kulturellen Gruppen (siehe hierzu NFP 21) könnte ermittelt werden, ob sich die Befragten unter ihresgleichen, fremd oder indifferent fühlen würden. Ausserdem könnte eine Typologie des Freizeit- und Kulturverhaltens nachgezeichnet werden, die sowohl strukturierende Elemente als auch nach aktivierenden/passivierenden Verhaltensmustern inner- und ausserhäuslich fragt und diese mit der Art und Intensität des Medienkonsums verknüpft. Diese müsste flächendeckend, über die Generationen verteilt und zyklisch erfolgen.

UNIVOX widmet bereits seit 1986 dem Kultur- und Freizeitverhalten breiten Raum. Darum müsste eine Erfassung dieser Thematik mittels UNIVOX überprüft werden, selbst wenn gruppenspezifische Indikatoren nicht oder nur beschränkt mit dem gemessenen Verhalten verknüpft werden können. Eine andere Möglichkeit, gewisse Fragestellungen des Freizeit- und Kulturverhaltens unterzubringen, könnte in der thematischen Erhebung „Verkehr und Tourismus“ und „Gesundheit“ erfolgen, wie auch im Modul „Reiseverhalten“ der SAKE. Ein Projektvorschlag des Bundesamtes für Statistik hat bereits die nötigen Vorgehensweisen abgeklärt (Vanhooydonck et Cuche 2007a, 2007b).

2.8 Réseaux sociaux et capital social

Enjeux généraux

Les catégories socio-économiques traditionnelles montrent de plus en plus leurs limites, quand il s'agit d'évaluer le potentiel d'intégration des individus ou les ressources constituées par différents types de capital social. La notion de « capital social », au sens de Pierre Bourdieu (1979), se réfère aux ressources qu'un individu construit à travers ses relations sociales et qui jouent un rôle dans la détermination et la reproduction des positions sociales. Celles-ci sont fortement liées à des structures de relations et de réseaux qui complètent les ressources personnelles d'un individu.

Ces ressources ne sont pas distribuées équitablement au sein des divers sous-groupes qui composent la population. Une meilleure connaissance des réseaux sociaux dans lesquels les individus sont insérés, et le lien avec les caractéristiques des sous-ensembles dont ils font partie (en termes de diversité des origines ethniques ou culturelles, mais aussi de genre, de milieux sociaux, etc.) est ainsi pertinente politiquement. En permettant l'identification de certains déficits, elle peut favoriser la mise en place de mesures visant, par exemple, un meilleur accès à l'information nécessaire à trouver un emploi, un logement, à accéder au système de santé, etc.²⁶.

Pertinence scientifique

Différentes méthodes scientifiques ont été éprouvées pour saisir le capital social auquel les individus ont accès et les réseaux sociaux dans lesquels ils sont insérés (voir par exemple Flap et Völker 2004). Ces méthodes partagent la caractéristique de nécessiter une série conséquente de questions pour parvenir à une vision sinon complète au moins suffisamment large des réseaux sociaux d'un répondant. Il va de soi qu'une telle démarche n'est pas possible dans le cadre de la présente enquête, même si des enquêtes spécifiques de ce type en lien avec la diversité de la population suisse sont à recommander.

²⁶ Une analyse extensive du capital social devrait également inclure les ressources informelles qui se construisent par socialisations successives, et qui sont importantes dans une logique de diversité. Il s'agit en fait d'« habitus culturel » (toujours au sens de Bourdieu) qui comprend toutes les ressources non validées par un diplôme ou certificat qu'un individu incorpore, telles que savoir-être, expériences liées au vécu, savoir-faire, codes culturels et système de valeurs et de croyance etc. Ces dernières ressources deviennent importantes dans des sociétés modernes, et dans un contexte migratoire où on a de plus en plus recours à une approche axées sur les ressources plutôt que sur les déficits, notamment dans le travail social et d'intégration.

Toutefois, cette exigence n'exclut pas l'inclusion d'un petit nombre de questions ayant trait au réseau social du répondant.

Revois conceptuels

Il s'agit notamment d'indicateurs complémentaires aux dimensions « classiques » du statut socio-économique, qui pourrait également être intéressants dans l'enquête consacrée au marché du travail (ou un module spécifique).

☞ Egalité des chances ; Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen ; Langue.

Recommandations

Parmi les spécialistes consultés, plusieurs (issus de l'administration et de la recherche) ont suggéré de faire appel si possible à des indicateurs du capital social, sans pour autant approfondir l'analyse des réseaux, ce qui dépasserait largement une telle enquête et devrait être entrepris dans le cadre de recherches spécialisées. Certains indicateurs pertinents pour saisir les réseaux sociaux peuvent être intégrés dans d'autres blocs thématiques de l'enquête DIVINT, en particulier : les langues les plus souvent parlées avec les amis (cf. chapitre 2.3 Langue) ; la nationalité, le(s) groupe(s) d'appartenance, la religion du ou de la partenaire (cf. chapitres 2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux, et 2.4 Religion) ; la fréquence des contacts avec les membres de la parenté en Suisse ou à l'étranger (cf. chapitre 2.2.2 Ménages, familles et modèles familiaux) ; la participation ou la fréquentation de structures associatives et les caractéristique des autres membres (genre, statut, origine ethnique ou nationale, etc.) (cf. chapitre 2.6 Politisch-soziale Partizipation und Einstellungen).

Quelques questions spécifiques permettant une appréhension (toujours limitée) du réseau affectif (amical) du répondant pourraient être ajoutées. En s'inspirant de la formulation de l'enquête canadienne sur la diversité ethnique (et partiellement de l'enquête française TeO), celles-ci pourrait être posées de la manière suivante :

Indicateurs et exemples de questions	Commentaires
A votre connaissance, combien de vos amis appartiennent au même groupe ethnique, culturel ou national (tel que défini par la personne) que vous ?	(Cf. EDE 2002 et TeO)
Possibilités de réponses :	
o Tous	
o La plupart	
o Environ la moitié	
o Quelques-uns	
o Aucun	
o N'a pas d'amis en Suisse	
Combien de vos amis ont le même sexe que vous ?	Idem
A votre connaissance, combien de vos amis ont le même statut juridique (de séjour) que vous ?	Idem
A votre connaissance, combien de vos amis ont le même niveau d'éducation que vous ?	Idem

Il serait toutefois judicieux de soumettre ces propositions à l'avis d'experts en matière d'analyse de réseaux sociaux pour en vérifier la pertinence.

2.9 Welche Themenschwerpunkte ?

Eine Prioritätensetzung zwischen den Hauptthemensträngen muss vielschichtige wissenschaftliche und politische Bedürfnisse einbeziehen und wird letztlich auch aufgrund methodologischer und erhebungswirtschaftlicher Überlegungen erfolgen müssen. Nur ein Teil der befragten ExpertInnen befanden sich als kompetent oder waren bereit, sich zu einer grundsätzlichen Themengewichtung zu äussern.

Gar nicht zur Diskussion standen die statistischen *Grunddimensionen* (Profil), ohne welche die meisten Analysen wenig Sinn machen würden. Hier stellt sich primär die Frage, wie vertieft und differenziert die Indikatoren konkretisiert werden und welche erhebungstechnischen Probleme dies allenfalls stellt.

Ein Grundsatzentscheid ist bezüglich der Bedeutung der *internationalen Migration* im Rahmen der DIVINT zu stellen, da sich daraus u.a. die Notwendigkeit einer Überrepräsentierung der Personen mit Migrationshintergrund ergibt. Während gewisse Experten die Kombination von Fragestellungen zur „internen“ – teilweise territorial angelegten – kulturellen Vielfalt und zu sozio-kultureller Pluralität, die primär aus der Zuwanderung hervorgeht, als problematisch einschätzten, sahen andere gerade darin eine Stärke. Je nach Blickwinkel trifft vermutlich beides zu und letztlich lassen sich die „interne“ und migrationsbedingte Pluralität nicht ohne weiteres auseinander dividieren.

Beide Stossrichtungen gleichermaßen zu verfolgen ist sicher analytisch wie methodologisch anspruchsvoll, erlaubt aber auch interessante Quervergleiche. In den Interviews nahmen migrationsrelevante Aspekte insbesondere der Integration von Zugewanderten relativ viel Raum ein, was möglicherweise auch auf die gegenwärtige politische Brisanz des Themas zurückzuführen ist.

Weitgehend unbestritten war auch der Stellenwert der *Sprachenfrage*, die sowohl in Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Sprachregionen („Rumantschisierung“ des Italienischen im Sinne eines Bedeutungsverlustes) und zu den Nachbarländern, der Verbreitung des Englischen und migrations- bzw. integrationsrelevanten Dimensionen genannt wurde.

Auch die Dimensionen *Chancengleichheit und Diskriminierung* wurden mehrfach betont insbesondere in Verbindung mit Angehörigen von Minderheiten, Gender und teilweise auch Alter. Die Analyse der parlamentarischen Vorstösse in Zusammenhang mit kultureller Vielfalt zwischen 2003 und 2007 bestätigt der Stellenwert dieses Themas, das Gegenstand eines Drittels der analysierten Vorstösse (27 von 77) ist.

Wesentlich geteilter waren die Meinungen, was *Religion* angeht. Mehrere Befragte räumten ein, dass dieses Thema gerade in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen hat, was zum Einen mit der Aktualität der Bekämpfung islamistischer Terrorbewegungen, zum Anderen mit einem religiösen Revival trotz Säkularisierung begründet wird. Ähnlich umstritten ist das Thema übrigens auch in anderen Ländern wie beispielsweise in Kanada. In den parlamentarischen Vorstössen wurde die Religionsfrage acht mal aufgeworfen, zu einem wesentlichen Teil in Zusammenhang mit dem Islam (Burka, Sharia, Moscheen, islamistischer Fundamentalismus).

Grosse Bedeutung wird ferner der *sozialen und politischen Partizipation und den Einstellungen* eingeräumt, wobei vor allem bei Ersteren die Konkretisierung und Eingrenzung der Fragestellungen thematisiert wird. Fachpersonen und Literatur weisen darauf hin, dass sich die soziale Partizipation in verschiedenen Kontexten und Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich äussert und warnen vor einer eindimensionalen Herangehensweise beispielsweise nur mittels Vereinszugehörigkeit, die dieser Pluralität kaum gerecht werden kann. Auch Einstellungen gegenüber Institutionen und Politik kamen mehrfach zur Sprache.

Selten spontan erwähnt wurden von den Fachpersonen *Freizeitaktivitäten und Kulturkonsum*, obwohl sich auf gezielte Nachfrage hin die meisten eindeutig für eine Abdeckung dieser Aspekte aussprachen, die den Alltag vieler Menschen und somit auch Einstellungen und Denkweisen wesentlich prägen. Den elektronischen und Printmedien kommt in diesem Zusammenhang einige Bedeutung zu, wobei sich eine adäquate Erfassung des „Konsums“ gerade ange-

sichts der Pluralität der Lebenswelten und sozialen Schichten relativ komplex gestalten dürfte.

Mehrere ExpertInnen wiesen auf die Vorteile einer Erfassung des Sozialkapitals und der *sozialen Netzwerkeinbindung* hin, um der Intersektionalität bzw. Verwobenheit der Zugehörigkeiten und Lebenswelten der Befragten besser gerecht zu werden und spezifische Ressourcen wie auch Defizite gezielter erfassen zu können, als dies im Rahmen herkömmlicher Schichtvariablen möglich ist. Diese Argumente sind zwar einleuchtend, werfen aber die Frage auf, inwiefern sich die relevanten Dimensionen im Rahmen einer breit angelegten Erhebung konkretisieren lassen, ohne allzu viel Raum einzunehmen. Da eine vertiefte Erfassung der sozialen Netzwerke vermutlich ausgeschlossen ist, könnte in Absprache mit Fachleuchten auf eine beschränkte Auswahl besonders aussagekräftiger Indikatoren oder Fragen gesetzt werden.

Ab und zu wurden Themen aufgegriffen, die zwar nicht explizit in einen Zusammenhang mit kultureller Vielfalt zu sehen sind, aber die GesprächspartnerInnen im Rahmen ihres Tätigkeitsfeldes beschäftigen. Darunter sind die Kriminalitätsstatistik, die von einem Experten erwähnt wurde, und die statistische Erfassung von Sans-Papiers nennen, die gleich mehrmals im Rahmen der parlamentarischen Vorstösse auftauchte. Der erste Punkt ist allenfalls im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kriminalitätsstatistik und einer Ausdehnung der SHAPE-Schlüsselmerkmale auf andere Datenquellen zur verfolgen, der zweite ist kaum mittels amtlicher Statistiken anzugehen.

2.10 Übergreifende forschungspolitische und methodologische Aspekte

2.10.1 Forschungspolitische Aspekte

Aus zeitlichen Gründen fokussierten die Interviews die Hauptthemenstränge und konnten nicht näher auf generelle forschungspolitische Aspekte in Zusammenhang mit der Erhebung und der Einführung des neuen integrierten statistischen Gesamtsystems eingehen, mit dem die meisten Gesprächspartnerinnen ausserdem wenig vertraut waren. Einzelne Fachpersonen machten aber geltend, dass eine Diskussion der thematischen Ausrichtung eine vorangehende Klärung der Rolle der Bundesstatistik voraussetze, da diese zukünftig vermehrt mit vertiefenden Erhebungen operiert. Sie warnten insbesondere davor, die Grenzen zwischen der Wissenschaft und der amtlichen Informationsbeschaffung zu verwischen. Zum einen müsse vermieden werden, dass letztere die zukünftige Orientierung und Definitionshoheit wissenschaftlicher Forschung konditioniere, die sich naturgemäss nicht (primär) nach politischen Interessen und der öffentlichen Agenda zu richten, sondern ihre Erhebungsinstrumente nach eigenen Kriterien und mit Blick auf ein ko-

härent abgestecktes Studienthema zu erarbeiten hätten. Ausserdem stelle sich die Frage, inwiefern die Antwortenden bereit seien, im Rahmen einer amtlichen Befragung über Einstellungen oder „private“ Belange Auskunft zu geben. Zum Anderen wurden auch forschungsökonomische Bedenken geäussert: Es wäre sehr bedauerlich, dass der Ausbau der öffentlichen Statistik Ressourcen auf Kosten der unabhängigen Forschungstätigkeit beanspruchte.

Kurz: Aus fachpolitischen Interessen sprachen sich die meisten Befragten für einen Ausbau der thematischen Erhebungen aus – obwohl vereinzelt auch methodologische Einwände geltend gemacht wurden –, während aus „machtpolitischen“ Überlegungen zur Beziehung zwischen Amtsstatistik und Forschung einige Gesprächspartner der geplanten Erhebungs-Architektur skeptisch gegenüber standen. Bedauert wurde insbesondere, dass in den strategischen Führungsgremien des BFS die Forschungskreise institutionell gar nicht repräsentiert seien, umgekehrt aber Interessensvertreter des BFS durchaus in den Entscheidungsorganen der Forschung (SNF) Einsitz hätten.

Beziehung zwischen amtlicher Statistik und Forschung

Die berechtigte Frage, inwiefern die neue Architektur der Informationsbeschaffung die Beziehung zwischen öffentlicher Statistik und Forschung tangiert, sprengt wie gesagt den Rahmen der vorliegenden Kurzstudie, obwohl sie gerade angesichts der Brisanz der behandelten Thematik zweifellos relevant ist. Im öffentlichen Interesse ist in jedem Fall eine pluralistische Vorgehensweise zu begünstigen, die auf Komplementarität zwischen Forschung und öffentlicher Statistik sowie auf eine Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Fachkreisen baut. In diesem Sinn ist zu hoffen, dass die Bereitstellung neuer Informationsgrundlagen weniger in einem Konkurrenzverhältnis zur Forschungstätigkeit zu sehen ist, als vielmehr Impulse für weiterführende Studien liefern wird. Insbesondere wären zukünftig vertiefte Untersuchungen über Minderheiten, über bestimmte Kontexte (beispielsweise Quartiere, Agglomerationen) und Längsschnittstudien zum Integrationsverlauf von MigrantInnen ins Auge zu fassen, wie sie beispielsweise Kanada kennt (LSIC).

In den Gesprächen mit Fachpersonen aus Behörden, Kantonen und Forschung wurde mehrfach betont, wie wichtig die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit der erhobenen Informationen und damit verbunden die politisch-öffentliche Akzeptanz einer solchen Erhebung ist. Eine doppelte Abstützung in der Wissenschaft und Öffentlichkeit setzt vermutlich eine partnerschaftliche und transparente Zusammenarbeit zwischen Behörden und Forschungskreisen voraus, wobei die Interessen und Sachzwänge beider Parteien zu berücksichtigen sind. Als Beispiel einer gelungenen Zusammenarbeit mit der Forschung wurde insbesondere die Schweizerische Gesundheitsbefragung genannt. Ferner wird die Involvierung von Vertretern aus Befragungsinstitu-

ten empfohlen, die mit praxisrelevanten Herausforderungen und dem Antwortverhalten der Befragten gut vertraut sind.

Partizipation und Benutzerfreundlichkeit

Zu den heute üblichen Standards bei Evaluationen oder grösseren Erhebungen von öffentlichem Interesse zählt ausserdem ein partizipatives Vorgehen: Es ist daher wichtig, dass zu einem geeigneten Zeitpunkt der Erhebungsvorbereitung (DIVINT) neben den genannten Akteuren auch VertreterInnen von betroffenen Bevölkerungsgruppen (Minoritäten, Gleichstellungsbeauftragte, Migrantenorganisationen, Vertreter von religiösen Gemeinschaften usw.) konsultiert werden. Dieses Vorgehen dürfte sich nicht nur im Hinblick auf die wissenschaftliche Abstützung, sondern auch auf eine breitere öffentliche Akzeptanz der Informationsbeschaffung als wesentlicher Vorteil erweisen.

Mehrfach betont wurde ferner die Bedeutung der Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der erhobenen Informationen für eine breite Öffentlichkeit und die Benutzerfreundlichkeit der Datensätze für die Forschungstätigkeit und Interpretation der Ergebnisse. In diesem Sinn wurde am neuen Vorgehen begrüsst, dass die Daten vermutlich zukünftig relativ rasch aufbereitet werden können und die entsprechenden Informationen aktueller sein werden, als dies das bei den herkömmlichen Volkszählungen jeweils der Fall war.

2.10.2 Methodologische Herausforderungen

Wie einleitend bereits erwähnt, kamen methodologische Aspekte nur insofern zur Sprache, als die befragten Fachpersonen entsprechende Interessen zeigten. Methodologisch kompetente GesprächspartnerInnen wurden systematisch über verschiedene Modalitäten der Informationsbeschaffung angesprochen. Trotzdem konnten nur punktuelle Vergleiche zu anderen Volkszählungen oder öffentlichen Erhebungen gezogen werden. Dabei wurde relativ schnell klar, dass sich angesichts der gegenwärtigen Umwälzungen in der statistischen Informationsbeschaffung der meisten europäischen Länder – jedenfalls vorläufig noch – keine umfassende *Best-Practice* abgezeichnet hat, die auf die Schweiz übertragen werden könnte. Allerdings lassen sich in Teilbereichen Vor- und Nachteile der bestehenden Systeme ausmachen.

Internationale Vergleiche

Mehrfach hervorgehoben wurden die Stärken des „skandinavischen Modells“ beispielsweise in Norwegen, das sich u.a. durch eine systematische Verwendung von verlässlichen Registerdaten aus verschiedenen Verwaltungsbereichen stützt, die wertvolle Grundlagen für weitergehende Analysen liefern und optimal verknüpft sind: Einkommens-, Sozialversicherungs-, Berufs- und Wohnungsregister usw. Eine ähnliche Stossrichtung wurde auch für die Schweiz befürwortet, wobei trotz geplanter Registerharmonisierung gewisse

Zweifel bezüglich der mittelfristigen Machbarkeit (Föderalismus) und der gegenwärtigen Qualität der Registerdaten formuliert wurden. Insbesondere in der Schweiz das Fehlen eines Berufsregisters als wesentliche Lücke bezeichnet wurde.

Ein anderes interessantes Beispiel liefert Kanada, das neben seinen Volkszählungen alle 5 Jahre mit einem Grund- und Zusatzmodul (für 20% der Haushalte) auch regelmässige „études post-censitaires“ durchführt, von denen eine 2002 der kulturellen Vielfalt – kurz EDE genannt – gewidmet war; sie blieb allerdings bisher einmalig. Ein ähnliches Design weist eine geplante Erhebung in Frankreich auf, die sich spezifisch auf die Migrationsverläufe bestimmter Zuwanderergruppen bezieht (TeO für enquête trajectoires et origines).

Die zu erfassende kulturelle Vielfalt und legalen Rahmenbedingungen gestalten sich in anderen Staaten so unterschiedlich, dass systematische internationale Vergleiche bzw. verbindliche Standards in diesem Themenbereich noch nicht sehr verbreitet sind. Am weitesten entwickelt sind administrative oder wissenschaftliche Vorgaben und einheitliche Fragen bezüglich der statistischen Grunddimensionen und der Sprache.

Stichprobe und räumliche Tiefe

Erwartungsgemäss sahen die meisten Experten eine der wichtigsten Schwächen im neuen Informationssystem generell und der thematischen Erhebung(en) im Besonderen darin, dass keine Vollerhebung mehr stattfinden wird, wodurch zum Einen die statistische Aussagekraft über bestimmte Räume (Ballungszentren, „problematische“ Agglomerationen, zweisprachige Kantone und Gemeinden usw.) und zum Anderen zahlenmässig beschränkter Minoritäten (Religionsgemeinschaften, Chinesen, StudentInnen aus Drittstaaten usw.) wesentlich verringert wird. Zu erwarten ist, dass entsprechende Lücken je nach Finanzkraft der Kantone und Stärke der Interessensvertretung aus den betreffenden Regionen oder Minderheiten, in sehr unterschiedlichem Masse durch Aufstockungen der Stichproben oder alternative Erhebungen begegnet werden dürfte.

Ein wichtiger Schritt bei der Planung der Erhebung DIVINT wird deshalb darin bestehen zu entscheiden, inwiefern beispielsweise Personen mit Migrationshintergrund und/oder andere Minderheiten in der Stichprobe überrepräsentiert werden. Die meisten Fachpersonen sprachen sich für eine solche Variante aus, ohne sich über die Stichprobengrösse und die Proportionen im Einzelnen zu äussern. Angesichts der Bedeutung und der Heterogenität der „traditionellen“ und der migrationsinduzierten Vielfalt scheint eine Stichprobe von 15'000 Befragten in jedem Fall als sehr beschränkt. Bei der EDE-Erhebung in Kanada wurden immerhin 42'000 Personen befragt und zwar bei einem einem Zwei-Drittels-Oversampling von Minderheiten und Personen

mit Migrationshintergrund. Bei TeO ist die Befragung von rund 25'000 Personen geplant, wovon 9'600 MigrantInnen erster und ebenso viele zweiter Einwanderungsgeneration angesprochen sind.

Denkbar wäre, dass ein gemischtes Gremium von VertreterInnen aus Behörden, Politik, Forschung und Zivilgesellschaft über die Auswahl der Minderheiten bzw. Gruppen von Männern und Frauen entscheidet, für die eine systematische Überrepräsentierung aufgrund der Registerdaten ins Auge gefasst werden. Es ist durchaus denkbar, dass diese Auswahl auch die Aktualitätsinteressen ein Stück weit berücksichtigt und nicht bei jeder Erhebung identisch ist.

In Diskussionen wurde die Möglichkeit einer hierarchisierten Stichprobenziehung aufgrund der Strukturhebung erwähnt, was den Vorteil hätte, die Erhebung um eine Reihe bereits abgedeckter Indikatoren zu entlasten und allenfalls mit Informationen über die Haushalte zu verbinden. Dieses Vorgehen bringt allerdings auch verschiedene Nachteile und Sachzwänge mit sich, die den MethodologInnen gut bekannt sind.

Erhebungsmethoden und -instrumente

Mehrere Experten betonten, wie wichtig eine hohe Rücklauf- bzw. Antwortquote im Hinblick auf die Aussagekraft der Ergebnisse ist, da sonst systematische Verzerrungen und damit eine wesentlich reduzierte Aussagekraft der Ergebnisse zu erwarten sind. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass insbesondere anderssprachige, benachteiligte, schlecht integrierte, schwer erreichbare oder diskriminierte Personen tendenziell seltener erfasst werden, was die Zuverlässigkeit der Ergebnisse unterminiert. Umso sorgfältiger müssen die Erhebungsmethoden geplant werden. Ein selbst-ausgefüllter schriftlicher Fragebogen kommt kaum in Frage und am besten geeignet scheinen persönliche Gespräche, die von spezialisierten BefragterInnen in der Hauptsprache der Antwortenden geführt werden (vgl. TeO). Denkbar sind bei bestimmten Gruppen und unter vorteilhaften Umständen zusätzlich Telefoninterviews (bei EDE wurde ein solches Mischverfahren angewandt).

Was die Ausgestaltung der Erhebungsinstrumente angeht, so betonten mehrere ExpertInnen, dass Formulierungen gefunden werden müssten, die sowohl den dynamischen Charakter als auch die allfällige Vielfalt der Zugehörigkeiten einigermassen flexibel erfassen. Die beobachtete Diversifizierung der Lebenswelten spiegelt sich nicht nur zwischen und innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen, sondern auch in den Familien und manchmal in individuellen Laufbahnen, die sich durch einen Wechsel der Hauptsprache, Religionszugehörigkeit oder Nationalität auszeichnen. Um multiple Zuschreibungen oder Zugehörigkeiten ääquat erfassen zu können sollten wenn immer möglich Mehrfachantworten zugelassen sein: Nicht nur bei MigrantInnen sind beispielsweise Mehrsprachigkeit oder Doppelbürgerschaften ein Thema.

Wie kanadische Studien ferner zeigen, ist für Personen, die sich mit einer kulturellen oder ethnischen Minderheit identifizieren, möglicherweise die (kanadische) Staatsbürgerschaft ebenso identitätsstiftend wie bei jenen, die keiner Minorität angehören. Solche Zusammenhänge können allerdings erst zu Tage gefördert werden, man auf traditionelle Zuordnungen verzichtet, die meist ausschliesslich formuliert sind. In gewissen Fällen sind zusätzlich zu standardisierten Antwortkategorien offene Antwortmöglichkeiten vorzusehen, beispielsweise wenn es um die subjektive Gruppenzugehörigkeit oder die Art einer Diskriminierung geht. Eine derart flexible Vorgehensweise ist methodisch anspruchsvoller, erlaubt aber, die Komplexität der Realität in gewissen Bevölkerungskreisen oder Regionen präziser zu verfassen, wodurch differenzierte Grundlagen für eine pragmatische Politikgestaltung bereit gestellt werden.

In ähnlichem Kontext wurde auch die Forderung laut, dass zu gegebenem Zeitpunkt bei der Ausarbeitung der Erhebungsinstrumente GenderspezialistInnen beigezogen werden, die auf eine gendersensible Ausarbeitung der Fragebogen und Formulierungen achten.

Thematische Einbettung in SHAPE und andere Erhebungen

Um möglichst viele Querverbindungen zwischen den abgedeckten Themensträngen und signifikante Aussagen zu überrepräsentierten Minderheiten – bzw. auch Personen mit Migrationshintergrund generell – machen zu können, ist eine breite Abdeckung des aufgezeigten Spektrums im Rahmen der thematischen Erhebung (DIVINT) wünschenswert. Gleichzeitig macht aber auch eine übergreifende Erfassung einzelner Themen in anderen Informationsgefässen durchaus Sinn. So müssten etwa Diskriminierungsfragen unbedingt auch in der SAKE oder der thematischen Befragung über Bildung berücksichtigt werden. Auch einzelne Sprachindikatoren und Angaben über den Migrationshintergrund haben in der SAKE, der thematischen Erhebung über Bildung und der Gesundheitsbefragung ihren Platz, wenn es beispielsweise darum geht, das Integrationspotential von Sprachkenntnissen näher zum umschreiben. Indikatoren zur sozialen oder politischen Partizipation oder Medienkonsum wären allenfalls in der SILC-Erhebung zu sehen.

In Betracht zu ziehen wäre allenfalls eine Vertiefung bestimmter Themenstränge – Medienkonsum, Freizeitverhalten oder Werteeinstellungen – im Rahmen der Omnibus-Befragungen. Neue Indikatoren oder heikle Fragekomplexe beispielweise betreffend der Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen könnten in einer Art Pilot-Omnibus getestet werden.

Die inhaltliche „Arbeitsteilung“ zwischen DIVINT und anderen Erhebungsinstrumenten konnten nicht im Detail diskutiert werden, aber es würde sich sicher lohnen, eine Integration gewisser Aspekte in das Schweizerische Haushaltspanel, in die Univox-Studien, ein Rassimus-Xenophobie-Monitoring und

andere Befragungen oder Studien genauer unter die Lupe zu nehmen. Mit Blick auf die Integrationspolitik des Bundes von besonderem Interesse wäre u.a. eine Längsschnittstudie über die Eingliederung von neu zugewanderten MigrantInnen, wie sie Kanada kennt, wo 12'000 Zuwanderer nach sechs Monaten, zwei und vier Jahren Aufenthalt befragt werden.

Schliesslich machten mehrere GesprächspartnerInnen geltend, dass eine Evaluierung der neuen Erhebungsmethoden und auch inhaltlichen Aspekte geplant werden sollte und zwar unter Involvierung der wichtigsten BenutzerInnen- und Betroffenenkreise.

3 Synthese

Politische Kernfragen

Als zentrales Wesensmerkmal der kulturellen Vielfalt in der Schweiz hat die Sprache auch in jüngster Zeit kaum an Bedeutung eingebüsst, obwohl sich gewisse Konturen der sprachlichen Landschaft massgeblich gewandelt haben. Aus einer Zunahme der internen und internationalen Mobilität hat sich insbesondere eine Diversifizierung des Sprachgebrauchs ergeben und Englisch spielt eine zunehmend wichtige Rolle als Lingua franca, während das Italienische an Einfluss verliert. Diese Entwicklungen stellen Bund und Kantone vor neue Herausforderungen, wenn es darum geht, die verfassungsrechtlich verankerten Prinzipien des guten Einvernehmens zwischen Sprachgemeinschaften und der Förderung der italienischen und rätoromanischen als vollwertige Landessprachen zu wahren. Gerade in zweisprachigen Kantonen mit hoher sprachterritorialer Sensibilität hat die Sprachverteilung innerhalb der Bevölkerung unmittelbare Konsequenzen für die Ressourcenallokation und wird deshalb nur schon aus politischen Erwägungen flächendeckend erhoben werden müssen.

Parallel zu diesen Entwicklungen tritt die Beherrschung der Landessprachen als Vektor der Integration von anderssprachigen Migrantinnen und Migranten vermehrt in den Vordergrund. Seit Ende der neunziger Jahre spielt der Bund eine aktive Rolle bei der Integrationsförderung, die in der neuen Ausländergesetzgebung verankert ist. Zwei Drittel der gesprochenen Fördermittel sollen künftig in Sprachkurse investiert werden. Die Verfassung sieht bekanntlich vor, dass die Massnahmen des Bundes auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen sind (Art.170). Neben gezielt vorgenommenen Politikevaluationen werden in diesem Zusammenhang die Daten des integrierten Informationssystems des Bundes unentbehrliche Beobachtungsgrundlagen liefern, die verschiedene Lebensbereiche und Aspekte der kulturellen Vielfalt tangieren. Von Interesse sind insbesondere zeitliche Entwicklungen des Sprachgebrauchs sowie die bessere Erfassung der Mehrsprachigkeit und des Sprachenwechsels bei Individuen und Familien. Darüber hinaus sind Einstellungen zu anderen Sprachen und Mehrsprachigkeit für die Politikgestaltung relevant.

Was die Religion angeht, ist ebenfalls eine Pluralisierung und Individualisierung festzustellen, die sich sowohl bei der Zugehörigkeit als vor allem auch in der Glaubenspraxis und den Einstellungen zu spirituellen Lebensfragen äussert. Somit sind die Bindekräfte der Landeskirchen infolge der Säkularisierung trotz revitalisierter Religiosität zurückgegangen und bestehende Gleichgewichte zwischen Glaubensgemeinschaften oder kantonale Vorkehrungen müssen neu ausgehandelt werden. Diese Entwicklung ist u.a. auf

MigrantInnen zurück zu führen, die ihre eigene Religion mit in die Schweiz gebracht haben oder diese hier unter liberalen Bedingungen als Chance entdecken, um eine eigenständige Identität öffentlich zu artikulieren.

Minderheitsreligionen wie der Islam werden gegenwärtig vielfach mit fundamentalistischen Bewegungen in Zusammenhang gebracht und politisch aufgeladen, wie verschiedene parlamentarische Vorstösse zwischen 2003 und 2007 illustrieren. Dabei werden teilweise pauschale Gleichsetzungen zwischen Religionszugehörigkeit, -praxis und Werteinstellungen etwa zu Geschlechterrollen oder zur Haltung gegenüber dem Rechtsstaat vorgenommen, die einer differenzierteren Betrachtung der faktischen Zusammenhänge voraussichtlich nicht Stand halten würden. Falls sich aber vermutete Rückschlüsse bestätigen sollten, ist es zweifellos im öffentlichen Interesse, entsprechende Wechselbeziehungen aufzuzeigen und allenfalls im Rahmen weiterführender Nachforschungen zu untersuchen. Es leuchtet somit ein, dass eine aussagekräftige Erfassung von Religion notwendig ist, die eine Differenzierung zwischen verschiedenen Glaubensdimensionen – Religionszugehörigkeit, Praxis und damit verbundenen Wertevorstellungen – voraussetzt. Sonst macht eine Befragung zur religiösen Dimension wenig Sinn.

Generell ist festzustellen, dass sich die kulturelle Vielfalt, die sich aus einer Pluralisierung des Lebenswelten ergibt, nicht nur zwischen und innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen spiegelt, sondern vermehrt auch Familien und Individuen betrifft, die sich durch eine Mehrfachzugehörigkeit in Hinsicht auf Sprache, Religion, Nationalität oder soziale Schicht auszeichnen. Über dieses dynamische Moment hinaus werden multiple Zugehörigkeiten gerade für Kinder aus binationalen Familien immer häufiger, während für die betreffenden Personen nicht alle „Mitgliedschaften“ gleichermassen sinn- oder identitätsstiftend sind. Herkömmliche Erhebungen, die sich auf traditionelle Kategorien und Einordnungen stützen, werden dieser zunehmenden Verwobenheit der Profile, Lebenslagen und -verläufe zu wenig gerecht. Es ist deshalb wichtig, dass Indikatoren entwickelt werden, die eine flexible, differenzierte und dynamische Erfassung erlauben, um der Komplexität dieser existenziellen Situationen einigermaßen gerecht zu werden und zweckmässige und an der gelebten Realität angepasste Grundlagen für die Politikgestaltung zu liefern.

Dies erfordert namentlich die Gleichstellungspolitik, die neben der Rechtsgleichheit zwischen Sprachgemeinschaften, zwischen Männern und Frauen neuerdings auch andere Bevölkerungsgruppen ins Auge fasst. Gemäss Bundesverfassung ist jegliche Diskriminierung wegen „der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung“ verboten (Art. 8). Die Förderung der Chancengleichheit und die staatliche Ächtung

von diskriminierenden Verhaltensweisen stellt sozusagen das unumgängliche Gegenstück zu den erwarteten Integrationsleistungen der Individuen in verschiedenen Lebensbereichen dar.

Was im Einzelnen Personen mit Migrationshintergrund angeht, so nimmt das neue Ausländergesetz explizit auf einen gegenseitigen Integrationsprozess Bezug, der sowohl die Bereitschaft der AusländerInnen zur Eingliederung als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraussetzt. Während Integrationsvereinbarungen vor allem auf die Einlösung der individuellen Pflichten abzielen, fehlen noch weitgehend jene Instrumente, die eine Beurteilung der institutionellen und gesellschaftlichen Öffnung erlauben. Vermutlich wird nur ein umfassendes Massnahmenpaket in der Lage sein, ausreichende Informationen über das Ausmass und die Art bestehender Diskriminierungen zu liefern. Die Bundesstatistik stellt aber zweifellos einen wertvollen Anknüpfungspunkt für vertiefende Vorstösse in dieser Richtung dar.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund verbesserter Rechtsstellungen Diskriminierungsfragen künftig an Bedeutung gewinnen werden, auch wenn sich die Merkmale der von Benachteiligungen betroffenen Bevölkerungsgruppen wandeln werden. Während gewisse Kategorien wie Geschlecht, Alter und Nationalität einfach zu erheben sind, sollten auch Gruppen erfasst werden können, die auf einer Selbst- oder Fremdzuschreibung von anderen relevanten Merkmalen (Patronym, Hautfarbe, religiöse Zeichen usw.) beruhen.

Die Frage, ob und inwiefern die bereits mehrfach angesprochene Pluralisierung der Lebenswelten und Werteinstellungen den sozialen Zusammenhalt herausfordert, ist nicht nur ein politisch hochbrisantes, sondern auch ein wissenschaftlich viel debattiertes Thema. Vielfach überschatten allerdings Fehleinschätzungen oder von der Realität längst überholte Vorstellungen diese meist emotional aufgeladenen Auseinandersetzungen, die an das Selbstverständnis und die Identität der Diskutierenden rühren. Gerade deshalb sind empirisch erhobene Eckdaten zur politischen und sozialen Partizipation für einen pragmatisch orientierten Meinungsaustausch von unschätzbarem Nutzen. Interessant sind in diesem Kontext auch Einstellungen zu Grundwerten oder Rechtsprinzipien, obwohl sich eine vielfaltssensible bzw. relativ objektive Interpretation erfahrungsgemäss komplex gestaltet.

Freizeitverhalten und „Kulturkonsum“ sind ebenfalls wichtige Vektoren des Zusammenlebens, welche die gesellschaftliche Integration in vielfältiger Weise beeinflussen (können). Kultur ist ein Medium, dass über Herkunft hinweg soziale Nähe und Kohäsion schaffen kann (aber auch das Gegenteil). Dabei ist u.a. an die Bedeutung der Medienlandschaft für die Beziehung zwischen Sprachregionen oder Bevölkerungsminderheiten zu denken. Informationen über Freizeitverhalten und Medienkonsum sind daher wertvolle Koordinaten für die Förderung der Kultur- und Medienpolitik.

3.1 NutzerInnen der Statistik

NutzerInnen sind ebenso vielfältig wie die angesprochenen Themenbereiche: Bundesamt für Kultur, Bundesamt für Migration, Bundesamt für Bildung und Technologie, Seco, Bundesamt für Kommunikation, Eidgenössische Ausländerkommission, Eidgenössische Rassismuskommission, Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Eidgenössische Kommission für Familienfragen usw.

Auch Städte und Kantone und insbesondere Migrationsdelegierte der Kantone und Städte, Sprachenkommissionen, aber auch alle Hilfswerke, die Städteinitiative, die Tripartite Agglomerationskonferenz und andere.

Forschung und Universitäten, Fachhochschulen.

International: Im Rahmen internationaler Konventionen rapportiert die Schweiz mit Statistiken über die eigene Vielfalt (Sprache, Antirassismuskonvention) und kann mit ihren Daten als Benchmark im Umgang mit Vielfalt für andere Staaten gelten.

3.2 Wichtigste gesetzliche Grundlagen

- Bundesverfassung:
 - Art. 4 (Landessprachen) et 70 (Sprachen)
 - Art. 8 (Rechtsgleichheit)
 - Art. 15 (Glaubens- und Gewissensfreiheit)
 - Art. 22, 23, 24 (Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit), Art. 34 (Politische Rechte) et 136 (Politische Rechte)
 - Art. 69 (Kultur)
- Neues Ausländergesetz und Integrationsverordnung
- Strafgesetzbuch (Art. 261 bis, Rassendiskriminierung)
- Europäische Antidiskriminierungsrichtlinien

3.3 Hauptindikatoren und Themenbereiche

Indicateurs principaux

Dimensions sociodémographiques et économiques

Sozio-Demographie:

Alter, Geschlecht, Wohnort, Zivilstand, Kinderzahl, Wohnort (Grösse, Stadt-Land, Landesteil usw.)

Herkunft/Nationalität: Geburtsstaat und -ort, Nationalität, Aufenthaltsbewilligung

Soziale Schicht:

- o Bildung (Abschluss, Art), unter Berücksichtigung verschiedener Bildungssysteme im In- und Ausland
- o Berufliche Tätigkeit Bezeichnung, Funktion, Stellung Arbeitspensum
- o Einkommen: Höhe, Erwerbseinkommen, Rente, Sozialhilfe, Art der Quelle

Ausserberufliche Tätigkeiten und regelmässig Aufgaben

Soziale Schicht im Herkunftsland

Finanzielle Unterstützung von Familienmitgliedern in der Schweiz oder im Ausland

Ménages, familles et modèles familiaux

Structure du ménage et profil des membres du ménage

Vie en couple et mixité:

- o Existence ou non d'un ou d'une partenaire
- o Etat civil (mariage/concubinage)
- o Vie commune ou non du couple (si non : lieu de vie du ou de la partenaire)
- o Profil du ou de la partenaire : sexe, nationalité, origine, religion, niveau d'éducation, et activité professionnelle.

Modèles familiaux : répartition des rôles et des tâches au sein de la famille

Parenté (hors ménage) : lieu de vie des membres de la parenté ne vivant pas dans le même ménage, fréquence (et qualité) des contacts et des échanges avec ces personnes.

Enfants et éducation :

- o Nombre d'enfants et lieu de vie des enfants
- o Modèle de garde des enfants (mère, père, autre personne du ménage ou de la parenté, structure extérieure, autre personne)
- o Education extérieure spécifique : école liée à la langue ou à la culture d'origine, éducation religieuse, autres.

Parcours migratoires

Lieu de naissance du répondant, du conjoint, du père et de la mère (ou des figures parentales) et des grands parents

Lieu de vie durant l'enfance

Origine des parents

Nationalité(s) actuelles

Nationalité(s) à la naissance

Age à la naturalisation

« Ever-been-migrant »

Motifs d'émigration

Date et âge d'arrivée en Suisse et durée de séjour

Statut de séjour actuel et initial

Groupes d'appartenances

Auto-identification (groupes ethniques, culturels ou nationaux)

Appartenance à minorités repérables (appartenance à un groupe qu'il est possible d'identifier par sa couleur de peau, son apparence physique ou son nom de famille, par exemple)

Sentiments d'appartenances

- o à l'égard de son (ses) groupes ethniques, culturel ou nationaux
- o à l'égard de sa ville ou de son village
- o à l'égard de sa région linguistique
- o à l'égard de la Suisse
- o à l'égard du continent européen.

Langues

Première langue

Première langue apprise à la maison dans l'enfance et encore comprise aujourd'hui

Langue principale

La langue dans laquelle la personne pense et qu'elle maîtrise le mieux

Langues parlées habituellement à la maison, au travail ou à l'école et avec les proches

Connaissance des langues nationales et non nationales

Stratégies d'apprentissage des langues

Problèmes ou difficultés rencontrées et aide reçue pour trouver des cours de langue (qui, où, quel type ?), etc.

Perceptions et attitudes

- o Importance de l'apprentissage des langues nationales à l'école
- o Motivations à apprendre langues non nationales

Religion

Religionszugehörigkeit zu Religions- oder Glaubensgemeinschaft

- o Kindheit und Jugend
- o heute

Religionszugehörigkeit der Eltern

Religionszugehörigkeit des Lebenspartners/-partnerin

Glaubenspraxis

- Teilnahme an Glaubensaktivitäten mit anderen Menschen
- Teilnahme an Glaubensaktivitäten auf individueller Basis

Wichtigkeit der Religion in Jugend (bei Erziehung)

Einstellungen

- zu anderen Religionen
- zu Trennung Kirche und Staat

Stellenwert der Glaubensgebote (Kleidung/Ernährung) im Alltag

Egalité des chances

Sentiment de traitement défavorable (dans l'emploi, le logement, l'école, les administrations, etc.)

Sentiment de malaise ou de ne pas être à sa place en Suisse (à cause de l'appartenance nationale, ethnique ou culturelle, la race, la couleur de la peau, la langue, l'accent ou la religion)

Domaines de traitement défavorable

Motifs de traitement défavorable

Domaines publics de traitement défavorable (discothèque, hôtel, restaurant, bar ; mairie ; administration publique ; police)

Modalités de traitement défavorable (insultes, violence physique, acte criminel ou haineux)

Confiance envers le prochain (gens en général / famille / gens du voisinage / gens du travail ou de l'école)

Politisch-soziale Partizipation

Mitgliedschaft oder Teilnahme einer Gruppe oder Vereinigung

Art von Gruppe oder Organisation

Intensität der Partizipation

Zusammensetzung

- Herkunft (Nationalität/ethnische Gruppenzugehörigkeit)
- Altersgruppe (Generation)
- Geschlecht

Motivation

Freiwilligarbeit

Repression aufgrund einer Partizipation in Gruppen oder Organisationen

Politische Partizipation an Wahl/Abstimmung auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene

Interesse für die Politik (Lokal, national, international, Herkunftsland)

Vertrauten in die Institutionen des Staates (Justiz, Polizei, Schule, Regionale)

Einstellungen

Xenophobie / Einstellung zu Ausländern

Disponibilité à discriminer (domaine de l'emploi)

Einstellung zur Gleichstellung der Frau und zur Homosexualität

Freizeitverhalten und « Kulturkonsum »

Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und Rekreationsverhalten

- Besuch von Theater/Konzert/Oper
- Teilnahme an volkstümlichen Anlässen
- Unterhaltungssendungen und Krimis am TV
- Lesen über Politik in Tageszeitung
- Bücher lesen
- Sport treiben
- Reisen
- Hobby betreiben
- Weiterbildung
- Bekannte/Freunde treffen
- Experimente wagen
- Ausgehen

Stellenwert der Kultur im Leben

Beurteilung anderer kultureller Gruppen

Mediennutzung

Aktive Selbstbetätigung vs. Passive Tätigkeit

Ausgaben im Freizeitbereich

Réseaux sociaux et capital social

Homophilie avec réseau amical :

- groupe ethnique, culturel ou national (tel que défini par la personne)
 - sexe
 - statut juridique (de séjour)
 - niveau d'éducation
-

Literaturhinweise

- Alba, Richard D et Victor Nee (2003). *Remaking the American mainstream : assimilation and contemporary immigration*. Cambridge [etc.]: Harvard University Press.
- Anthias, Floya (2001). "The material and the symbolic in theorizing social stratification : issues of gender, ethnicity and class." *The British journal of sociology*, 52(3): 367-390.
- Basta, Lidija R. (2000). *Federalism and multiethnic states the case of Switzerland*. Bâle: Helbing & Lichtenhahn.
- Bourdieu, Pierre (1979). *La distinction: critique sociale du jugement*. Paris: Minuit.
- Cattacin, Sandro et al. (2006). *Monitoring misanthropy and rightwing extremist attitudes in Switzerland : an explorative study*. Genève: Université de Genève, Département de sociologie.
- ECRI (2003). *Third report on Switzerland*. Strasbourg: Council of Europe: 1-29.
- Fennema, Meindert et Jean Tillie (2000). "Civic community, political participation and political trust of ethnic groups." *Connections*, 23(2): 44-59.
- Fibbi, Rosita, Bülent Kaya et Etienne Piguët (2003). *Le passeport ou le diplôme ? : étude des discriminations à l'embauche des jeunes issus de la migration*. Neuchâtel: Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population.
- Flap, Henk et Beate Völker (éd.) (2004). *Creation and returns of social capital*. London: Routledge.
- Hansen, Marcus Lee (1938). *The Problem of the Third Generation Immigrant*. Rock Island: Augustana Historical Society.
- Imdorf, Christian (2007). *La sélection des apprentis dans les PME - Compte rendu mars 2007*. Fribourg: Institut de Pédagogie Curative de l'Université de Fribourg
- Jedwab, Jack (2007). *The Young and the Rootless: Measuring Ethnicity and Belonging to Canada*. Unpublished article.
- Kronig, Winfried, Urs Haerberlin et Michael Eckhard (2000). *Immigrantenkinder und schulische Selektion*. Berne: Haupt.
- Lanfranchi, Andrea, Jann Gruber et Denis Gay (2003). "Succès scolaire des enfants d'immigrés : effets des espaces transitoires destinés à la petite enfance", in Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi et Werner Haug (éd.), *Les migrations et la Suisse : résultats du Programme national de recherche "Migrations et relations interculturelles"*. Zurich: Seismo, p. 460-484.
- Lanfranchi, Andrea et G. Jenny (2005). "Processus der Zuweisung von Kindern mit Problemen zu sonderpädagogischen Massnahmen." in Häfeli, Kurt et Peter Walther-Müller (éd.), *Das Wachstum des sonderpädagogischen Angebots im interkantonalen Vergleich*. Luzern: Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik.
- Lüdi, Georges et Iwar Werlen (2005). *Sprachenlandschaft in der Schweiz*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique.
- Meier-Dallach, Hans-Peter et Nationales Forschungsprogramm 21 "Kulturelle Vielfalt und Nationale Identität" (Schweiz) (1991). *<<Die>> Kulturlawine Daten, Bilder, Deutungen Hans-Peter Meier-Dallach ... et al*. Chur Zürich: Rüegger.
- Meyer, Thomas (2003). *When being smart is not enough: institutional and social access barriers to upper secondary education and their consequences on successful labour market entry : the case of Switzerland* Bern TREE.
- Office fédéral des migrations (2006). *Problèmes d'intégration des ressortissants étrangers en Suisse : identification des faits, des causes, des groupes à risque, des mesures existantes ainsi que des mesures à prendre en matière de politique d'intégration*. [Berne-Wabern]: Office fédéral des migrations.
- Putnam, Robert D (2007). "E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture." *Scandinavian Political Studies*, 30(2): 137-174.
- Salins, Peter D. (1997). *Assimilation, American Style*. New York: Basic Books.
- Vanhooydonck, Stéphanie et Yvan Cucho (2007a). *La participation culturelle en Suisse. Développement du projet - concept général*. Neuchâtel: OFS.
- Vanhooydonck, Stéphanie et Yvan Cucho (2007b). *Proposition de projet : Statistique sur les pratiques culturelles*. Neuchâtel: OSF.
- Wicker, Hans-Rudolf (1998). *Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität Beiträge zur Deutung von sozialer und politischer Einbindung und Ausgrenzung*. Bern etc.: Haupt.

Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi et Werner Haug (éd.) (2003). *Les migrations et la Suisse : résultats du Programme national de recherche "Migrations et relations interculturelles"*. Zurich: Seismo.

Wimmer, Andreas et Nina Glick Schiller (2002). "Methodological nationalism and beyond : nation-state building, migration and the social sciences." *Global Networks*, 2(4): 301-334.

Anhang

Relevante parlamentarische Vorstösse

Relevante parlamentarische Vorstösse zu den Themen Migration, Integration, Kultur, Diskriminierung ab 2003

Diskriminierung	18.6.2007	07.5197 - Fragestunde. Frage	Stamm Luzi	Einbürgerungen
Diskriminierung	11.6.2007	07.5157 - Fragestunde. Frage	Zisyadis Josef	Prämien der Motorfahrzeugversicherung. Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern
Diskriminierung	19.3.2007	07.5089 - Fragestunde. Frage	Simoneschi-Cortesi Chiara	KMU und Vergabe von Lehrstellen
Diskriminierung	20.6.2007	07.441 - Parlamentarische Initiative	Zisyadis Josef	Keine diskriminierenden Autoversicherungsprämien aufgrund der Nationalität
Diskriminierung	23.3.2007	07.422 - Parlamentarische Initiative	Rechsteiner Paul	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Diskriminierung	19.6.2007	07.3352 - Interpellation	Müller-Hemmi Vreni	Brandanschlag auf Synagoge in Genf. Konsequenzen
Diskriminierung	23.3.2007	07.3265 - Interpellation	Fetz Anita	Verhinderung von Diskriminierungen von Jugendlichen mit ausländischen Namen auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt
Diskriminierung	21.3.2007	07.3125 - Interpellation	Leuenberger Ueli	Nein zur Diskriminierung bei der Motorfahrzeugversicherung
Diskriminierung	12.6.2006	06.5114 - Fragestunde. Frage	Müller Geri	Definition von Rassismus
Diskriminierung	13.3.2006	06.5036 - Fragestunde. Frage	Darbellay Christophe	Massnahmen gegen den islamischen Fundamentalismus
Diskriminierung	6.10.2006	06.472 - Parlamentarische Initiative	Hess Bernhard	Aufhebung der Rassis-musstrafnorm
Diskriminierung	19.12.2006	06.3740 - Motion	Heim Bea	Förderung der Chancengleichheit von jungen Immigrantinnen und Immigranten
Diskriminierung	6.10.2006	06.3628 - Postulat	Leutenegger Oberholzer Susanne	2007. Jahr der Chancengleichheit
Diskriminierung	5.10.2006	06.3535 - Interpellation	Donzé Walter	Perspektiven für nichtstaatlich Verfolgte

Diskriminierung	22.6.2006	06.3320 - Interpellation	Maury Pasquier Liliane	Kein Rassismus und Antisemitismus unter dem Deckmantel des Tierschutzes
Diskriminierung	22.3.2006	06.3082 - Motion	Zisyadis Josef	Bundesgesetz gegen Diskriminierung
Diskriminierung	4.10.2006	06-1126 - Anfrage	Widmer Hans	Was tut der Bundesrat gegen Ausländerfeindlichkeit?
Diskriminierung	7.10.2005	05.3672 - Interpellation	Simoneschi-Cortesi Chiara	Sprachliche Diskriminierung. Quousque tandem abutere patientia nostra?
Diskriminierung	17.12.2004	04.3812 - Motion	Germann Hannes	Ergänzung des Rassismustartikels
Diskriminierung	17.12.2004	04.3791 - Motion	Bühlmann Cécile	Gesetz gegen die rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt
Diskriminierung	9.12.2004	04.3656 - Motion	Zisyadis Josef	Autoversicherung. Keine diskriminierenden Ausschlüsse
Diskriminierung	16.6.2004	04.3325 - Motion	Zisyadis Josef	Aufhebung der Diskriminierungen in der Autohaftpflichtversicherung
Diskriminierung	10.6.2004	04.3293 - Interpellation	Rennwald Jean-Claude	Fragiler Sprachfrieden
Diskriminierung	16.12.2004	04.1172 - Anfrage	Leutenegger Oberholzer Susanne	Geografische Risikoselektion in einer obligatorischen Versicherung
Diskriminierung	7.7.2003	03.3426 - Postulat	(SGK-NR)	Beseitigung der Diskriminierungen von Fahrenden in der Schweiz
Diskriminierung	19.6.2003	03.3372 - Interpellation	Bühlmann Cécile	Rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt
Diskriminierung	19.12.2003	03.1152 - Anfrage	Rechsteiner Rudolf	Invalidenversicherung. Gehäufte Missbräuche durch Zugewanderte
Einbürgerung	21.6.2007	07.3404 - Interpellation	Brunner Toni	Wehrbereitschaft von eingebürgerten Jugendlichen
Einbürgerung	5.10.2006	06.3530 - Motion	Hess Bernhard	Verfassungs-, Demokratie- und Grundwertebekenntnis für Einbürgerungswillige
Integration	22.3.2007	07.3152 - Interpellation	Freisinnigdemokratische Fraktion	Deutschschweizer Fernsehen. Idée Suisse oder Idée Suisse alémanique?
Integration	19.3.2007	07.3055 - Motion	Müller Walter	Datenbekanntgabe der Arbeitsvermittlungsstellen an kantonale Fremdenpolizeibehörden
Integration	19.12.2006	06.3765 - Motion	Wyss Ursula	Aktionsplan Integration
Integration	19.12.2006	06.3764 - Motion	Fehr Hans-Jürg	Integration der ersten Stunde durch Integrationsvereinbarung

Integration	19.12.2006	06.3741 - Postulat	Sozialdemokratische Fraktion	Bericht über die Fortschritte in der Umsetzung der TAK-Empfehlungen
Integration	19.12.2006	06.3739 - Motion	Sozialdemokratische Fraktion	Eidgenössischer Integrationsbeauftragter
Integration	14.12.2006	06.3706 - Motion	Wehrli Reto	Integration und Gleichstellung ausländischer Frauen
Integration	25.9.2006	06.3445 - Motion	Schiesser Fritz	Integration als gesellschaftliche und staatliche Kernaufgabe
Integration	22.3.2006	06.3071 - Interpellation	Dunant Jean Henri	Ausländerkriminalität und Jugendgewalt durch Kenntnis der Fakten wirksamer bekämpfen
Integration	20.12.2006	06.1185 - Anfrage	Hubmann Vreni	Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt
Integration	12.12.2005	05.3774 - Postulat	Burkhalter Didier	Massnahmen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern
Integration	17.3.2005	05.3156 - Interpellation	Menétrey-Savary Anne-Catherine	Der Begriff der Ausländerintegration
Integration	3.3.2004	04.5033 - Fragestunde. Frage	Menétrey-Savary Anne-Catherine	Integration von Immigrantinnen
Kulturelle Vielfalt	19.3.2007	07.1016 - Anfrage	Haering Barbara	Mediale Vielfalt und Integration
Kulturelle Vielfalt	12.12.2005	05.1173 - Anfrage	Müller-Hemmi Vreni	Ratifikation Unesco-Konvention. Schutz und Förderung der kulturellen Vielfalt
Minderheiten	21.9.2006	06.3440 - Interpellation	Lang Josef	Die Schweiz und die Roma-Dekade
Minderheiten	23.6.2006	06.1096 - Anfrage	Zapfl Rosmarie	Bericht des Bundesrates zur Situation der Fahrenden
Minderheiten	16.6.2004	04.3347 - Interpellation	Müller-Hemmi Vreni	Minderheitenpolitik in der Schweiz, speziell für Fahrende
Personenfreizügigkeit	22.6.2007	07.3515 - Interpellation	Gysin Hans Rudolf	Personenfreizügigkeit
Personenfreizügigkeit	22.3.2007	07.3184 - Postulat	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Auswirkungen der Personenfreizügigkeit. Bericht
Personenfreizügigkeit	21.3.2007	07.3138 - Motion	Hess Bernhard	Personenfreizügigkeit mit der EU. Zuwanderungskontingente dank Anwendung der Schutzklausel
Rassismus	8.10.2004	04.3607 - Motion	Hess Bernhard	Aufhebung der Rassismustrafnorm
Religion	21.6.2007	07.3440 - Interpellation	Schlürer Ulrich	Einführung der Scharia in der Schweiz
Religion	18.12.2006	06.5276 - Fragestunde. Frage	Hess Bernhard	Weihnachten als Teil unseres Brauchtums?
Religion	25.9.2006	06.5164 - Fragestunde. Frage	Wobmann Walter	Bericht der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus

Religion	19.6.2006	06.5140 - Fragestunde. Frage	Wobmann Walter	Bau von Moscheen in der Schweiz
Religion	14.12.2006	06.3702 - Motion	Hutter-Hutter Jasmin	Durchsetzung der Rechtsordnung bei Ausländern. Entzug der Aufenthaltserlaubnis
Religion	13.12.2006	06.3675 - Interpellation	Darbellay Christophe	Tragen von Burkas
Religion	5.10.2006	06.3558 - Interpellation	Wobmann Walter	Parallelgesellschaften in der Schweiz?
Religion	30.9.2004	04.3477 - Interpellation	Chevrier Maurice	Radikaler Islamismus. Bedrohung für die Schweiz?
Sans-Papiers	20.12.2006	06.3861 - Postulat	Vermot-Mangold Ruth-Gaby	Kinder ohne Identität in der Schweiz
Sans-Papiers	06.10.2005	05.3617 - Interpellation	Donzé Walter	Illegaler Aufenthalt in der Schweiz
Sans-Papiers	16.3.2005	05.3106 - Postulat	Pfister Gerhard	Illegale Ausländer. Strategie und Massnahmen des Bundes
Sans-Papiers	3.3.2004	04.5043 - Fragestunde. Frage	Garbani Valérie	Einschluss der Migrantinnen in die Sozialversicherungen
Sprache	11.5.2006	06.428 - Parlamentarische Initiative	Menétrey-Savary Anne-Catherine	Anspruch auf Pflegeleistungen für fremdsprachige Patientinnen und Patienten
Sprache	18.3.2005	05.3188 - Postulat	Beck Serge	Sprachenunterricht in der Berufsbildung
Sprache	6.5.2003	03.3204 - Motion	Heim Alex	Führerprüfungen. Nur in einer Landessprache absolvieren
Statistik	19.12.2006	06.3757 - Interpellation	Hess Bernhard	Volkszählung ohne Erfassung der illegal Anwesenden?
Statistik	12.12.2006	06.3672 - Motion	Meyer Thérèse	Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Statistiken
Statistik	18.6.2004	04.3423 - Motion	Bühlmann Cécile	Brauchbare Kriminalitätsstatistik
Statistik	11.6.2003	03.1058 - Einfache Anfrage	Riklin Kathy	Verwirrende Ausländerstatistik
	19.12.2006	06.3781 - Interpellation	Menétrey-Savary Anne-Catherine	Ausländergesetz und eheliche Gewalt
	17.3.2005	05.404 - Parlamentarische Initiative	Roth-Bernasconi Maria	Verbot von sexuellen Verstümmelungen
	30.5.2005	05.3235 - Motion	Roth-Bernasconi Maria	Sexuelle Verstümmelungen an Frauen. Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen

	2.3.2005	05.3034 - Motion	Müller Philipp	Zugriffsrecht auf das automatisierte Strafregister für die kantonalen Migrationsbehörden und das Bundesamt für Migration
	3.3.2004	04.5034 - Fragestunde. Frage	Huguenin Marianne	Familien in der Asylpolitik
	3.10.2003	03.3547 - Interpellation	Menétrey-Savary Anne-Catherine	Aufenthaltserlaubnis für geschiedene oder getrennt lebende Immigrantinnen

(Auswahl von Giovanni Casagrande 19.07.2007)